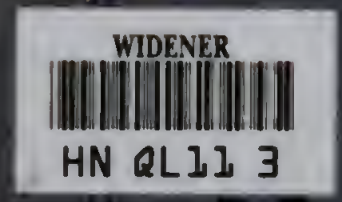
Soc
547
40.10



Die Großstadt

und ihre sozialen Probleme

von

A. Weber

Soc 547.40.10

HARVARD COLLEGE LIBRARY

FROM THE
George Schünemann Jackson
FUND

FOR THE PURCHASE OF BOOKS ON
SOCIAL WELFARE & MORAL PHILOSOPHY

GIVEN IN HONOR OF HIS PARENTS, THEIR SIMPLICITY
SINCERITY AND FEARLESSNESS

Wissenschaft und Bildung

Einzeldarstellungen aus allen Gebieten des Wissens
Herausgegeben von Privatdozent Dr. Paul Herre

Im Umfange von 130—180 Seiten
Geh 1 M. Originalleinenbd. 1.25 M.

Die Sammlung bringt aus der Feder unserer berufensten Gelehrten in anregender Darstellung und systematischer Vollständigkeit die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung aus allen Wissensgebieten. Sie will den Leser schnell und mühelos, ohne Fachkenntnisse vorauszusetzen, in das Verständnis aktueller wissenschaftlicher Fragen einführen, ihn in ständiger Fühlung mit den Fortschritten der Wissenschaft halten und ihm so ermöglichen, seinen Bildungskreis zu erweitern, vorhandene Kenntnisse zu vertiefen, sowie neue Anregungen für die berufliche Tätigkeit zu gewinnen. Die Sammlung „Wissenschaft und Bildung" will nicht nur dem Laien eine belehrende und unterhaltende Lektüre, dem Fachmann eine bequeme Zusammenfassung, sondern auch dem Gelehrten ein geeignetes Orientierungsmittel sein, der gern zu einer gemeinverständlichen Darstellung greift, um sich in Kürze über ein seiner Forschung ferner liegendes Gebiet zu unterrichten. Ein planmäßiger Ausbau der Sammlung wird durch den Herausgeber gewährleistet. Abbildungen werden den in sich abgeschlossenen und einzeln käuflichen Bändchen nach Bedarf in sorgfältiger Auswahl beigegeben.

Über die bisher erschienenen Bändchen vergleiche den Anhang

Wissenschaft und Bildung
Einzeldarstellungen aus allen Gebieten des Wissens
Herausgegeben von Privatdozent Dr. Paul Herre
33

Die Großstadt

und ihre sozialen Probleme

Von

Dr. Adolf Weber-Bonn

1908
Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig

D
Soc 547.40.10
HARVARD COLLEGE
APR 11 1939
LIBRARY
Jackson fund

Alle Rechte vorbehalten.

Graphiſches Inſtitut Julius Klinkhardt, Leipzig.

Meiner Frau.

Vorwort.

In letzter Zeit hatte ich über Großstadtprobleme in den Bonner Volkshochschulkursen und — in anderer Form und mit teilweise anderem Inhalt — vor den „Vereinigten Vereinen der Lehrerschaft Groß-Duisburgs“ Vorträge zu halten. Aus der stenographischen Niederschrift dieser Vorträge entstand das vorliegende Büchlein. Mehrmalige Durcharbeitung und mancherlei Ergänzungen können es wohl nicht verwischen, daß die hier ausgesprochenen Gedanken zuerst nicht im „papiernen Stile“ formuliert wurden. Ob das ein Vorteil, oder ein Nachteil ist, mag der Leser entscheiden.

Selbstverständlich konnte das Thema in dem engen Rahmen dieser Schrift nicht erschöpfend behandelt werden. Ich darf hier wohl an einen Satz erinnern, mit dem einer der besten Kenner unseres Gegenstandes, Oberbürgermeister Adickes, den Vortrag einleitete, den er auf dem ersten deutschen Städtetage zu Dresden hielt:

„Unendlich und unübersehbar ist die Fülle der Gesichte, die vor unseren Augen aufsteigen, wenn wir zwei der bedeutendsten Erscheinungen der neueren Entwicklung: die Zusammendrängung eines immer größer werdenden Bruchteils der Bevölkerung in schnell wachsenden Städten und das soziale Problem miteinander in Beziehung setzen.“

Nicht mehr wollte ich bieten als eine „erste Einführung“, die strenge Wissenschaftlichkeit mit leicht lesbarer Form zu verbinden sucht. Immerhin hoffe ich, daß auch der Sachkundige nicht ohne Anregung und Belehrung die folgenden Blätter durchlesen wird.

Bonn, Oktober 1907.

Adolf Weber.

Inhaltsübersicht.

Seite

1. Abschnitt: Die kulturelle und soziale Bedeutung der modernen Großstadt.

Begriffliches — das Anwachsen der Großstädte — der Inhalt des Großstadtproblems — Urteile moderner Dichter über das Großstadtleben — die Städte der „guten, alten Zeit" — die wirtschaftlichen Vorzüge der modernen Großstadt — die Großstadt: „ein Herd fortgeschrittenster Kultur"? — die soziale Unzufriedenheit des Großstadtvolkes — seine moralische Ungesundheit — das Urteil der Statistik — Schwinden der Religiösität und Zunahme des Aberglaubens — die Großstadt als „Produktionszentrum geistiger und künstlerischer Werte" — soziale Hygiene — Bildungshunger in der Großstadt 1

2. Abschnitt: Das Familienleben:

Zerrüttung des Familienlebens eine Hauptursache der sozialen Unzufriedenheit in der Großstadt — Bedeutung der Familie in der Vergangenheit — Ursache für ihren Zerfall in der Gegenwart — Kritik der herrschenden sozialistischen Ansicht — die Bedeutung der Familie in der Gegenwart: 1. für die Ordnung in der Gesellschaft, 2. für die Entfaltung des Persönlichkeitsbewußtseins, 3. für die Ordnung in der Güterverzehrung, 4. als Mittelpunkt für die Jugenderziehung — direkte Mittel zur Wiederherstellung des Familienlebens — indirekte Maßnahmen: öffentliche Fürsorgeerziehung — Hilfe für die großstädtischen Arbeiterfrauen, insbesondere durch Ausbau ihrer Organisationen 21

3. Abschnitt: Wohnungsfrage:

Die kulturelle Bedeutung der Wohnung — die Wohnungsnot in der Vergangenheit — warum sie heute so hart empfunden wird — die Wohnungsfrage ein soziales Problem? — die Statistik über die soziale Wohnungsnot — ihre Ursachen: die Baukosten — das Risiko des Unternehmers — die Wohnungsfrage als Bodenfrage — die Schuld der Bodenspekulanten, die Notwendigkeit ihrer Existenz — das große Schwanken der Nach-

Seite

frage — Einfluß der Volkssitte und Volksneigung — die Boden- und Baupolizei — Die Mietskasernen.

Klarheit über den Wohnungsmarkt — Wohnungsnachweise — Dezentralisation der Industrie — Vermehrung des städtischen Baubodens — die Stadtverwaltung als regulierender Faktor am Bodenmarkte — Grundeigentum der Stadtgemeinden — Erbbaurecht — billiges Baukapital für die Errichtung von Kleinwohnungen — Wohnungsgesetz und Wohnungsinspektion — die Steuerschraube, ein untaugliches Mittel der Wohnungspolitik . 59

4. Abschnitt: Das Verkehrsproblem:

Die Wohnungsfrage: eine Verkehrsfrage — Einwände — die Erfahrungen im Auslande — im Inlande — Voraussetzungen für die soziale Wirksamkeit der Verkehrsmittel — die Massenhaftigkeit des großstädtischen Verkehrs — sein bedeutendes Schwanken im Laufe des Tages — Folgen dieser Tatsachen — die technischen Fortschritte auf dem Gebiete des lokalen Verkehrswesens — die Ausdehnung des Bahnnetzes in Deutschland und in den Vereinigten Staaten — Ansiedlung nach Branchen — Kosten bei der Benutzung der Verkehrsmittel — Einzeltarife und Sondertarife — indirekte und direkte Verkehrspolitik der Städte — die Zukunft — die Gartenstadtbewegung 59

5. Abschnitt: Die Arbeitslosigkeit:

Der Begriff — Arbeitslosigkeit: ein Großstadtproblem — Arten der Arbeitslosen — Ursachen der Arbeitslosigkeit. Zahlenangaben — Ziele der Arbeitslosenfürsorge: 1. Vorbeugende Hilfe, 2. Organisation des Arbeitsmarktes, 3. Notstandsarbeiten, 4. Verschaffung der nötigen Existenzmittel während der Arbeitslosigkeit, insbesondere die Arbeitslosenversicherung 80

6. Abschnitt: Armut und Armenfürsorge:

Die Bedeutung der Hilfe von Mensch zu Mensch in der Gegenwart — der Begriff „arm" — Umfang der Armut — die Formen der Armenfürsorge — die Wichtigkeit eines einheitlichen Vorgehens — Leitsätze für die Art der Unterstützung — Ursachen der Verarmung und ihre Bekämpfung, namentlich: Alkoholismus — Volkskrankheiten — mangelhafte Haushaltungskenntnisse — verfehlte Berufswahl 96

7. Abschnitt: Volksbildung und Volksgeselligkeit:

Worin der Wert der „Bildung" liegt — die Grenzen der Volksbildung — Verminderung der Klassengegensätze durch die Volksbildung — ihre Bedeutung, insbesondere für Hebung des

Seite

Persönlichkeitsbewußtseins und für Förderung des Heimatgefühls — die materielle Bedeutung der Bildung — hat das Großstadtvolk höhere Bildung und bessere Geselligkeit nötig? — die üblichen Arten der Volksgeselligkeit — Mittel zur Hilfe: Ausfüllung der Lücken der Volksschulbildung — Bildung durch Anschauen — das gesprochene Wort — Aussprache zwischen Redner und Hörer — Verbreitung guter Literatur — Volksbibliotheken — Volksgeselligkeit — Volksheime — Schrebergärten — Ferienspiele und Ferienkolonien — das „Grün" in den Städten — Gedenkhaine 115

Schlußwort:

Gesamturteil — Beschränkung der Freizügigkeit? — Allgemeines gleiches Wahlrecht für die Stadtparlamente? 135

Erster Abschnitt.

Die kulturelle und soziale Bedeutung der modernen Großstadt.

Es ist nicht leicht, den Begriff „Stadt" zu definieren. Vielfach ist es versucht worden[1]), aber man darf wohl sagen, daß man dabei nicht wesentlich über die Begriffsbestimmung hinausgekommen ist, die schon vor anderthalb Jahrhunderten Johann Heinrich Gottlob von Justi in seiner „Staatswirtschaft" zu geben versuchte: „Eine Stadt ist ein Zusammenhang von Gesellschaften, Familien und einzelnen Personen die .... bey einander wohnen, um mit desto besserem Erfolge, Wirkung und Zusammenhange solche Gewerbe und Nahrungsarten zu treiben, die unmittelbar sowohl zu der Landes Notdurft und Bequemlichkeit, als zu einer Verbindung des gesamten Nahrungsstandes im Lande erfordert werden." Ganz befriedigen kann diese Definition den tatsächlichen Verhältnissen gegenüber kaum, vor allem kann man damit keine scharfe Grenze zwischen Dorf und Stadt ziehen.

Deshalb hat der Internationale Statistische Kongreß die einfache Definition aufgestellt: „Städte sind Wohnplätze von mehr als 2000 Einwohnern", dieser Begriffsbestimmung schließt sich die amtliche Statistik in den meisten Kulturländern heute an. Mit einem solchen quantitiven Maßstab müssen wir uns auch begnügen, wenn die Frage beantwortet werden soll: Was versteht man unter einer Großstadt? Alle Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern haben auf diesen Titel Anspruch.

Noch vor einem halben Jahrhundert gab es in Deutschland erst sechs Städte mit 100 000 Einwohnern: Berlin, Hamburg,

---

[1]) Vgl. Werner Sombart: Der Begriff der Stadt und das Wesen der Städtebildung, Archiv für Sozialwissenschaft. Band XXV (1907). S. 1 ff.

München, Breslau, Dresden und Köln, davon zählte nur Berlin mehr als 200 000 Seelen (450 000). Heute haben wir in Deutschland vierzig Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern, davon beherbergen nicht weniger als siebzehn mehr als 200 000 Menschen. Im Jahre 1900 hatte Deutschland mehr Großstädte als hundert Jahre vorher ganz Europa. 1800 gab es in Europa zweiundzwanzig Großstädte mit zusammen 4 000 000 Einwohnern, 1900 in Deutschland allein dreiunddreißig Großstädte mit über 9 000 000 Menschen. Namentlich im letzten Menschenalter haben die Großstädte gewaltig zugenommen. Von hundert Einwohnern lebten in Großstädten im Deutschen Reiche 1871 ungefähr fünf, 1880 sieben, 1890 zwölf, 1900 über sechzehn. Heute darf man wohl annehmen, daß unter Einrechnung der Vorstädte, die unter dem unmittelbaren Einfluß einer Großstadt stehen, mehr als ein Viertel des deutschen Volkes in Großstädten wohnt.

Vielleicht noch mehr als die Ziffer der Bevölkerung ist der Einfluß gestiegen, den die Großstadt heute auf unser ganzes geistiges und wirtschaftliches Leben ausübt. Es wäre töricht, wollte man verkennen, daß die Einflüsse, welche die Großstadt ausübt, keineswegs immer günstige sind, aber ebenso töricht wäre es, wenn man deswegen den Kreuzzug gegen die Großstadt überhaupt predigen wollte.

Die Großstädte sind die Folge unserer wirtschaftlichen Entwicklung, die aufs Innerste zusammenhängt mit der gewaltigen quantitativen und qualitativen Steigerung der materiellen Kräfte, mit der in früheren Jahrhunderten unerhörten Vermehrung der Bevölkerung einerseits und mit der wunderbaren Geschicklichkeit andererseits, mit der diese so rasch gewachsenen Menschenmassen es verstanden haben, im Laufe des letzten Jahrhunderts die Naturgewalten ihren Diensten gefügig zu machen. So muß der Inhalt des Großstadtproblems sein — um das vorweg zu nehmen —: *Das Gute an der Großstadt erhalten und das Schlechte bekämpfen.*

Wollen wir das moderne Großstadtleben studieren, so tun wir vielleicht gut, zunächst einmal die zu fragen, die besonders berufen sind, „das Traurige und das Freudige im Menschenleben mitzufühlen“: unsere Dichter. Der Leser kennt vielleicht von Peter Rosegger den Kulturroman „Erdsegen“, „Vertrauliche Sonntagsbriefe eines Bauernknechtes.“

Hans Trautendorffer, volkswirtschaftlicher Redakteur einer Zeitung, der Continental Post, ein Städter, vollendeter Kulturmensch also, nimmt infolge einer törichten Wette Abschied von der Stadt und zieht mitten im Winter hinaus aufs Land, um sich als Bauernknecht zu verdingen. Ganz oben auf der Alm im Adamshause findet er eine Dienststelle als Knecht. Der durch das städtische Leben Verwöhnte muß nun schwere Arbeit verrichten, erhält dürftige Kost und schlechtes Lager, aber er preßt die Zähne aufeinander und bleibt, denn die Wette muß gewonnen werden. Sonntags setzt er sich in seine Kammer, die nur von dem anstoßenden Ochsenstall etwas erwärmt wird, und auf dem dreifüßigen Stallstuhl schreibt er an einen Freund in der Großstadt Briefe, in denen er über die inneren und äußeren Erlebnisse der letzten Woche jedesmal berichtet. Schicksalsschlag auf Schicksalsschlag trifft die Familie, in der er aufgenommen ist. Er, der Knecht, wird bald der vertraute Freund der Familie, er lernt die Schattenseiten des Landlebens kennen und mehr wie einmal erfaßt ihn eine Sehnsucht nach der Stadt, ein „Heimweh nach geistigem Leben". Aber das alles vermag ihn nicht niederzuschmettern, im Gegenteil, immer mehr empfindet er, daß auf dem Lande „Kulturmenschheit" nicht zu verlieren, sondern nur zu gewinnen ist; daß nur eine Wette ihn aufs Land getrieben hat, vergißt er nachgerade. Er fängt an, das Land und die ländliche Arbeit um ihrer selbstwillen zu lieben. Jubelnd betrachtet er das Werden und Vergehen des wunderbaren Zaubers, den die Natur in Feld und Wald hervor bringt. „Der Bauer sieht, wenn die jungen Gräser sprossen, daß es Frühling ist, bei Euch dagegen," schreibt er seinem Freunde, „da werden jetzt allmählich die Konzerte anfangen, die Gärtner werden den Parkrasen säubern, die Winde den Straßenstaub aufwirbeln, die Schneider werden mit irgend einer Modetorheit die Frühjahrssaison einleiten". Die Liebe stiehlt sich in das Herz des jungen Städters und Bauernknechtes ein, nicht nur zur freien Natur, sondern auch zu den Menschen, die darin wohnen. Man fühlt es deutlich, daß das Herz mitspricht, wenn er die Opferwilligkeit des Bauernstandes preist und die stillduldende Liebe, die ans heldenhafte grenzt. „Es ist im Bauernstande eine Kraft und eine Geistestätigkeit, von der der hochmütige Pinsel im Frack keine Ahnung hat." Was Wunder, wenn Trautendorffer den städtischen Rock mit dem Bauernkittel endgültig vertauscht.

Wollen wir ein Gegenſtück zu dieſer Erzählung, ſo greifen wir am beſten zu Maxim Gorkis Roman „Drei Menſchen“. Ilja, der Held des Romans, kommt vom Lande als zehnjähriges Kind in die Stadt. Von ferne ſieht er die Stadt, die Häuſer dicht gedrängt, die Sonne iſt eben aufgegangen, und im Strahle der Sonne ſpiegeln ſich die Fenſter der Häuſer und geben dem Ganzen eine eigenartige Pracht. „Ach, wie hübſch das iſt,“ ſagt der Knabe leiſe vor ſich hin. Dann ſehen wir, wie das Leben des Knaben ſich in der Großſtadt abwickelt. Schon bald empfindet das Kind, daß das Leben im Dorfe weit angenehmer iſt, als in der Stadt. Im Dorfe konnte man hingehen, wohin man wollte, in den Feldern umherſtreichen, auch wohl an Bäumen und Sträuchern naſchen. In der Stadt dagegen muß man ſich in den engen, düſtern Höfen aufhalten, oder in den häßlichen Häuſerreihen. Und wie ſtill und friedlich iſt es in der ländlichen Heimat! Alle Leute haben dieſelbe Beſchäftigung, alle kennen ſich, in der Stadt zanken und ſtoßen ſich alle, keiner kümmert ſich um den andern.

Gorki ſchildert dann, wie der Knabe von Stufe zu Stufe ſinkt, wie er verdirbt unter dem Einfluß der großſtädtiſchen Verführung, bis er ſchließlich ſelbſt vor einem Morde nicht zurückſchreckt. Als die Polizei kommt, um ihn zu verhaften, will ſie ihm die Feſſeln erſparen, wenn er „bei Gott“ ſchwört, daß er nicht entfliehen wolle. Finſter antwortet er: „Ich glaube nicht an Gott“, dann reißt er ſich los .... am Fuß eines Abhanges findet man ihn wieder mit zerſchmettertem Schädel — er hat ſelbſt ſeinem Leben ein Ende gemacht.

Gorki und Roſegger ſchildern zwei ganz verſchiedene Menſchenſchickſale, wie ſie auch ganz verſchiedene Schriftſtellercharaktere ſind, und doch iſt in beiden Romanen der Gründakkord derſelbe: eine Anklage gegen das Kulturleben in der modernen Großſtadt. Aber nicht nur dieſe beiden ſind es, die derartige Klagen erheben. Nehmen wir irgend einen Dichter und Denker der neueſten Zeit, der das moderne Leben mit offenem Auge verfolgt, ſtets wird man einen ähnlichen Peſſimismus durchklingen hören, wenn von dem Großſtadtleben geſprochen wird.

Hier, wo ich von dem Urteil der Dichter über ſtädtiſches Leben ſpreche, denken wir vielleicht an einen andern Dichter, der vor mehreren Menſchenaltern auch ein Urteil abgab über die Stadt: Im „Spaziergang“ ſagt Schiller im Hinblick auf die Stadt:

„Sieh, da entbrennen im feurigen Kampf die eifernden Kräfte,
Großes wirket ihr Streit, Größeres wirket ihr Bund.
Tausend Hände belebt ein Geist, hoch schlägt in tausend Brüsten, von einem Gefühl glühend, ein einziges Herz,
Schlägt für das Vaterland und glühet für der Ahnen Gesetze."

Keine moderne Großstadt wird es wohl wagen, zu behaupten, daß diese Verse Schillers ihr treubefolgter Wahlspruch sei. Schon längst herrscht im Großstadtleben nicht mehr die Konkordia, die Eintracht; die Diskordia, die Zwietracht, läßt zu häufig ihre verhängnisvolle Macht fühlen. In so vielen Gesichtern, die uns heute in der Großstadt begegnen, scheint man Gedanken ablesen zu können, ähnlich denen, die Gerhard Hauptmann in seinem Gedichte „Im Nachtzuge" moderne Proletarier aussprechen läßt:

„Wir haben euch güldene Häuser gebaut,
Indessen wie Heiden wir nisten,
Wir schaffen euch Kleider, wir backen euch Brot,
Ihr schafft uns den grinsenden, rieselnden Tod.
Wir wollen die Ketten zerbrechen,
Wir wollen uns rächen, uns rächen ...."

„Ja, es ist wahr, wie schade, daß die alte, gute Zeit nicht mehr da ist," so höre ich schon manche klagen. Aber diese „alte, gute Zeit" hatte doch auch ihre Schattenseiten und insbesondere der damalige Städter wohnte nicht so ganz ausschließlich auf der Sonnenseite der menschlichen Kultur und des menschlichen Glücks. Wie sahen damals die altmodischen Städte aus, und wie lebte man darin?

Beginnen wir mit dem Äußeren. Die Straßen waren in der Regel überaus schmutzig. Selbst in Berlin im Jahre 1800, zu einer Zeit, wo unsere Reichshauptstadt 200 000 Einwohner zählte, berichtet ein Reisender, daß man, wenn man durch die Straßen ging, unaufhörlich die Nase ins Schnupftuch stecken mußte. Man pflegte alles auf die Straße zu werfen; namentlich am Morgen soll dem durch die Straßen Wandernden kein angenehmer Duft entgegengekommen sein. Tote Katzen, Hunde und sogar tote Pferde ließ man halbe Tage lang auf der Straße liegen. Während heute die Großstadt zur Nachtzeit in

hellstem, elektrischem Lichte erstrahlt, mußten einst in den Städten kleine Straßenlaternen, die zur Seite der Straße an Holzpfählen angebracht waren, genügen, um das wenig belebte Straßenbild zu beleuchten. Die vorsichtige Stadtverwaltung sorgte schon dafür, daß die Lampen nicht zu lange brannten dadurch, daß möglichst knapp Öl aufgegossen wurde. Wenn man ausging, steckte man daher ein kleines Laternchen zu sich, damit der Heimweg erhellt wurde. Ähnlich primitiv war die Beleuchtung im Hause: Talglichter waren dafür da, die alle Viertelstunden verdüsterten und wieder geputzt werden mußten. Natürlich gab es damals auch noch keine elektrische Bahnen, die heute in den modernen Städten unentbehrlich zu sein scheinen und deren rasselnder Lärm so charakteristisch für das Straßenleben in unsern Großstädten geworden ist. Dafür aber konnte man sich in der guten, alten Zeit noch erfreuen an dem muntern Klange des Posthorns und vielleicht auch an dem friedlichen Sing-Sang des guten, alten Nachtwächters, der abends durch die Straßen zog, alle hundert Schritte in sein Horn tutete und also mahnte:

„Hört ihr Herren und laßt euch sagen,
Die Uhr hat zehn geschlagen,
Bewahrt das Feuer und das Licht,
Damit der Stadt kein Schaden geschicht,
Und lobet Gott den Herrn."

Vielleicht ist der alte Nachtwächter etwa so, wie er uns von Skarbina in seinem Kunststeindrucke „Hört ihr Herren ...." vorgeführt wird, das beste Wahrzeichen der altmodischen Stadt.

Aber so gemütlich das Stadtleben von einst sich im Bilde immerhin ausmalen läßt, der moderne Mensch würde sich doch wenig behaglich fühlen, wenn ihm ein Zauberer die Annehmlichkeiten der modernen Großstadt wegnähme und dafür die „Reize" der Stadt vor hundert und mehr Jahren in Tausch geben wollte.

Auch innere Konflikte waren in der alten Zeit gar nicht so selten, damals gab es wie heute soziale Fragen in den Städten: Dienstbotennot, Streit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Wohnungsnot ...., und wie es mit dem frohen, fröhlichen Bürgersinn in der Stadt aussah, das erfahren wir von Dr. Arnold Mallinckrodt, der Ende des achtzehnten Jahrhunderts die Frage beantwortete: warum die deutschen Reichsstädte nicht

so glücklich seien, wie sie es eigentlich als Republik sein müßten. Die Antwort lautet so: „Mangel an Gemeingeist und Patriotismus, Liebe zum Schlendrian und Trägheit, Mißtrauen der Bürgerschaft gegen den Rat, Despotie eines einzelnen oder einiger einzelner, schlechte, schläfrige Justiz, schlechtes unordentliches Rechnungswesen, schlechte, nachlässige Polizei, schlechtes Armenwesen, Neid und Mißgunst, Luxus ... tragen die Schuld."

Mehr kann man eigentlich nicht verlangen. Die gute, alte Zeit ist für den Gegenwartsmenschen immer schon dagewesen. Die Vergangenheit sieht er zu rosig, die Gegenwart zu düster an. Nun darf man freilich nicht den entgegengesetzten Fehler machen dadurch, daß man die Vergangenheit zu schwarz schildert, damit die Gegenwart in desto hellerem Lichte erstrahlt. Vielleicht treffen wir das richtige, wenn wir sagen, daß es mit dem äußeren Rahmen und dem äußeren Leben in der modernen Stadt viel besser bestellt ist, als in den alten Städten. Aber tiefgreifende innere Konflikte waren früher Ausnahmen und sind heute zur Regel geworden.

Überhaupt wird man kaum vorsichtig genug sein können, wenn man die deutschen Städte vor dem 19. Jahrhundert mit modernen Großstädten vergleichen will. Es handelt sich dabei um ganz verschiedene soziale Erscheinungen. Will man ein Gegenstück zu unsern modernen Großstädten haben, so nehmen wir am besten das alte Rom, etwa in den späteren Jahren der Republik. Ein italienischer Historiker — G. Ferrero — sagte vor kurzem ganz richtig: „Gleiche Erscheinungen erzeugten damals die gleiche moralische und politische Wirkung wie heute; intellektuelle Unruhe, Schwächung des Geistes der Tradition, allgemeinen Nachlaß der Disziplin, Entkräftung der Autorität, ethische Unordnung und Verwirrung." Zu jener Zeit verfeinerten sich wie heute in den Großstädten gewisse moralische Gefühle, wie Energie, Unabhängigkeitsgefühl, während andere sittliche Eigenschaften: Barmherzigkeit und Mitleid, Liebe zur angestammten Heimat, Gottvertrauen verblaßten und verschwanden.

Doch bleiben wir bei der Gegenwart. Suchen wir uns als Gegenwartsmenschen Rechenschaft abzulegen, was die moderne Großstadt für unser Kulturleben bedeutet.

Ich deutete schon an, daß die moderne Großstadt mit Naturnotwendigkeit aus dem wirtschaftlichen Bedürfnisse der

Gegenwart heraus entſtehen mußte, und wirtſchaftlicher Art ſind daher auch ihre bemerkenswerten Vorzüge. Die Großſtadt iſt eine Schöpfung unſerer modernen wirtſchaftlichen Kultur, die ſie aber gleichzeitig in hervorragendem Maße mitzutragen berufen iſt durch Beteiligung an der großartigen Reichtumsvermehrung in unſeren Tagen. Man drängt ſich in der Großſtadt zuſammen, um ſich beſſer in die Hände arbeiten zu können; wir haben im Wirtſchaftsleben der Gegenwart eine wunderbare, weitverzweigte Arbeitsteilung, und dieſe Arbeitsteilung vermag beſſer zu funktionieren da, wo die Menſchen zuſammengedrängt ſind, als wo ſie zerſplittert wohnen; in einer Großſtadt iſt deshalb die Warenerzeugung billiger, die Produktivität der Arbeit größer. Der Verbrauch iſt in der Großſtadt ein Maſſenverbrauch, der durch ſeine Gleichartigkeit und ſeine Mannigfaltigkeit viel billiger befriedigt werden kann, als wie der individuelle Bedarf auf dem Lande und in den kleineren Städten. Damit mag es wohl auch zuſammenhängen, daß in der Großſtadt ein immer größerer Teil des nationalen Reichtums ſich anſammelt und daß dorthin immer mehr die Leitung unſerer heimiſchen Produktion verlegt wird. Die Aktiengeſellſchaften, die Banken und Börſen haben in der Großſtadt ihren Sitz und ziehen immer mehr dorthin; ihnen folgen zahlreiche reich gewordene Provinzler, teils um das großſtädtiſche Genußleben mitzumachen, teils um durch „Spekulieren“ ihren Reichtum zu vermehren. 1851 hatte der Höchſtbeſteuerte in Berlin ein Einkommen von 64 000 Talern, 1905 gab es ſchon 250 Berliner, die ein höheres Einkommen zu verzeichnen hatten. 1851 gab es in Berlin erſt 6 Talermillionäre, im Jahre 1900 638. Dieſe Reichtumskonzentration in der Großſtadt hat ſozial gewiß ihre großen Schattenſeiten, aber rein wirtſchaftlich betrachtet doch auch wieder ihre Vorzüge. Das Kapital kann, weil es ſo dicht zuſammen iſt, beſſer kontrolliert und vor allem beſſer kommandiert werden dahin, wo ſeine Anlage am lohnendſten iſt und wo es volkswirtſchaftlich am beſten verwandt werden kann.

Aber nicht nur aus dem Kapital wird in der Großſtadt herausgeholt, was herausgeholt werden kann, auch die wirtſchaftliche Intelligenz des einzelnen wird nicht ſelten viel mehr entfaltet, als in der kleinen Provinzſtadt und auf dem Lande. Das Handwerk vermag ſich in der Provinz nicht in

dem Maße zu spezialisieren und damit technisch zu vervollkommnen, wie in der Großstadt. In der Großstadt verfügen ferner nicht selten die Fachschulen der großen Handwerksverbände über besonders tüchtige technische Lehrkräfte und vortreffliches Lehrmaterial. Die scharfe Konkurrenz einerseits, der offenbare Erfolg der Tüchtigeren anderseits spornt an und reißt demjenigen die Zipfelmütze ab, der sie in der Provinz zeitlebens auf dem Kopfe behalten hätte. Ein hervorragender Industrieller — Ochelhäuser — sagte einmal nicht ohne Grund: „Das Tempo des Denkens und des Handelns steigert sich mit der Bevölkerungszahl."

Wirtschaftlich hat unzweifelhaft die Großstadt gezeigt, daß sie ein Fortschritt bedeutet, und damil hat sie, das will mir scheinen, auch schon ihre Existenzberechtigung dargetan, trotz offenkundiger ideeller Nachteile.

* * *

In jeden Menschen ist ein Streben nach materiellem und nach ideellem Erfolge, nach Vermehrung seiner äußeren Güter und nach Verbesserung seines innersten Menschen hineingelegt. Nun ist es allerdings wohl leichter, materielle Fortschritte zu machen, als ideell, geistig vorwärts zu kommen. Wenn jedoch da eine Disharmonie besteht, so soll man sie nicht dadurch beseitigen, daß man die materiellen Erfolge vernichtet und dadurch das Gleichgewicht herstellt, sondern im Gegenteil, man soll alle Kräfte anspannen, daß die Menschheit die nun erlangten materiellen Erfolge benutzt, um geistig und moralisch höher zu kommen. Solange die Großstadt nicht in dieser Richtung fortschreitet, wird man ihr den ihr schon jetzt zuweilen zuerkannten Ehrentitel „Herd fortgeschrittenster Kultur" versagen müssen.

Wie steht es nun mit dem geistig-sittlichen Fortschritt der Menschheit in den Großstädten? Ich antworte mit dem Geographen Ratzel: „Solange es Großstädte gibt, sind sie im Übel und im Guten ihren Ländern vorausgeschritten." Aber, so möchte ich schnell hinzufügen, für den geistigen und sittlichen Fortschritt unseres Volkes leistet die moderne Großstadt in der Gegenwart doch erheblich mehr im Zerstören, als im Aufbau und Weiterbau. Ich will es nicht leugnen, daß man in der Großstadt rastlosen Fleiß mehr findet,

als anderswo, daß der Drang nach Bildung — wenigstens äußerlich — weite Schichten der großstädtischen Bevölkerung in besonderem Maße beseelt. Daß wir im Kampfe für politische Freiheit und Gleichberechtigung so erhebliche Fortschritte machen konnten, ist nicht in letzter Linie der Agitation in der Großstadt zu verdanken. Auch das wollen wir zugeben, daß das „soziale Gewissen" in der Großstadt — allerdings nicht ganz gutwillig — besonders feinfühlig ist.

Das alles kann doch die tiefwurzelnde soziale Unzufriedenheit und moralische Ungesundheit, das bedauernswerte tief geistige Niveau eines großen Teils des Großstadtvolkes nicht wett machen.

Nirgendswo wird der Unterschied zwischen reich und arm mehr empfunden, und nirgends läßt diese Empfindung schmerzhaftere Wunden zurück, als in der Großstadt. Man beobachtet, wie schnell manchmal Reichtümer erworben werden, daß sie beinahe ebenso häufig und in ebenso schneller Weise verloren gehen, übersieht man. Der Glückliche zeigt sein Glück freudestrahlend der Öffentlichkeit, der Unglückliche schleicht sich still aus den Stadtgegenden, die seine glücklichen Tage gesehen haben, heraus, um anderswo das Proletariat zu vermehren. Und wer fühlt die großen Gegensätze im Erwerbsleben am meisten? Die Kinder, denen doch diese Gegensätze möglichst lange verborgen bleiben sollten. Die Kinder sehen bewundernd, daß in den Häusern der Reichen ein üppiges Wohlleben herrscht, ohne daß gearbeitet wird, während der Vater von der Arbeit heimkehrt und doch arm bleibt. Das mag mit ein Grund dafür sein, daß in der Großstadt kein Platz mehr ist für das Gemüt. Genuß und Verdienst sind die Begriffe, die dem Leben in der Großstadtfamilie einen Inhalt geben. Und was nennt man in der Großstadt Familie? Der Mann und die Frau in der Fabrik und auf der Straße, sich selbst überlassen, die Kinder; „heut geblendet, morgen blind," sobald schon Opfer der Großstadt.

Und trotzdem lockt der städtische Qualm und Dunst immer neue Scharen weg vom grünen Land. Herbeigezogen werden sie von den Kasernen, den Kaufhäusern und Fabriken, geblendet von dem trügerischen Glanze, hinter dem für so viele hoffnungsfreudige Zuwanderer nur bitteres Elend steckt; und wenn auch das tägliche Brod gefunden wird, viele bleiben — vielleicht

ohne den Mut zu haben, es selbst zu gestehen — in der Großstadt fremd; als Fremde plagen sie sich ab unter Fremden, fern von der Heimat, losgelöst von dem Schönsten, was es neben Eltern- und Mutterliebe gibt, losgelöst vom Heimatsgefühle.

Die neu zur Stadt Hinziehenden melden ihren Einzug nicht vorher an, wie es notwendig wäre, wenn rechtzeitig die erforderlichen Wohnungen bereitgestellt sein sollen. Bald mehr, bald weniger zahlreich kommen sie und die Folge ist, daß nicht genügender Platz vorhanden ist, um die alten und neuen Städter mit Wohnungen zu versorgen, die ihren Wünschen entsprechend sind. Von Zeit zu Zeit wird die Wohnungsfrage besonders brennend, und man weiß, wie viel Elend gerade diese soziale Frage in sich schließt.

Weil der Zuzug so sehr verschieden ist, und weil die wirtschaftliche Entwicklung in den verschiedenen Großstädten mit ihrem manchmal eigenartigen gewerblichen Gepräge sich so viel ungleichmäßiger vollzieht als etwa im ganzen Staate, ist das gesamte wirtschaftliche Leben in der Großstadt viel weniger stabil als in einem großen gemeinschaftlichen Organismus, als etwa im gesamten Staate. Weit häufiger kommt es daher vor, daß dort über Arbeitslosigkeit, über schlechte Zeiten mit Recht geklagt werden kann.

Wie sehr die soziale Unzufriedenheit in der Großstadt wächst, dafür bieten vielleicht die für die sozialdemokratische Partei abgegebenen Stimmen einen Maßstab: in den 26 Großstädten des deutschen Reichs, die schon zur Zeit der Berufszählung vom 14. Mai 1893 mehr als 100 000 Einwohner zählten, sind bei den vorletzten Wahlen zum Reichstag im Juli 1903 der Sozialdemokratie 861 000 Stimmen zugefallen; dagegen hat man die Zahl der großstädtischen Arbeiter, die für die Sozialdemokratie gestimmt haben, auf 582 000 geschätzt, so daß von den insgesamt abgegebenen 861 000 Stimmen 300 000 Stimmen von den sogenannten bürgerlichen Elementen aufgebracht worden sind. Diese soziale Unzufriedenheit hat immerhin auch ihr Gutes, denn ohne Unzufriedenheit gibt es schließlich keinen Fortschritt.

Viel tiefer zu beklagen ist der moralische Schmutz in den großstädtischen Straßen und Lokalen, da handelt es sich um eine Frage, der man beim besten Willen keine gute Seite abgewinnen kann. Schon vor einer Reihe von Jahren

meinte der bekannte Führer der Sozialdemokratie Kautsky: „Wer Gelegenheit hat, die Jugend der Großstadt kennen zu lernen, muß, wenn er von ihrer Gesinnung nicht schon angesteckt ist, erschrecken über die Brutalität und die Gemeinheit ihrer Denk- und Sprechweise. Der einzige Gesprächsstoff unserer Jeunesse dorée besteht aus unflätigen Zoten, in der Erzählung von Obszönitäten; man prahlt mit Taten, deren beschuldigt zu werden, einem anständigen Menschen das Blut ins Gesicht treiben würde."

Die Folgen einer solchen Denkweise bekundet die Kriminalstatistik. Nach den Mitteilungen im Statistischen Jahrbuche deutscher Städte sind die Verhältniszahlen der wegen Verbrechen und Vergehen in den Jahren 1898 bis 1902 Verurteilten in den deutschen Städten mit mindestens 50 000 Einwohnern im Vergleich zum übrigen Reichsgebiet größer um

38 % bei den Verurteilten überhaupt,
36 % „ „ männlichen Verurteilten,
68 % „ „ weiblichen „
67 % „ „ jugendlichen „

Es kamen auf 10 000 Personen der strafmündigen Zivilbevölkerung Verurteilte

im Jahrfünft	im Reiche überhaupt	in den größeren Städten
1898/02	120,9	152,4
1883/87	101,1	129,0

Auf 10 000 strafmündige Zivilbewohner kamen Verurteilte im Durchschnitt der Jahre 1898/1902

wegen	in den größeren deutschen Städten	im übrigen Reichsgebiet
Gewalt und Drohungen gegen Beamte usw.	7,8	3,3
Gefährliche Körperverletzung	19,2	25,2
Diebstahl	34,8	22,1
Betrug	9,5	5,4
Sonstige Verbrechen und Vergehen	81,2	54,5
Summa	152,4	110,5

In Berlin entfielen nach einer amtlichen Zählung im Jahre 1900 auf 10000 erwachsene männliche (erwachsene weibliche) 141,94 (45,73) Geschlechtskranke, die entsprechenden Zahlen für den Regierungsbezirk Münster waren z. B. 4,76 bezw. 1,44.

Rückschluß auf die sittliche Qualität der Bevölkerung gestattet wohl auch die Ehescheidungsstatistik. Im Jahre 1905 entfiel auf die 28 Großstädte Preußens über die Hälfte der Gesamtzahl der Ehescheidungen im Staate. Im Verhältnis zu den bestehenden Ehen war die Scheidungshäufigkeit der Großstädte zweieinhalbmal so bedeutend wie im Gesamtstaate und etwa anderthalbmal so hoch wie bei der Gesamtheit der Städte. „Hauptsächlich," so heißt es in den amtlichen statistischen Darlegungen dieser Tatsachen, „wird man das großstädtische Leben mit seinen größeren sittlichen Gefahren, seinen weniger streng moralischen Anschauungen und seinen vielfach ungünstigen Einwirkungen auf das Familienleben (Schlafburschen, Mietskasernen) für die bedeutendere Scheidungshäufigkeit der Großstädte verantwortlich machen müssen". Ehebruch speziell war Grund der Scheidung auf dem Lande bei 40,7 %, in den Städten bei 52 %, in den Großstädten bei 57,9 %, in Berlin bei 65,9 % der Scheidungen überhaupt.

Daß bei einem solchen Familienleben die Verwahrlosung der Jugend eine besonders ernste Gefahr ist, liegt auf der Hand. Daß diese Gefahr in der Großstadt erheblich größer ist als in den kleineren Städten und Ortschaften, bekunden unter anderem die Angaben über den Umfang der Fürsorgeerziehung. Einen unverhältnismäßig großen Anteil an den Fürsorgezöglingen weist Berlin auf, über ein Zehntel der Gesamtzahl sind Berliner Kinder, die anderen Großstädte mit über 100 000 Einwohnern stellen weitere 25 %, dagegen sämtliche Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern nur 19,3 %.

Dabei nimmt der Kindersegen in den Großstädten auffallend rasch ab. Nach Mombert zählte man auf 1000 preußische Ehefrauen im Alter bis zu 50 Jahren im Jahresdurchschnitt 1899—1902

in Berlin	152	Geburten,
in den anderen Großstädten	224	"
" " Mittelstädten . . .	236	"
" " Kleinstädten . . .	256	"
auf dem platten Lande . .	287	"

Dieselbe Geburtenziffer stellte sich für Berlin im Jahre 1876 noch auf 307, 1881: 252, 1891: 220, 1901: 172. Ohne Altersbegrenzung der Ehefrauen ergaben sich für die eheliche Fruchtbarkeit Berlins in den letzten Jahren folgende Zahlen: 1901: 125,0; 1902: 119,8; 1903: 113,1; 1904: 111,2; 1905: 109,7. Ein Rückgang von 12% in 4 Jahren!

Werfen wir endlich noch einen Blick auf die Selbstmordstatistik. Auf 100 000 Lebende kamen Selbstmörder:

	1903			1904		
	männlich	weiblich	überhaupt	männlich	weiblich	überhaupt
In Preußen	33,33	8,82	21,00	31,77	8,95	20,20
„ Berlin	46,72	17,38	31,44	46,00	16,67	30,73

	1905		
	männlich	weiblich	überhaupt
In Preußen	32,28	9,43	20,69
„ Berlin	52,13	19,57	35,18.

Solche statistischen Vergleiche erlauben es wahrhaftig nicht, ein günstiges Urteil über die moralische Qualität der Großstadt zu fällen.

Die moralische Ungesundheit wird nicht geringer, sondern größer. Immer mehr scheint besonders unsere Jugend unter den verderblichen großstädtischen Einfluß zu kommen. Das entsetzliche traurige Lebensschicksal, das Gorki in seinem schon erwähnten Romane vorführt, ist typisch für Tausende von Großstadtexistenzen.

Was Wunder, daß eine das Herz und Gemüt befriedigende tiefgehende Religiosität in vielen Teilen der Großstadt längst verloren gegangen ist. „Man fürchtet und haßt den alten Glauben der Väter wie ein Gespenst", zum Ersatz dafür gibt man sich vielfach tollem Aberglauben hin. Jüngst wurde in unserer Metropole der Intelligenz eine besondere Wahrsageschule eingerichtet; unter anderem soll da gelehrt werden „wissenschaftliche Chirologie" d. h. das Prophezeien aus den Linien der Hand, ferner das Wahrsagen aus dem Kaffeesatz, dem Vogelflug, aus Blei und Eiern, und es kann kein Zweifel sein, daß diese Wahrsageschule gute Geschäfte macht; eine angesehene Berliner Zeitung stellte kürzlich fest, daß in einem weitverbreiteten

Berliner Frauenblatte nicht weniger als 30 Wahrsagerinnen ihre Dienste anboten![1])

Was will das alles bedeuten, so höre ich einwenden, gegenüber der Tatsache, daß die Großstadt „das Produktionszentrum geistiger und künstlerischer Werte" ist? In den Großstädten sind die Museen, Theater, Bildungsgelegenheiten aller Art. Wenn man aber genau zusieht, so wird man vielfach finden, daß die Rolle, die Kunst und Wissenschaft im großstädtischen Leben spielen, weniger auf ideelle innere Gründe zurückzuführen ist, als vielmehr darauf, daß in den Großstädten auch die geistige Ware am leichtesten Käufer findet. Das „Ideelle" läßt sich in der Großstadt am leichtesten in klingende Münze verwandeln.

Mit Recht hat man darauf aufmerksam gemacht, daß man auf die Klöster und nicht auf die Städte zurückzugehen hat, wenn man den Anfang des neuen geistigen Lebens, das sich im Mittelalter auf den Trümmern der alten Welt errichtete, auf die Spur kommen wolle, und wenn man auf die Bedeutung, die Rom und Paris in der Geschichte der geistigen Entwicklung der Völker innenehmen, hinweist, dann wird man daran erinnern dürfen, daß auch die kleinen Städte wie Olympia und Weimar in dieser Hinsicht eine glänzende Stellung sich errungen haben. Dazu muß man erwägen, daß die großen Kulturzentren in ihrer Blütezeit kaum mehr als 100 000 Einwohner zählten. Die zunehmende Zahl war nicht ein Zeichen steigender, sondern sinkender Kultur.

Übrigens zeigt ja die Gegenwart immer wieder, daß große Denker sich vom Getümmel der Großstädte abwenden und es ist vielleicht kein Zufall, daß die meisten der führenden Geister der letzten Jahrzehnte entweder auf dem Lande oder in kleineren Orten geboren sind. Selbst jene eigenartige geistige Elite, die für manche Großstädte charakteristisch ist, die so-

[1]) Zahlreiche Fälle beweisen, daß derartiger Aberglaube nicht nur sittliche Verwilderung sondern auch Störung des Familienlebens heraufbeschwört. Der Vorwärts meinte jüngst (9. Aug. 1907) im Anschlusse an einen Einzelfall: „Leider nimmt die Presse nur hin und wieder, vielleicht bei ganz besonders krassen Fällen, Gelegenheit, das schamlose Treiben jener dunklen Gestalten etwas näher zu betrachten. Man hat sich daran gewöhnt, diese traurigen Zeichen unserer Zeit als etwas Selbstverständliches zu betrachten."

genannte „Bohême“ lehnt sich zeitweise auf gegen den Lärm und Qualm des Großstadtlebens. Der berühmte Kreis jugendlicher Dichter und Denker, der sich in den achtziger Jahren um die Gebrüder Hart in Berlin gesammelt hatte, verließ schließlich doch die Mietskasernen und die Nachtkaffees der Großstadt, um draußen in Friedrichshagen in Bauernhäusern bei Wald und Wiese ihr ungebundenes Leben fortzuführen.

Und wie machen es unsere Künstler? Im ostfriesischen Dorf und Moor, in Worpswede, im Riesengebirge, in den bayrischen Gebirgen, da haben unsere Künstler ihre Anregung gesucht und gefunden; daß das großstädtische Gefängnisleben manchen empfänglicher macht für die wunderbare Schönheit in Gottes freier Natur, das kann man kaum unter die Vorzüge der Großstädte buchen.

Wir sehen hier und dort unsere Künstler und Dichter im Kampf gegen den verderblichen Einfluß der Großstadt.[1]) Vor einigen Jahren ging ein Appell an die deutschen Fürsten, sie sollten ihre Fürstenhöfe in Kulturstätte umwandeln, damit so unsere Dichter und Künstler dem geistig ungesunden Leben der Großstadt, das doch eigentlich nur „das Leben schlaffer, nervenkranker Menschen“ sein könne, entzogen würden. Hier und da beginnt man aus der Theorie praktische Folgerungen zu ziehen. Die Kunstfreunde am Rhein traten zu einem Verbande zusammen unter dem Protektorate des Großherzogs von Hessen, der als erstes Ziel bezeichnet: „die heimische Kunstkraft soll an die heimische Scholle gefesselt und von der Übersiedelung in die Großstadt mit ihrem unwürdigen, geschäftlichen Konkurrenzkampfe abgehalten werden.“

Eine großstädtische, echt deutsche Kunst scheint eine contradictio in adjecto, ein Wiederspruch in sich selbst zu sein. Schlichtheit und Bescheidenheit sind doch von deutscher Art unzertrennlich. Aber gibt es denn wirklich noch deutsche

[1]) Erst kürzlich ist ein Brief Fontanes bekannt geworden (an Alexander Gents) in dem er folgendes harte Urteil über die Großstadt fällt: Alle großen Städte sind gedankenfaul: sie haben gar keine Zeit dazu, einen Gedanken liebevoll auszutragen. Die vielen Berühmtheiten, die sich vorfinden, spinnen im günstigsten Fall ihren am anderen Ort begonnenen Faden fort, meist aber sind sie nur die Aushokerer des Materials, mit dem und um dessentwillen sie in der Hauptstadt eintrafen. Jede große Stadt ist notwendig improduktiv; sie produziert freilich Massen, aber dies alles ist nur Fabrikproduktion, nicht geistige Produktion.

Großstädte? Heimatsgeist und Heimatssinn scheint bei einem nur zu großen Teile des großstädtischen Volkes unwiederbringlich verloren gegangen zu sein. Welche Art Kunst der Großstadt angepaßt ist, davon legen die prunkenden Fassaden an den Mietskasernen Zeugnis ab. Sensation ist hier wie überall die Losung und nur der, der etwas aus sich macht, gilt als etwas; für ein genaues Kennenlernen ist keine Zeit. Was Wunder daher, daß allenthalben der Schein das Sein verdrängt.

„Es herrscht", um Worte von H. Muthesius zu gebrauchen, „eine ängstliche Sucht, die natürlichen Verhältnisse zu übertünchen, sich zu verkünsteln, ins Feine zu steigern, sich gewaltsam ins Talmiaristokratentum zu erheben. Wir scheinen uns gerade dessen zu schämen, was unser Stolz sein sollte, unseres Bürgertums". Es entfaltet sich so, namentlich in der Großstadt, ein „Maskenzug moderner Scheinkultur" in dem keine echte, verinnerlichte Kunst aufkommen kann.

Dermaleinst nach Jahrtausenden werden vielleicht sogar unsere Stadtpläne dem Kulturhistoriker Aufschluß geben über den geistigen Minderwert unserer modernen Großstadtkultur. Der große Humorist Oberländer hat einmal unsere modernen regulären Städte mit den Gebilden tiefstehender Tierarten, die alte irreguläre Stadt mit den Formen reich durchgeistigten Lebens verglichen. Bekannt ist es ja auch, daß der Feldmarschall Moltke den gradlinigen Städten geringeren Patriotismus zusprach, als den verwickelten. Darin steckt eine ganz richtige Beobachtung. Der Stadtbau vermag in der Tat Zeugnis abzulegen für den historischen, den ästhetischen Heimatssinn. Aber das ist nun wieder das „Tragische" bei der modernen Großstadt, daß der Verkehr oft in verhältnismäßig sehr kurzer Zeit so gewaltige Dimensionen annimmt, daß der gute Geschmack, die Heimatsfreude, die historische Erinnerung geopfert werden muß, um dem harten Tyrann „Verkehr" Platz zu machen und wie bitter das ist, welche tiefgehende Bedeutung das haben muß, empfindet man so recht, wenn man die alten, behaglichen Straßen von Heidelberg, von Nürnberg, von Hildesheim durchwandert uud damit die kalten Gebilde des modernen Stadtbaues vergleicht.

Aber gibt es denn nur Unerfreuliches zu berichten, wenn man über die kulturelle Bedeutung der Großstadt spricht?

Gewiß nicht! Auf die wirtschaftlichen Vorzüge der Großstadt wurde ja schon hingewiesen, und es gibt glücklicherweise doch nur wenige Pessimisten, die den wirtschaftlichen Faktoren den kulturellen Wert absprechen wollen.

Aber auch diesen allzu scharf prüfenden Kritikern gegenüber braucht man nicht in Verlegenheit zu sein, wenn sie uns nach einer Lichtseite der großstädtischen Entwicklung fragen. Ich würde an erster Stelle hinweisen auf die glänzenden Fortschritte, die die „soziale Hygiene" in den Großstädten gemacht hat.

„Soziale Hygiene!" Was würde ein Städter aus dem Anfange des 19. Jahrhunderts sagen, wenn er sehen würde, was heute unter dieser Losung geleistet wird. Zu seiner Zeit überwog selbst in epidemiefreien Jahren sehr oft die Sterblichkeit die Geburtenzahl. Erst im Zeitalter der Großstädte, zum guten Teil Dank den materiellen und intellektuellen Fortschritten, die diese brachten, wagte man den „Kampf gegen das Sterben" aufzunehmen; manche schöne Siege konnte man dabei davontragen.

Man braucht nur an einige Einrichtungen unserer Großstädte zu erinnern, um ein Bild zu geben von der Fülle der Aufgaben, die heute der sozialen Hygiene gestellt werden, und die sie auch zum guten Teil löst: Fürsorge für Wöchnerinnen und Säuglinge, Kinderheilstätten, Waldschulen, Ferienkolonien, Schulen für Schwachbefähigte, die großartige Fürsorge für Schwindsüchtige, Rekonvaleszentenheime, Nervenheilstätten, Trinkerheilstätten, städtische Bäder, städtische Gesundheitsämter, Schulärzte, Stadtärzte im Magistratskollegium, bakteriologische Untersuchungsstationen, Rettungsstationen für Unfälle und plötzliche Erkrankungen. In welch vortrefflicher Weise wird überhaupt für die Kranken in der Großstadt gesorgt. Da erhebt sich z. B. in Berlin auf der Jungfernheide das prächtige Rudolf Virchow-Krankenhaus. Es sind an 60 Einzelbauten, die mit einem Kostenaufwand von 20 Millionen Mark auf einer Bodenfläche in einer Größe von 4000 Quadratmetern errichtet wurden. Alle Krankenräume sind nach der Sonnenseite gerichtet. Von jedem Bett aus hat man einen Blick ins Freie. Das Ganze sieht mehr einer eigenartigen Villenvorstadt ähnlich, als einem Krankenhause; einstöckige Häuschen, umsäumt von Sträuchern und Hecken, an den Fenstern grüßen freundliche Blumen. In einem hübschen kleinen Park können sich die Kranken der Groß-

stadt ergehen, nur von ferne kaum vernehmbar dringt etwas von dem Großstadtlärm herüber. Und was läßt sich über die Erfolge der sozialen Hygiene in den Großstädten sagen? Einige Zahlen sollen die Antwort geben.

Es starben von je 100000 Einwohnern im Jahre 1903

an	Typhus	Diphtherie und Krupp	Masern	Scharlach	Keuchhusten	Lungentuberkulose Krankheit der Atmungsorgane	Brechdurchfall, Magen- und Darmkatarrh
im Deutschen Reich .	7,4	33,5	26,9	26,5	30	453,4	249,6
in Berlin	3,3	12,8	17,7	17,2	22,7	406,9	111,2
„ Breslau . . .	7,5	21,9	10,7	13,4	15,3	582,2	321,6
„ München . . .	3,7	14,4	27,2	4,7	11,7	463,9	633,6
„ Dresden . . .	5,1	15,3	24,2	11,0	25,4	401,9	126,6
„ Leipzig	3,7	32,4	10,7	28,5	—	391,5	345,9
„ Stuttgart . . .	2,1	18,8	44,8	3,6	12	323,6	257,9
„ Hamburg . . .	4,3	21,4	25,3	51,5	14,2	383,1	219,3

Besonders erfreulich ist das erfolgreiche Vorgehen gegen die Lungentuberkulose in den Großstädten. Das Jahr 1906 zeigt gegen das Jahr 1894 (nach dem statistischen Jahrbuche deutscher Städte) einen Rückgang bei Aachen von 2,3 auf 1,3‰, bei Cöln von 2,8 auf 1,7‰, bei Essen von 2,7 auf 1,4; bei Kiel von 2,4 auf 1,1; bei Nürnberg von 3,9 auf 2,3, Leipzig von 2,4 auf 1,8, Mannheim von 2,8 auf 1,9, Posen von 3,1 auf 2,1 usw. Ebenso erfreulich ist der Rückgang der Säuglingssterblichkeit; in den Jahren 1891—1906 ging diese zurück in München von 30,9 auf 19,6, Düsseldorf von 28 auf 19,5, Köln von 27,1 auf 22,2, Hamburg von 23,3 auf 16,6, in Berlin von 24,9 auf 17,7 usw.

Es ist erst wenige Jahrzehnte her, seitdem der Volkswirt Georg Hansen den Beweis versuchte, daß die Stadt in sich lebensunfähig und ungesund während zweier Generationen die ihr vom Lande gelieferten Menschen aufbrauche; heute ist ganz gewiß ein derartig pessimistisches Urteil nicht mehr gerechtfertigt.

Aber wohl zu beachten iſt doch, daß die obige Tabelle nur eine Sterblichkeitsſtatiſtik keine Geſundheitsſtatiſtik enthält, es bleibt immerhin fraglich ob die verhältnismäßig günſtigen Sterblichkeitsziffern zugleich auch einen Beweis für robuſte Geſundheit und größere körperliche Widerſtandfähigkeit ſind, ebenſowenig darf außer acht gelaſſen werden, daß vorzugsweiſe die kräftigſten Elemente vom Lande in die Stadt ziehen, die ſchwächeren bleiben zurück. Auf keinen Fall ſind aber die zu machenden Abſtriche groß genug, um das günſtige Urteil über die Leiſtungen der ſozialen Hygiene in der Großſtadt zu modifizieren.

Noch auf einen anderen Lichtblick im Großſtadtleben muß aufmerkſam gemacht werden, auf eine frohe Hoffnung kann man hinweiſen: auf den Bildungshunger eines beachtenswerten Teiles der unteren und mittleren Schichten der großſtädtiſchen Bevölkerung, man ſammelt Kenntniſſe, ſucht das Wiſſen zu vertiefen, nicht weil die Mode es will, nicht um damit zu glänzen und zu blenden, ſondern um ehrlich zu arbeiten an der eigenen Ausbildung, und das iſt mit Freuden zu begrüßen. Die Hoffnung wenigſtens bleibt beſtehen, daß der große Humboldt recht behält, wenn er ſagt: „Mit dem Wiſſen kommt das Denken und mit dem Denken die Kraft und der Ernſt in die Menge“. Mag auch immerhin der ſtets wachſende Strom der Volksbildung manches Ungeſunde mit ſich führen und manches Erhaltenswerte hinwegreißen, bei ernſtem Wollen der Volkslehrer nnd Volksführer wird dieſer Strom doch das Großſtadtvolk geiſtig und ſittlich einer beſſeren Zukunft entgegenführen.

Zweiter Abschnitt.

Das Familienleben.

Der soziale Kampf in der Gegenwart ist aufzufassen als der Kampf zweier Parteien mit verschiedenartigen Waffen; auf der einen Seite stehen die Kapitalisten, ihre Waffe ist das Kapital; auf der anderen Seite die Masse der abhängigen Arbeiter, ihre Waffe ist die große Zahl und der gewaltige Einfluß, den diese große Zahl in einer Zeit prinzipieller, rechtlicher und politischer Gleichheit auszuüben vermag.

Nirgends nun treten sich die Parteien kampfbereiter gegenüber als in der modernen Großstadt und nirgends ist der Kampf rücksichtsloser als gerade in der Großstadt. Rücksichtslos deshalb, weil in der Großstadt mehr als sonst der Sinn für das historisch Gewordene verloren gegangen ist; ein dadurch begünstigter konservativer Geist, der einen allzu ungestümen Fortschrittsdrang zügeln könnte, fehlt daher fast ganz. Nach manchen Richtungen hin, jedenfalls mehr als draußen auf dem Lande hat man dem Geist des Fortschritts in der Großstadt Rechnung getragen; nirgends mehr haben gerade die Arbeiter so schöne beachtenswerte Erfolge errungen als in der Großstadt und doch ist die Unzufriedenheit nirgends größer. Die sogenannte „soziale Frage" scheint in der Großstandt noch am weitesten von der Lösung entfernt zu sein.

Fragt man nach dem „Warum", so lassen sich der Gründe mehrere anführen, aber denkt man tiefer nach, so wird man als Letztes die Bestätigung eines Wortes finden, das bereits im Jahre 1861 ein bedeutender französischer Staatsmann, Jules Simon in einem Werke „l'ouvrière" (die Arbeiterin) ausgesprochen hat: „Unsere ganze wirtschaftliche Organisation leidet an einem entsetzlichen Fehler, welcher zugleich das Elend des Arbeiterstandes erzeugt und um jeden Preis überwunden werden

muß, wenn er nicht zu Grunde gehen will und dieser ist die Zerstörung des Familienlebens."

Mit dem Worte „Familie" bezeichnet man zwei verschiedenartige persönliche Verbindungen: einmal nennen wir Familie die Gesamtheit der Personen, die sich durch das Band der Blutsverwandtschaft miteinander verknüpft fühlen, mögen sie nun räumlich nahe oder weit wohnen, dann aber bezeichnen wir mit Familie auch die Vereinigung der nächsten Familienangehörigen zu einem gemeinsamen Hausstande und an die Familie im letztgenannten Sinne denke ich, wenn ich hier von dem Familienleben in der Großstadt spreche.

Um das Familienleben in der modernen Großstadt zu würdigen, ist es kaum notwendig, weit zurückzublättern in der Geschichte, zumal das nicht sonderlich ersprießlich sein könnte, weil die Forschungen der Gegenwart über die Urgeschichte der Familie zwar mancherlei Tatsachenmaterial beigebracht haben, aber doch recht wenig gesicherte Wahrheiten über den Ausgangspunkt und Werdegang der Familie.

Wenn wir auch nicht die Einzelheiten in der Geschichte der Familie verfolgen können, so muß doch erwähnt werden, daß die Geschichte jedem, der guten Willens ist, immer wieder und wieder zuruft, daß die Familie das „Vestafeuer der Zivilisation" bedeutet, daß die „Zwingherrschaft des Hauses der älteste Adelsbrief der Menschheit ist".

Mit Recht hat man darauf hingewiesen, daß es Völker gegeben hat, die gewaltige Schlachten gewonnen und ruhmvolle Reiche gestürzt haben, aber daß sie Dauerndes erst zu leisten vermochten, als die wilden Reiter und Jäger aus dem Walde herauskamen, sich einen Herd erbauten und eine Familie gründeten. (Max Wolf.) Nur diejenigen Völker, die Ordnung und Zivilisation zu schaffen verstanden, konnten in der Weltgeschichte mehr als eine vorübergehende Rolle spielen.

Blicken wir um uns in Vergangenheit und Gegenwart, so werden wir vielleicht das schönste Bild einer Familie da finden, wo ein Hausstand drei, zuweilen vier Generationen umfaßte, wo Großvater, Vater, Sohn zusammen leben und wirtschaften, wo sie sich mit ihren Angehörigen um einen gemeinsamen Herd gruppieren. Noch heute haben wir derartige große Familien unter anderem bei den südslawischen Völkerschaften in den sogenannten Hauskommunionen. Da wird am Tage ein-

trächtig mit einander gearbeitet für ein gemeinsames Ziel und am Abend kommen die Familienangehörigen, Männer und Frauen, Greise und Kinder zusammen, um in gemeinsamen Liedern, in Erzählungen der Alten die Vergangenheit lebendig zu machen. Man hört, was die Vorfahren Großes geleistet, man bekommt Lust, ihnen nachzueifern, man empfindet es, was es heißt, „nationaler Geist", was es heißt „Vaterland" und „Familie".

Das moderne Wirtschaftsleben hat für eine derartige Familie keinen Platz mehr. Während eine Großfamilie zwanzig und mehr Mitglieder zählte und zählt, ergibt sich für die moderne Familie durchschnittlich eine Ziffer von vier oder fünf. Der Grund liegt zunächst darin, daß in der komplizierten modernen wirtschaftlichen Verfassung die Familie nicht wie in den primitiven Verhältnissen der Hauptort für die Gütererzeugung sein kann. Einst wurde das, was in der Familie verbraucht wurde, auch in der Familie selbst produziert, aber längst ist das Spinnen und Weben, das Kleidermachen, Schlachten usw. (wenigstens in den großstädtischen Familien) aus der Familientätigkeit ausgeschaltet. Die Familie ist heute in der Hauptsache der Ort, wo die Güter verzehrt werden. Der Mann geht seiner Beschäftigung nach, die meist weit draußen von der Familie entfernt ist, und er befindet sich dabei während des Tages außerhalb des Gesichtskreises seiner Familienangehörigen. Und nicht nur der Mann muß außerhalb der Familie arbeiten, sogar die Frauen und Kinder werden von dem modernen Erwerbsleben hinausgelockt, oder zu einer nicht selten noch unheilvolleren „Heimarbeit" gezwungen; die zarten Hände sind heute manchmal besser zu gebrauchen als die gröbere Hand des Mannes; jedenfalls sind sie billiger, auch sind Frauen und Kinder zufriedener, weniger leicht geneigt, Forderungen zu stellen und dadurch die Kreise des Kapitals zu stören.

So erscheint denn die Familie des großstädtischen Arbeiters vielfach nur noch als ein ziemlich nebensächlicher Bestandteil der großen Fabriken oder der großen Geschäfte.

Das nicht nur wirtschaftliche Tatsachen für den Verfall des modernen Familienlebens verantwortlich gemacht werden dürfen, wird dem aufmerksamen Beobachter nicht entgehen. Es gibt auch tieferliegende sittliche Gründe dafür.

Im vorigen Abschnitte deutete ich an, daß die Selbstsucht, der Egoismus in der Großstadt einen besonders günstigen

Boden für seine Entfaltung findet und das hat auch für das Familienleben bedeutsame Konsequenzen. Max Nordau meint in seiner Schrift über „konventionelle Lügen der Kulturmenschheit“: „die Verkümmerung der Familie beginnt mit dem Überwiegen der Selbstsucht“.[1])

Man sucht durch allerlei schönklingende Phrasen das häßliche Wort „Selbstsucht“ zu umkleiden, man wagt auch nicht die äußersten Konsequenzen aus dem Grundmotiv zu ziehen, bei den entscheidenden Fragen verbirgt man sich wenig tapfer hinter einem Ignoramus („wir wissen es nicht“). So meinte jüngst eine Sozialistin, Ida Häny-Lux in einem Aufsatze über Beruf und Ehe: „wir sind nicht imstande richtig abzuwägen, ob die Ehe mehr Fluch oder Segen für die Menschheit bedeutet“.

Doch wir wissen es, daß nicht nur die Jahrtausende der Vergangenheit, sondern auch die Gegenwart mit aller wünschenswerten Deutlichkeit Zeugnis dafür ablegen, daß die Familie ein Segen für die Menschheit bedeutet; das ist eine Tatsache, die dadurch nicht illusorisch wird, daß es Schriftsteller gibt, die glauben, daß an die Stelle dessen, was wir heute Familie nennen, in einer späteren Zukunft etwas Besseres gesetzt werden könne: die Familie soll verschwinden zugunsten des Staates, der Gesellschaft, eine Reihe von öffentlichen Anstalten für die verschiedensten Zwecke, sollen entschädigen für die verloren gegangene Familie; ein großes Wirtshausleben soll das Familienleben ersetzen. In dem berühmten Buche von Bebel über „die Frau“ wird eingehend geschildert, wie dieser Führer der Sozialdemokratie sich den Ersatz des Familienlebens im Zukunftsstaate ausmalt: Kochen und Waschen ebenso Kindererziehung liegen Anstalten ob, die die Gemeinschaft eingerichtet hat und so hat die Frau Zeit, ihren Wünschen, Neigungen, Anlagen entsprechend, frei und unabhängig, beruflich tätig zu sein genau wie der Mann.

[1]) Nicht mit Unrecht hat man behauptet, daß sehr viele großstädtische Ehen namentlich der oberen und mittleren Stände nur das Ergebnis eines Rechenexempels seien: „In tausenden von Fällen wird die Ehe ein Akt niedrigster Berechnung, und die Frage nach der inneren Harmonie der Seelen, die allein entscheidend sein sollte, verstummt. Ist aber die Ehe geschlossen, so geht die Berechnung weiter bei Tag und bei Nacht.“ Maria Lischnewska: Die wirtschaftliche Reform der Ehe. Leipzig 1907. S. 5.

Ähnlich schildert Kautsky die Zukunft der Frau. Durch ihre Arbeit im genossenschaftlichen Großbetriebe werde die Frau dem Manne gleichgestellt, sie werde eine freie Genossin, befreit nicht nur von der Knechtschaft des Kapitals, sondern auch von der des Hauses.

Diese Vorstellung geht von Gedanken aus, die offenbar in Widerspruch stehen mit der Gestaltung des Familienlebens, dem die Familie ihre geschichtliche Bedeutung verdankt, die darauf beruht, daß die Familie der harmonische Zusammenschluß zweier verschiedener Herrschaftsgebiete ist:

„Der Mann muß hinaus ins feindliche Leben,
Muß wirken und streben und pflanzen und schaffen, erlisten, erraffen
Muß wetten und wagen, das Glück zu erjagen
Da strömt herbei die unendliche Gabe . . .
Und drinnen waltet die züchtige Hausfrau,
Die Mutter der Kinder und herrschet weise
Im häuslichen Kreise."

Mann und Frau sind nun einmal verschiedenartig, die männliche und weibliche Arbeit sind für sich gleich wichtig und gleich notwendig und in so fern sind sie gleich, aber es gibt ein Feld der Arbeit, auf dem der Mann den Vortritt behalten und ein anderes das die Domäne der Frau bleiben wird. Schiller deutet in den eben geschilderten Versen den Inhalt der beiden Wirkungskreise besser an als ich es vermag.

Dem Hause mehr nehmen, als ihm jetzt schon genommen ist, das wäre kein Gewinn, sondern ein Verlust für die Frau, für die Familienangehörigen und vor allem ein großer Verlust für die Gesellschaft. Es ist so charakteristisch, daß man wieder mehr und mehr dazu übergeht, auch die Waisenkinder aus den Anstalten herauszunehmen und sie den Familien zu überweisen, daß man wieder begreifen lernt, was es bedeutet, Krankenpflege im Hause, trotz der glänzenden Krankenanstalten mit allen Fortschritten der Neuzeit.

Wäre das Ideal von Bebel und Kautsky erreicht, so würde damit, wie der Nationalökonom Schmoller ganz richtig sagt, die menschliche Gesellschaft sich verwandeln in eine Summe genußsüchtiger, egoistischer Vagabunden, deren Nervenunruhe und

Überreizung die Mehrzahl zu Kandidaten von Irrenhäusern machen würde.

Möglich ist es, aber auch das ist nicht einmal gewiß, daß man, wenn im großen gekocht und gefeuert wird, alles billiger machen kann, aber dieser bescheidene materielle Gewinn, würde zu teuer erkauft werden müssen mit idealem Verlust.

Es wäre irrig, wenn man annehmen wollte, daß alle Sozialisten die Vernichtung des Familienlebens predigten, also in dem Gedanken lebten, daß die Familie eine vorübergehende Erscheinung sein müßte. Edmund Fischer äußerte sich im Jahre 1905 in den Sozialistischen Monatsheften in folgender verständiger Weise:

„Im allgemeinen sehen wir mehr und mehr, daß der der Herdennatur entrückte Mensch den kasernenmäßigen Wohnungen wieder zu entfliehen sucht, um, wenn er es nur einigermaßen machen kann, in einem kleinen Hause, einer Villa, am liebsten allein mit seiner Familie zu wohnen, auch wenn er dadurch auf Kalt- und Heißwasserleitung, Gas und elektrisches Licht und andere Bequemlichkeiten verzichten muß. Und auch Sozialisten und emanzipierte Sozialistinnen geben von dem natürlichen, menschlichen Drange und Bedürfnis Zeugnis ab: ein ungeniertes ungestörtes Nestchen mit seinen Lieben, Gatten und Kindern, zu bewohnen, allen Wirtschaftsgenossenschaften, Dampfküchen und Kinderpflegeanstalten zum Trotz, ganz spiesbürgerlich, philisterhaft, kleinbürgerlich zu leben: Mann und Weib umringt von Kindern . . ."

Im einzelnen scheinen mir verschiedene Gedankenreihen für die große soziale Bedeutung der Familie speziell in der Großstadt geltend gemacht werden zu können.

1) Die Großstadt ist infolge des unaufhörlichen Zusammenströmens von Menschen und von Ideen aus aller Herren Länder besonders geeignet, dem Kosmopolitismus Vorschub zu leisten, ein sogenanntes Weltbürgertum heranzuziehen, das dem Satze huldigt ubi bene, ibi patria (da, wo es mir am besten gefällt, ist mein Vaterland). Das hat gewiß wirtschaftlich, zunächst vielleicht auch kulturellen Vorteil, aber ein großer Nachteil dieser Gedankenrichtung besteht darin, daß nicht nur das erblaßt, was wir Vaterland nennen, sondern überhaupt alle Ehrfurcht schwindet vor dem, was den Vätern heilig war, und das kann man nicht ausgleichen

durch eine Überfülle von Gesetzesparagraphen. Noch so gute Gesetzesparagraphen bedeuten für die Volkswohlfahrt viel weniger als die Sitte, die sich im Volke herausgebildet hat. Die „Sitte tut mehr wie das Gesetz", Heimat und Schule der guten Sitte ist aber die Familie; daher ist der Schluß durchaus berechtigt: „Die Ordnung in der Familie ist die Ordnung in der Gesellschaft, die Unordnung in der Familie die Unordnung in der Gesellschaft."

2) Mehr als anderswo scheint in der Großstadt der Einzelne nur ein Rädchen zu sein in einem großen wirtschaftlichen Mechanismus. Die Eigenart des Einzelnen kommt nicht zur Geltung, der Massenwille dominiert, ebenso wie die Massenproduktion, die Massenkonsumtion. Gewiß, der dumpfe Massenschritt der Arbeiterbataillone, von dem schon Lassalle spricht, kann man nirgendswo in so imponierender Weise sehen wie in der Großstadt, und es ist möglich, daß mancher in der Großstadt, geradezu eine „Liebe zur Masse" (Sombart) empfindet, aber der Mensch bleibt Individuum, er bleibt Einzelwesen mit eigenartigen Empfindungen, mit eigenartigen Bedürfnissen. Auch der Großstadtmensch — vielleicht der Großstadtmensch mehr wie irgend ein anderer — hat das Verlangen, daß seiner Persönlichkeit Rechnung getragen werde, das geschieht am besten im Kreise der Familie, wo alle für einen und einer für alle lebt und wirkt. Das scheint selbst ein Kautsky zuzugeben, der gelegentlich einmal ausführt, daß sich „nirgendswo die Persönlichkeit so voll ausleben könne, ohne jede Zerstörung durch feindlichen oder mindestens beengenden Willen anderer als in einem eigenen Heime, das sie frei schmücken und ausgestalten könne, in dem sie frei leben könne, ihren Lieben, ihren Freuden . . ."

3) Die Familie bringt als Hausgemeinschaft Ordnung in die Konsumtion, in die Güterverzehrung. Sie sorgt für eine geregelte Ernährung des Menschen und damit für Stärkung der körperlichen Kraft. Etwas länger müssen wir bei dieser Argumentation verweilen.

Es kann kein Zweifel sein, daß nicht nur der Gesamterfolg der nationalen Arbeit im letzten Menschenalter enorm gewachsen ist, ebenso sicher ist glücklicherweise, daß ein immer größerer Anteil dieses Erfolges den breiten Massen der arbeitenden Schichten zu Gute gekommen ist. Auch von den Führern

der Sozialdemokratie wird heute anerkannt, daß die Theorie von der zunehmenden Verelendung der Massen nicht aufrecht zu erhalten ist. Insbesondere hat heute der großstädtische Arbeiter im großen und ganzen doch ein Einkommen, mit dem sich ein Auskommen finden lassen müßte.

Man hat kürzlich seitens einiger statistischer Ämter Erhebungen angestellt über Haushaltungseinnahmen und Ausgaben, sowie über Haushaltungsinventarien großstädtischer Arbeiter, das Material erlaubt uns wohl einen Einblick in die großstädtische Familie als Konsumtionsgemeinschaft zu tun.

In Dresden wurden 87 Arbeiterhaushaltungen untersucht, zweidrittel waren Haushaltungen von gelernten und ein drittel von ungelernten Arbeitern. Das durchschnittliche Einkommen der Familie schwankte zwischen acht- bis neunhundert und etwa 2000 Mk., der Durchschnitt betrug rund 1200 Mk. Diese Dresdener Erhebungen sind besonders interessant, weil sie Angaben enthalten über die im Haushalte nötigen Gegenstände: Kleidungsstücke usw., über das, was das innere Haus gemütlich zu machen in der Lage ist. Da hören wir nun, daß in 29 Haushalten mehr Lagerstätten als Personen vorhanden sind, während in 21 Familien, also beim vierten Teil zu wenig Schlafgelegenheiten vorhanden waren. Ein Sofa, das häufig als Schlafstätte benutzt wird, fehlt nur in 10 Haushaltungen, während 14 davon zwei besitzen, ein Küchenschrank fehlt in fünf, ein Kleiderschrank in drei, eine Kommode in einer, ein Wandspiegel in acht, eine Wanduhr in einem Haushalt. Erfreulich viele Familien — 62 — erfreuten sich des Besitzes einer Nähmaschine. In 86 von den 87 Dresdener Familien wurde Gaslicht gebraucht. Sehr verschieden war die Zahl der vorhandenen Anzüge; sie schwankte zwischen einem Arbeitsanzug und drei bis fünf Ausgangsanzügen, im Durchschnitt kamen auf den Arbeiter zwei Ausgangs- und ein bis zwei Arbeitsanzüge. Noch reichlicher sind die Frauen mit Kleidungsstücken versehen: auf jede Frau kamen 2—3 Ausgangs- und zwei Arbeitskleider, ein Mann verfügte durchschnittlich über zwei, die Frau über drei Paar Schuhe. Auf einen Mann kamen durchschnittlich 7, auf eine Frau 11 Hemden. Eine Taschenuhr fehlte in vier Familien. Zwölf Haushaltungen verfügten über Fahrräder, elf über Musikinstrumente, 71 Familien besaßen Bücher. Unter den Büchern waren am zahlreichsten vertreten

die politisch-wirtschaftlichen. In 63 Haushaltungen waren politische Schriften, aber religiöse Schriften irgend welcher Art waren auffallender Weise in keiner Familie vorhanden.

Wie die Dresdener Erhebungen uns Aufschluß geben über das Inventar der großstädtischen Arbeiterhaushaltungen, so erfahren wir aus einer Berliner Untersuchung einiges Interessante über Art der Ausgaben: 908 Berliner Arbeiterhaushaltungen lieferten das Material. Die Einnahmen der Familien einschließlich Nebeneinnahmen beliefen sich auf 12—1800 Mk. Von je 1000 Mk. wurden von diesen Familien durchschnittlich ausgegeben: 803 Mk. für die existenznotwendigen Ausgaben, also für Miete, Heizung, Beleuchtung, Kleidung, Nahrung, einschließlich Essen im Wirtshaus, Benutzung der Straßenbahnen usw., 34 Mk. von 1000 Mk. für gesetzliche Pflichtausgaben, Versicherungsgebühren, Steuern, Schullasten usw., 25 Mk. an freiwilligen Beiträgen, teils für Privatversicherung, teils Ausgaben an Vereinsbeiträgen; 33 Mk. für außerordentliche Ausgaben Arzt, Medizin, Möbel, Umzugskosten, Abstoßung und Verringerung der Schuld. Immerhin konnten nicht weniger als 96 Mk. also das dreifache der außerordentlichen Ausgaben einschließlich der Ausgaben für Arzt, Medizin usw. ausgegeben werden für die Erholung der verschiedenen Arbeiterfamilien. Weitaus die meisten von diesen Ausgaben entfielen auf das Trinken im Wirtshaus. Das Reichsarbeitsblatt, dem ich diese Zahlen entnehme, bemerkt dazu, daß in sämtlichen Haushaltungen der Verbrauch an geistigen Getränken bei den Ausgaben für Vergnügungen und Erholungen eine hervorragende Rolle spiele. Die höchsten Anteile mit 49,4 pro Mille entfielen auf Haushaltungen mit nur zwei Personen, die niedrigsten relativen Ausgaben mit 17 pro Mille auf Haushaltungen von 9 Personen. Die Gesamtausgaben der 881 Haushaltungen an Spirituosen betrugen 36 200 Mk. in einem Jahre.

Wenn die großstädtischen Arbeiter, wie auch aus anderen Untersuchungen bekannt ist, 10% ihres Einkommens für Vergnügungs- und Erholungszwecke ausgeben können, so ist das an und für sich ein hocherfreulicher Beweis dafür, daß das Einkommen doch nicht ganz so karg bemessen ist. Sehr bedauerlich ist nur, daß diese Erholung in so großen Umfange im Wirtshause gesucht wird. Vielleicht hängt damit zusammen, daß von diesen 908 Haushaltungen nicht weniger als 464 mit einem Fehlbetrag

ihre Jahresrechnung abschlossen, der durchschnittlich 79 Mk. betrug, und dabei war das Jahr 1903 keineswegs besonders ungünstig.

Man darf wohl als feststehende Tatsache betrachten, daß die Konsumtion, die Güterverzehrung, namentlich in den großstädtischen Arbeiterfamilien nicht in dem Maße geordnet ist, wie es wünschenswert wäre. Das liegt nicht daran, daß das Einkommen zu niedrig ist, sondern das ist zum größten Teil die Folge davon, daß man nicht gelernt hat, auszukommen. Nun wäre es unrecht, wenn man sich über die Tragweite dieser Tatsache hinwegsetzen wollte mit Anklagen gegen die Frau, die nicht haushalten könne, oder gegen die Männer, die das Wirtshausleben dem Familienleben vorzögen. Das sind nicht selten nur Folgen tiefer liegender Ursachen.

Eine dieser Ursachen ist die Fabrikarbeit, namentlich der jugendlichen Arbeiterinnen. Im Jahre 1905 waren in den Fabriken Deutschlands 215 000 Arbeiterinnen im Alter von 16 bis 21 Jahren beschäftigt, im ganzen gab es über eine halbe Million Fabrikarbeiterinnen. In der Fabrik verlieren naturgemäß die zukünftigen Hausfrauen die Liebe und Lust zu einem geregelten Haushalte, sie lernen nicht kochen, waschen, nähen und wenn sie heiraten, sind sie gezwungen, weil die Einnahmen in keinem Verhältnis zu den Ausgaben stehen, neuen Erwerb zu suchen, sie werden zur Fabrik zurückgedrängt. Ich kann es mir nicht versagen, hier nochmals eine Stelle aus dem Buche Simons über „Die Arbeiterin" zu zitieren, wo er schildert, wie das Familienleben aussieht, wenn Mann und Frau gleichzeitig draußen beschäftigt sind: Wenn dann um sieben Uhr abends Vater, Mutter und Kinder sich in dem einzigen Zimmer, welches sie haben, zusammenfinden, der Vater und die Mutter ermüdet von der Arbeit, und die Kinder hungrig und erstarrt, dann ist nichts bereitet. Die Stube stand leer den ganzen Tag, niemand war da, um für die notwendigsten Bedürfnisse und für Sauberkeit zu sorgen. Kein Feuer auf dem Herde, die Mutter sehnt sich nach Ruhe, es fehlt ihr die Kraft, noch Nahrungsmittel zu bereiten; ihre eigenen, wie die Kleider ihres Mannes und ihrer Kinder sind zerlumpt: da haben wir das traurige Bild einer Familie, wie unsere Fabriken es vielfach schufen . . . .

Jahrzehnte sind mittlerweile vergangen, im Jahre 1861 wurden diese Worte geschrieben, Jahrzehnte eines unerhörten

glänzenden Fortschritts und noch mehr Jahrzehnte, die wir als eine „soziale Zeit" zu bezeichnen gewohnt sind. Ein soziales Gesetz haben wir nach dem andern erhalten. Und doch ist es zweifelhaft, ob Jules Simon heute über das Leben der großstädtischen Arbeiterfrau im sozialen Musterlande anders urteilen würde, wie er es vor Jahrzehnten in seiner Heimat getan hat. Von Berlepsch hat vor einigen Jahren in den Schriften der Gesellschaft für soziale Reform die Frage zu beantworten versucht: Warum betreiben wir Sozialreform? Und dabei schildert er das Leben einer Lohnarbeiterfrau erschreckend ähnlich, wie der Verfasser des Buches „Die Arbeiterin" es im Jahre 1861 getan hat. Zusammenfassend glaubt Berlepsch sich so ausdrücken zu können:

Von früh 5 bis abends 10, 17 Stunden also, lebt die arbeitende Frau in angestrengtester Tätigkeit ohne einige Zeit zur Ruhe, mit Ausnahme etwa der beiden Viertelstunden, mit denen die Vor- und Nachmittagsarbeit in der Fabrik zur Einnahme des Frühstücks und Vespers unterbrochen wird, während deren die Sorge um den Haushalt, um Mann und Kind sie nicht erreichen und in Anspruch nehmen kann. Kaum Zeit, um die Kinder einige Minuten auf den Schoß zu nehmen, kaum Zeit, um den warmen Strom der Mutterliebe in die kleinen Herzen fließen zu lassen, sie zu erwärmen, sie zu bewahren vor dem Bösen, noch viel weniger Zeit, mit dem Manne ihre Gedanken auch nur kurze Minuten hindurch zu erheben über die Plagen des alltäglichen Lebens hinaus, den Fragen zu, deren richtige Beantwortung entscheidend ist für den sittlichen Wert oder Unwert des Menschen! . . . .

Wer möchte unter diesen Umständen die Frau anklagen, daß sie nicht hauszuhalten versteht und den Mann, daß er im Wirtshaus Erholung sucht.[1])

Noch ein ganz anderer Grund läßt sich dafür anführen, daß die Großstadtfamilien trotz genügenden Einkommens ihr Auskommen nicht finden: der männliche Arbeiter verdient heute in den Jahren unmittelbar vor der Verheiratung den höchsten Lohn, den er überhaupt in seinem Leben in der Regel erhält.

---

[1]) Der Pädagoge J. Tews stellte kürzlich fest, das von 1514 Kindern in 32 Gemeindeschulklassen selbst abends nur 658 mit dem Vater zusammen speisen! Vgl. Sozialische Monatshefte 1907. 2. Band. S. 809.

Anfangs der zwanziger Jahre sind die Löhne am höchsten. Und ähnlich ist es bei den Arbeiterinnen in ihren jungen Jahren. Auch als Dienstboten haben sie verhältnismäßig recht gute Einnahmen. Gespart wird selten etwas in der Großstadt. Die Verlockungen sind zu groß; dann kommt die Heirat, die Familie wird größer und nun schmerzt es, sich von dem abzugewöhnen, was man sich in den jungen Jahren geleistet hat. Die Not pocht an die Tür, die Frau ist gezwungen dem Erwerb wieder nachzugehen und selbst die Kinder müssen mit verdienen, man ist auf diesen Erwerb angewiesen. Die jungen Burschen und Mädchen fühlen, daß man sie nötig hat, sie wissen ihre Bedingungen zu stellen, und die Eltern ducken sich schon, weil sie fürchten, daß ihr Herr Sohn oder die Fräulein Tochter das Geld einem andern zu verdienen geben.

4) Diese Bemerkungen führen mich zu einem vierten Grunde für die politische und soziale Bedeutung der Familie. Die Familie ist der natürliche und weitaus wichtigste Mittelpunkt für die Jugenderziehung und Menschenerziehung überhaupt. Wie nötig ist in der Großstadt gerade dieser Mittelpunkt für die Erziehung! Die Schule kann nur einen bescheidenen Teil der Erziehungsaufgaben lösen und dieser bescheidene Teil ist in der Großstadt vielfach gefährdet auf dem Wege, den die Kinder von der Schule nach Hause machen müssen. Auf dem Lande und in den kleinen Städten gibt es für die Jugenderziehung eine nicht unbedeutsame Kontrolle, die der einzelne Einwohner ausüben kann, wenn auch vielleicht unbewußt. Diese Kontrolle fehlt in der Großstadt. Keiner kümmert sich um den andern, und die armen kleinen Kinder sind den Verführungen der Großstadt fast schutzlos preisgegeben.

Es gibt in Berlin eine Zentralstelle für jugendliche Fürsorge, die sich besonders der von den Eltern verwahrlosten Kinder annimmt. Natürlich kommt dieser Zentralstelle immer nur ein kleiner Teil der vorkommenden Fälle zu Gesicht. Immerhin wurde die Berliner Zentralstelle 1905/6 400mal in Anspruch genommen. In 59 Fällen war Lasterhaftigkeit der Eltern Grund der Vernachlässigung, 15 mal die Trunkenheit, 30 mal die Unsittlichkeit. In einem Falle fand die Recherchentin ein sechsjähriges Mädchen mit zusammengebundenen Händen auf zwei harten Stühlen, die ihm als Nachtlager dienten. Sie stellte fest, daß die Mutter

des Kindes es häufig in unbarmherzigerweise schlug, auf dem Leibe hatte es lange Striemen und dunkelblaue Flecken, das Kind war völlig abgezehrt und machte geistig den Eindruck völligen Stumpfsinns; erschöpft wurde es der Fürsorge übergeben, wo es fern von der grausamen Mutter prächtig gedeiht.

Schon in meiner ersten Abhandlung erinnerte ich daran, daß die moderne Großstadt manche Vergleichspunkte abgebe mit dem alten Rom. Im Beginne der christlichen Zeit lebte ein römischer Philosoph namens Philo; er erzählt, daß die Eltern häufig zu Mördern ihrer Kinder wurden; man warf die Neugeborenen ins Wasser, nachdem man die Körper mit Steinen beschwert hatte, damit sie schnell untergingen. Damals wie heute hatte der Kampf der Leidenschaft, das Gefühl, ja selbst das Muttergefühl, erstickt.

Aber es mag doch im ganzen nur eine Ausnahme sein, wenn Lasterhaftigkeit und Gefühllosigkeit der Eltern schuld sind an der Bewahrlosung der Kinder. Die Frauen in den untersten Schichten wissen in der Regel doch recht wohl, was es heißt „Mutterliebe". Nun denke man sich, was es für das Muttergefühl und die Kindererziehung bedeutet, wenn die Mutter des Kindes wenige Wochen nach der Geburt ihren Liebling verlassen und für Erwerb sorgen muß, wenn sie das Kind einer gutmütigen Nachbarin überlassen muß. Rousseau hat fein beobachtet, daß die Gefühle der Blutsverwandtschaft zwischen Mutter und Kind, wo sie nicht durch Umgang befestigt werden, in den ersten Lebensjahren aus dem kindlichen Empfinden schwinden, und daß das Herz abstirbt, ehe es noch geboren ist, Mutter und Kind verlieren sich. Das ist eine Gefahr, die droht, ehe das Kind erzogen werden kann.

Halten wir nun einmal Umschau nach den Gefahren, die dem heranwachsenden Kinde drohen. Nur auf Zweierlei will ich hinweisen: zunächst auf den moralischen Schmutz in der Großstadt. Ein jüngst verstorbener Schriftsteller — von Leixner — hat mit Recht darauf hingewiesen, daß ein solcher moralischer Schmutz gerade bei dem deutschen Volke sehr viel Schaden angerichtet. Die Schlüpfrigkeit, so führt er aus, schade dem Franzosen sehr wenig, er sei durch den esprit gaule fast unempfindlich dagegen gemacht. Dagegen nähmen die Deutschen alle diese Dinge viel zu ernst, „die Einbildungskraft des deutschen Volkes ist viel weniger beweglich, es kann Gebilde der

Phantasie viel weniger als der Franzose nur mit der Phantasie als Spiel betrachten, das kurze Zeit unterhält, aber bald vergessen ist; bei uns geht es tiefer und weckt auch Gedanken und Willen."

Das sind Worte, die ganz besonders gelten für unsere Jugend. Daß da etwas geschehen muß, daß da ein Krebsschaden verborgen liegt, ist für jeden Volksfreund offenkundig. Das Gesetz allein wird hier nichts zu Wege bringen, es wird ankommen, auf eine individuelle Arbeit, zu der Männer und Frauen aller Berufsarten, ohne Rücksicht auf kirchliche und politische Grenzen sich zusammenfinden müssen zum gemeinsamen Vorgehen; es wird insbesondere darauf ankommen, daß die großstädtische Familie in allen Ständen und Schichten der Bevölkerung wieder eine Pflanzstätte guter Sitten, ein mit Ehrfurcht gehüteter Schutzort für die Reinheit der Kindesseele wird.

Eine zweite große soziale Gefahr für das Kindesleben ist mit der Erwerbskrankheit der Kinder gegeben. Kinderarbeit gibt es in größerem Umfange in der Großstadt, so mancherlei Gelegenheit ist dafür da. Was Kinderarbeit bedeutet, darüber sind sich alle klar. Körperlich kann die Kinderarbeit sehr schwere Schädigungen nach sich ziehen. Die Lehrer klagen über Unaufmerksamkeit, Unfähigkeit der erwerbstätigen Kinder und nach außen hin wirkt kaum etwas so aufreizend wie der Anblick der Kinderarbeit.

Wie eng Kinderarbeit und Verbrechen zusammenhängen, darüber einige Zahlen: in der Strafanstalt Plötzensee waren 1902 236 Knaben und 93 Mädchen; davon waren 161 Knaben d. i. 68% aller Knaben und 76 Mädchen d. i. 81% aller Mädchen im schulpflichtigen Alter erwerblich tätig gewesen wie z. B. beim Kegelaufsätzen, für Botengänge usw.

Man hat in den letzten Jahren in immer weiteren Kreisen eingesehen, wie wichtig die Fürsorge für die armen Kinder ist, denen das Glück einer häuslichen Zucht und Erziehung versagt ist. Im verflossenen März (1907) trat in Wien ein besonderer Kinderschutzkongreß zusammen. Zweitausend Mitglieder hatten sich zu dem Kongreß angemeldet. In der Begrüßungsansprache des Justizministers Klein heißt es: „Es gibt für den Staat keinen höheren Lebenswert als seine Jugend; denn Staat und Volksleben arbeiten für die Zukunft, ihre Gegenwart ist immer nur

Vorbereitung eines Werdenden und Erſehnten und ſoll es ſein; deshalb — des Ganzen, der Geſellſchaft und ihrer Beſtimmung halber — dürfen wir die Jugend nicht ſinken laſſen."

Aber vergebens werden wir da die entſcheidende Hilfe von den Geſetzesparagraphen erwarten dürfen. Nicht die Geſetze ſind Träger der Sitte und Ordnung, ſondern die Sitten ſind die unentbehrlichen Stützen der Geſetze. Die nützlichſten Geſetze ſind unnütz, wenn ſich nicht der Geiſt, den ſie in Worten zu faſſen verſuchen, dem Volke mitteilt. Dazu muß insbeſondere die Jugend erzogen werden. Nirgends aber wird ſich dieſe Erziehung beſſer entfalten als innerhalb eines ſittlich geſunden Familienlebens. Da lernt man Achtung vor der Autorität, da empfindet man, daß der Menſch nicht nur Rechte, ſondern auch Pflichten hat, da fühlt man, daß es neben dem widerwilligen Gehorſam einen vertrauenden Gehorſam gibt, der nicht Erbitterung, ſondern innere Zufriedenheit in der Seele zurückläßt.

Wie wir das Problem auffaſſen mögen, nach allen Seiten kommen wir zur Schlußfolgerung:

„Zurück zur Familie!"

Aber dieſes „Zurück zur Familie" ſchließt zugleich die Forderungen in ſich „Heraus die Frau aus der Fabrik", Beſeitigung der argen Schäden der Heimarbeit, völlige Beſeitigung der Kinderarbeit, beſſere Entlohnung der Frauenarbeit — wirtſchaftliche Poſtulate, die ich für die dringendſten und notwendigſten der Zeit halte; leider iſt die Ausſicht, daß ſie mit der nötigen Energie auch nur ſoweit gelöſt werden, als ſie nach den Zeitverhältniſſen gelöſt werden können nur ſehr gering; es handelt ſich ja in erſter Linie um Frauen und Kinder, ihnen ſtehen nicht die gewaltigen Kräfte der Organiſation zur Verfügung, ſie können nicht mit dem Stimmzettel in der Hand Propaganda machen für Beſeitigung ihrer Not und ihres Elends, unſer „ſoziales Gewiſſen" iſt ja zu 90% nichts anderes als Furcht vor dem Unwillen der Herren Wähler.

So wird alſo noch lange die großſtädtiſche Familie ein Wrack ſein und bleiben müſſen. Man muß ſich wenigſtens bemühen dieſes Wrack durch Stützen, An- und Nebenbauten widerſtandsfähiger zu machen.

Dazu rechne ich in erster Linie eine öffentliche Fürsorgeerziehung. Man hat nicht mit Unrecht über die Ausführung des preußischen Gesetzes über die „Fürsorgeerziehung Minderjähriger" (Gesetz vom 2. Juli 1900) geklagt, die Grundgedanken sind jedenfalls richtig und beherzigenswert. Das Gesetz will nicht bestrafen, sondern erziehen helfen — deshalb hat man das abstoßende Wort Zwangserziehung vermieden — nach den Motiven des Gesetzes soll vorbeugend und durch eine prophylaktische Erziehung dahin gewirkt werden, daß die sittlich gefährdeten Minderjährigen nicht zur Plage, sondern zum Nutzen der Gesellschaft heranwachsen. Daß die Fürsorgeerziehung namentlich für sehr zahlreiche Großstadtkinder unerläßlich ist, habe ich bereits in anderem Zusammenhange (Seite 13) mit einigen Zahlen bewiesen.

Hier seien aus den Berichten, die jährlich vom preußischen Ministerium des Inneren über die Fürsorgeerziehung herausgegeben werden, noch folgende Angaben gemacht:

Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 1. April 1901 bis 31. März 1906 sind 33 600 Minderjährige, 22 119 männliche, 11 481 weibliche, der Fürsorgeerziehung überwiesen worden. Davon waren noch nicht schulpflichtig 651 männliche, 581 weibliche, schulpflichtig 13 720 männliche, 5146 weibliche, schulentlassene 7759 männliche, 5754 weibliche Minderjährige. Von den mit 21 Jahren entlassenen haben sich 75% gut geführt. Die unehelich Geborenen stellen zu den Fürsorgezöglingen mit 16,2% der Gesamtzahl einen verhältnismäßig hohen Bruchteil. Die Nachweisungen über die Beschäftigung der schulentlassenen Zöglingen vor der Überweisung lassen keinen Zweifel darüber, daß die Stetigkeit der Beschäftigung, das beste Mittel ist, um der Verderbnis der Jugendlichen vorzubeugen. Das Bauhandwerk (Maurer, Zimmerer, Maler usw.) ist besonders stark am Kontingent der Fürsorgezöglinge beteiligt. Mit Recht hat man deshalb die Forderung erhoben, die Lehrlinge dieser Saisongewerbe in der stillen Zeit nicht nur in die Fortbildungsschule zu schicken, sondern ihnen auch — vielleicht durch Vermittlung der Fortbildungsschule — regelmäßige Beschäftigung zuzuweisen. Daß sich die Fürsorgezöglinge keineswegs vorwiegend aus den allerärmsten Proletarierkreisen rekrutieren geht daraus hervor, daß von der Gesamtzahl der Familien der Zög-

linge nur etwa ein Sechstel der Armenpflege unterstand. Immer wieder wird darüber geklagt, daß sehr viele Minderjährige erst dann der Fürsorgeerziehung überwiesen werden, wenn sie bereits vollständig verwahrlost sind, so daß eine dauernde Besserung kaum noch zu erhoffen ist. Hauptgrund dafür wird wohl sein, daß besonders in den Großstädten die sittliche Verderbnis der Kinder und jugendlichen Personen sich unbeobachtet entwickeln kann, bis irgend ein „großes Ereignis" sie offenbar macht.

Vielleicht noch wichtiger als die Fürsorge, die man den Jugendlichen angedeihen läßt, ist die Hilfe, die man den großstädtischen Frauen bringt; — hilft man materiell und ideell den Frauen, so sorgt man ja dadurch auch am besten für ihre Kinder — und da ist das beste Hilfsmittel: „Organisation der Frauen!" Diese Organisation ist nötig zur wirtschaftlichen Selbsthilfe, als Grundlage für die so überaus wichtige Erziehungsarbeit an der Frau und für die Frau, als Mittel, um die Öffentlichkeit immer von neuem daran zu erinnern, daß heute die arbeitende Frau noch mehr als der männliche Proletarier im Mittelpunkte des sozialen Interesses stehen muß.

Inmitten des großstädtischen Egoismus hat die Frau von dem Altruismus des Mannes wenig zu hoffen, aber sie kann wenigstens von den Männern lernen, wie man sich selbst helfen kann und soll. Es liegt in der Natur der Frau und im Wesen ihres sozialen Berufes begründet, daß die weibliche Selbsthilfe weniger fest organisiert und weniger leistungsfähig ist als die des Mannes. Auch die junge Fabrikarbeiterin erhofft ebenso wie der Backfisch der oberen Stände, daß ihr späteres Lebensschicksal von einem Manne getragen wird, der ihr alle wirtschaftlichen Sorgen abnimmt oder doch erleichtert. Was wunder, daß sie der Organisation wenig Interesse und Opfermut entgegenbringt! Und die verheiratete Frau vollends hat neben der Außenarbeit noch so viele Innenarbeit in ihrem Heim zu leisten, daß sie nicht daran denken kann, Versammlungen zu besuchen, zu agitieren und zu organisieren.

Es ist unsagbar traurig, daß teils die Hoffnung, teils die Pflicht der Frau, ihre schönste und edelste Kraft einer Familie und damit der ganzen Gesellschaft zu widmen, ihre Energie und ihre Fähigkeiten im harten Gegenwartskampfe lähmt. Diese Zwitterstellung ist es, die die arbeitende Frau gerade

in der Großstadt zu einem so bedauernswerten Geschöpfe macht.[1])

Zum Glück gibt es doch immerhin auch im modernen Frauenleben nach einer Richtung mehr Licht als im Männerleben: das Solidaritätsbewußtsein zwischen den oberen und unteren Ständen der Frauen scheint mir trotz allem Dienstbotenelend stärker zu sein als bei den Männern. Dieses Bewußtsein des Zusammengehörens muß nur geweckt werden. Ich hoffe wenigstens, diese Tatsache „charakteristisch" nennen zu dürfen, daß der „Gewerkverein der Heimarbeiterinnen der Kleider- und Wäschekonfektion" in Berlin vorbereitet und begründet wurde von Damen der oberen Zehntausend. Eine solche Mithilfe ist für die gleichzeitig mit Innen- und Außenarbeit belastete Frau unzweifelhaft manchmal da notwendig, wo sie für die Männer zu entbehren, ja sogar schädlich ist. Eine solche soziale Hilfsarbeit der Frauen für die Frauen ist aber gleichzeitig eines der besten Mittel, um die „Damen der Gesellschaft" in der Großstadt zur Selbstbesinnung zu bringen und sie dadurch aus dem großstädtischen Sumpfe der Oberflächlichkeit und des Leichtsinns herauszuziehen. Solange diese Arbeit nicht zum Sport ausartet, kann dadurch auch das Familienleben nur gewinnen.

---

[1]) „Zwischen Eheleben und Erwerbstätigkeit, zwischen Abhängigkeit und Selbständigkeit wird das weibliche Geschlecht hin und her geworfen. Sein Leben ist dualistisch gespalten. Weil dieser Dualismus im Dienste der menschlichen Gesellschaft das Leben des Weibes erschwert und seine Kraft zersplittert, hat die Gesellschaft die Pflicht, ihr Hausmutterberuf und Erwerbstätigkeit zum Wohle der Gesamtheit zu erleichtern." Elisabeth Gnauck-Kühne, Die deutsche Frau um die Jahrhundertwende. 2. Aufl. Berlin 1907. S. 162.

Dritter Abschnitt.

Wohnungsfrage.

Wenn es mir gelungen ist, klarzumachen, welche große Bedeutung das Familienleben für die sozialen Verhältnisse in der Großstadt hat, so brauche ich keine weiteren Worte zu finden, um die ernste Aufmerksamkeit des Lesers auf ein anderes Problem zu lenken, das mit dem Familienleben eng verknüpft ist: auf die moderne Wohnungsfrage. Der Nationalökonom Schmoller äußerte sich über die Folgen der großstädtischen Wohnungsnot vor nicht langer Zeit so: „Wie eine Anzahl spanischer Kolonisten, abgeschnitten im Urwald, sich selbst überlassen, wieder auf das Kulturniveau der Indianer zurücksank, so nötigt die heutige Gesellschaft die unteren Schichten des großstädtischen Proletariats durch die Wohnungsverhältnisse mit absoluter Notwendigkeit zum Zurücksinken auf das Niveau der Barbarei und Bestialität, der Roheit und des Rowditums, das unsere Vorfahren schon Jahrhunderte hinter sich hatten."

Mag dieses harte Urteil immerhin auch etwas zu düster sein, mag es die Einzelbeobachtungen zu sehr verallgemeinern, sicher ist jedenfalls, daß die Wohnungsfrage, eben weil sie ein Stück des Familienproblems ist, eine außerordentlich ernste Frage in der modernen Großstadt darstellt.

Die Wohnungsfrage ist nun keineswegs etwas, das die jüngste Vergangenheit ganz neu hervorgebracht hat, es kann z. B. kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß es auch schon im alten Rom zeitweise eine Wohnungsfrage schlimmster Art gab, eine chronische Wohnungsnot, die vielleicht bedenklicher war als irgend eine Wohnungsnot in unserer Zeit. Wiederholt steigerte sich damals die Wut der mit Mietzins schwer belasteten Römer gegen die Hauseigentümer, gegen die Vermieter; unter Cäsar hat man zwangsweise Wohnungsmieterlasse durchgeführt. Und so finden wir im Laufe der ge-

schichtlichen Kulturentwicklung immer von Zeit zu Zeit eine Wohnungsnot.

Sicher ist, daß die Wohnungsnot heute viel stärker, viel schmerzlicher empfunden wird als je. Der moderne Mensch, namentlich wenn er in unserem großstädtischen Leben emporgewachsen, ist infolge besserer Schulung, infolge Erlangung politischer und sozialer Rechte, infolge der großen Wertschätzung, die sich auch die körperliche Arbeit im Laufe des 19. Jahrhunderts errungen hat, viel anspruchsvoller geworden, viel empfindlicher, als die Menschen vor einigen Generationen sein durften. Darum ist denn auch heute der „Wohnungsfrage" ein viel größerer Spielraum gelassen, als das früher der Fall war. Die Bedeutung dieser Tatsache für den Inhalt der Wohnungsfrage darf nicht unterschätzt werden. Es ist nur wenig übertrieben, wenn der bekannte Sozialdemokrat Südekum bekennt: „In dem Maße, wie glücklicherweise die verdammte Bedürfnislosigkeit abnimmt, steigert das Wohnpublikum und wir mit ihm die Anforderungen an die Wohnungen; was uns gestern noch genügend erscheinen möchte, dünkt uns heute schon unbefriedigend, morgen menschenunwürdig."

Daher wird man auch dann, wenn man den Nachweis führen könnte — und man kann den Nachweis wohl führen —, daß die Wohnungen heute besser sind als früher, daß auch heute keineswegs ein größerer Prozentsatz von dem Einkommen für die Wohnungen ausgegeben wird als früher, damit immerhin die Gemüter keineswegs beruhigen. Die Lebenshaltung ist eine höhere geworden, und bei steigender Lebenshaltung — das darf man geradezu als ein ökonomisches Gesetz hinstellen — steigen die Ansprüche, die gerade an die Wohnungen gestellt werden, nicht nur absolut, sondern auch relativ. Je höher der Mensch im Kulturniveau heraufkommt, um so mehr empfindet er, daß die Wohnung ein Bedürfnis allerersten Ranges ist, und um so mehr sehnt er sich nach einer wirklich guten und behaglichen Wohnung. „Sage mir, wie du wohnst, und ich sage dir, wer du bist." Diese Variation des bekannten Sprichworts läßt sich recht wohl verteidigen.

Entscheidend für uns ist hier die Frage, ob es eine Wohnungsnot in der Großstadt als soziales Problem gibt. Bei dem letzten Wohnungskongresse in Frankfurt am Main hielt Dominikanerpater Dalmatius eine Rede über das Thema

„Wohnungsfrage und Familie“. Als Beweis für den großen Notstand führt er folgendes Beispiel an: In einer Großstadt in der Rheinprovinz hausten vor kurzem Eltern, zwei Söhne im Alter von 18 und 21 Jahren, zwei Töchter unter 14 Jahren und eine dritte Tochter mit ihren drei unehelichen Kindern in einem Zimmer von $36^1/_2$ qm. Zusammen verfügten sie über zwei Betten. Und das ist nicht der schlimmste Fall, fügt der Pater hinzu. . . .

Mit solchen Einzelfällen ist noch lange nicht bewiesen, daß die Wohnungsfrage ein soziales Problem ist. Immer wird es arbeitsscheue, moralisch minderwertige Individuen geben, die lieber in einem Schmutzloch hausen als durch ehrliche Arbeit die Mittel für eine anständige Wohnung zu erwerben, immer wird es auch Hausfrauen geben, die selbst die geräumigste Wohnung durch mangelhafte Sorgfalt in einen menschenunwürdigen Zustand bringen. Bei einer im vorigen Jahre in München stattgefundenen Erhebung über die Wohnungsverhältnisse in der Altstadt wurden bei einer Gesamtzahl von 8963 Wohnungen 535 als „unsauber“ oder als „vernachlässigt“ beanstandet.

Nur dann können wir von dem Bestehen einer sozialen Wohnungsnot sprechen, wenn wir dartun, daß die Wohnungsnot aus sozialökonomischen Gründen mindestens für eine ganze Klasse von Menschen als Übelstand in die Erscheinung tritt.

Wir müßten also den Nachweis zunächst erbringen, daß in diesem Sinne die Wohnungsnot ein soziales Problem ist, und einen solchen Nachweis vermöchten wir nur zu führen an der Hand der Statistik, d. h. an der Hand derjenigen Untersuchungsmethode, die systematisch Massenbeobachtungen anstellt und auf Grund dieser systematischen Massenbeobachtungen uns eine Antwort gibt. Leider ist das Material, das uns wirklich eine schlüssige Antwort geben könnte, gering. Immerhin will ich aus dem vorhandenen Material zur Illustration einiges herausgreifen:

Es wohnten im Jahre 1900 von je 1000 Menschen in Wohnungen mit

	Berlin	Königsberg	Dresden	Breslau
1 heizbaren Zimmer	438	507	375	409
2 „ „	307	240	284	325
3 „ „	122	116	155	141
4 „ „	54	57	185	31
5 und mehr „	78	80		74

Von 1000 Familien mußten Schlafgänger bei sich aufnehmen in Berlin 210, in Alt-Leipzig 322, in München 306, in Dresden 278, in Frankfurt 258 (nach Naumann).

Nach einer vor einigen Jahren im preußischen Landtage vom Finanzminister eingereichten Denkschrift betrug der durchschnittliche jährliche Mietsaufwand für eine zu 3 Köpfen angenommene Familie in der Provinz Schleswig-Holstein in der Stadt 309 Mk., auf dem Lande 110 Mk.; in Ostpreußen in der Stadt 234 Mk., auf dem Lande 44 Mk.; in Hessen-Nassau in der Stadt 470 Mk., auf dem Lande 74 Mk.

Das sind immerhin einige Zahlen, die doch ein Beweis dafür sind, daß die städtischen Wohnungsverhältnisse auch allgemein keineswegs in einem gar zu günstigen Lichte erscheinen. Selbst wenn man der Wohnungsstatistik infolge des allerdings manchmal erheblich großen Humbugs, der damit getrieben wird, noch skeptischer gegenübersteht wie der Verfasser, so wird doch jedenfalls nicht bestritten werden, daß wenigstens von Zeit zu Zeit eine soziale Wohnungsnot hier und da mit all ihren verhängnisvollen Folgen auftritt.

Wir stehen nun vor der Frage, wo liegt die Ursache für diese Wohnungsnot?

Die Wohnungsfrage schließt offenbar eine doppelte Frage in sich:

1. Wie können wir bessere Wohnungen beschaffen? und
2. wie erlangen wir Wohnungen zu angemessenen Preisen?

Es wäre verfehlt, wenn man sich, wie das tatsächlich zuweilen von ernst zu nehmender Seite geschieht, damit begnügen wollte, das erste Problem zu lösen und lediglich die Frage beantworten wollte: wie können wir bessere Wohnungen schaffen? Mir scheint die eine und die andere Frage eng miteinander verknüpft zu sein. Aber die zweite Frage: wie erlangen wir Wohnungen zu billigen Preisen? scheint mir deshalb die wichtigere zu sein, weil dann, wenn diese Frage befriedigt beantwortet ist, auch die andere Frage von selbst eine Lösung findet. *Wenn man den Mietpreis unter übrigens gleichbleibenden Umständen herunterzudrücken vermag, dann sind dadurch indirekt auch Mittel an die Hand gegeben, um bessere Wohnungen zu erlangen.*

Gibt es Mittel, um den Mietpreis unserer großstädtischen Wohnungen zu verbilligen? Diese Frage wird sich vielleicht

am beſten beantworten laſſen, wenn man den Mietpreis in ſeine wichtigſten Beſtandteile zerlegt, das ſind:

a) die Baukoſten: das, was an Kapital und Arbeit aufgewendet worden iſt, um das Haus zu errichten, muß verzinſt und amortiſiert werden, und die Zinſen ſtecken natürlich mit im Mietspreiſe;

b) der Unternehmergewinn des Vermieters: Derjenige, der die Wohnungen vermietet, ſetzt Annoncen in die Zeitungen, er bemüht ſich, Mieter zu bekommen auf dieſe und jene Weiſe; er muß ſorgen für kleine Reparaturen, er muß ſorgen für allerhand ſonſtige Obliegenheiten; ihm liegt insbeſondere das Riſiko ob. Gerade das Riſiko, die Prämie für dieſes Riſiko, das iſt der Kern des ſogenannten Unternehmergewinns;

c) eine Bodenrente: Es muß eine Rente bezahlt werden für die Benutzung des Bodens, auf dem das Haus errichtet iſt.

Iſt die Wohnungsfrage eine Baukoſtenfrage, wie man zeitweiſe behauptet hat?

Da iſt zunächſt wichtig, feſtzuſtellen, daß heute höhere Anſprüche an die Wohnungen geſtellt werden auch von den ſogenannten kleineren Leuten; ſie wünſchen Waſſerleitung, Kanalanſchluß, eine ſolidere Bedachung, hübſche Innenausſtattung. Wir haben ferner jetzt durchweg maſſive Bauten; Fach- und Holzbauwerke ſind verdrängt. Das alles bedingt eine höhere Baukoſtenſumme und damit eine höhere Verzinſung der Baukoſten. Aber das iſt etwas Selbſtverſtändliches; wenn man den Satz aufſtellt: die „Wohnungsfrage — eine Baukoſtenfrage", dann denkt man in erſter Linie nicht an die abſolute Steigerung, ſondern mehr an die relative Steigerung der Baukoſten, glaubt, daß heute dieſelbe Quantität und Qualität „Bau" mehr koſtet als früher. Wie ſteht es damit? Da wird man zunächſt zugeben müſſen, daß die Arbeitslöhne erheblich geſtiegen ſind; andererſeits ſteht feſt, daß die Bauunternehmergewinne gefallen ſind. Manche Materialien ſind billiger geworden. Man hat gelernt, an Eiſen, Holz und Steinen zu ſparen, und anderſeits hat man gelernt, den vorhandenen Raum ſoviel als möglich nutzbar zu machen. Wenn man zugeben müßte, daß tatſächlich die relativen Baukoſten ſo geſtiegen ſind, daß ſie eine Wohnungsnot verurſachen, ſo würde die Wohnungspolitik am Ende ihres Lateins ſein. Man könnte ja die Baukoſten nur dadurch weſent-

lich herunterdrücken, daß man den Arbeitslohn als den wichtigsten Faktor bei der Steigerung der Baukosten herunterdrückte. Damit würde man aber den Teufel mit Belzebub austreiben. Daß die Arbeiter billiger wohnen, gleichzeitig aber weniger Lohn bekommen, damit ist nicht geholfen.

Wie steht es nun mit dem zweiten Punkte: *Können wir die Wohnungen billiger machen durch die Verminderung des Unternehmergewinnes, der Risikoprämie des Vermieters?* Diese Frage verdiente eine ernstere Würdigung, als ihr gewöhnlich zuteil wird. Ich kann hier nur das Eine oder Andere kurz streifen. Wenn man die Interessen der kleinen Mieter lediglich dadurch wahrnehmen will, daß man dem Hauseigentümer neue Opfer auferlegt durch polizeiliche Verordnungen aller Art oder dadurch, daß man ihre Rechtsbefugnisse vermehrt etwa durch Einschränkung der Pfändbarkeit, Zwangsvollstreckungserschwerung, so darf man sich nicht wundern, wenn man zu einem Resultat kommt, das wenig erfreulich ist und daß die Kosten des Verfahrens die kleinen Mieter zu tragen haben. Wie jeder andere Geschäftsmann, so wird sich der Vermieter bei wachsendem Risiko durch eine höhere Risikoprämie, durch Erhöhung der Miete zu sichern suchen und umgekehrt, wenn das Risiko sinkt, kann und wird vielfach auch der Mietpreis sinken. Ein Beispiel: Bis zum 9. August 1887 galt in Belgien noch für die Regelung der Mietverhältnisse der Code Napoléon. An diesem Tage trat ein Gesetz in Kraft, das dem Vermieter noch günstiger war als im allgemeinen schon der Code Napoléon, und das insbesondere auch das Austreiben des Mieters, wenn er seine Miete nicht bezahlte, erleichterte. Dadurch soll infolge Verminderung des Risikos, wie in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik ausgeführt wird, der Mietpreis heruntergedrückt worden sein.

Das belgische Vorgehen soll uns nicht als Muster dienen. Wir wollen *Verbesserung* der Lage des Mieters nach *allen* Richtungen, zugleich aber auch *Verbilligung* der Wohnungen. Von Fall zu Fall wird man aber ernstlich prüfen müssen, ob nicht etwa Maßnahmen, die an sich sehr nützlich zu sein scheinen, dadurch daß sie verteuernd wirken, doch schließlich nur das Böse erreichen, auch da, wo sie das Gute bezwecken. Man kann eben *volkswirtschaftliche* und *soziale* Schäden nur schwer durch Eingriffe in die *Privatwirtschaften* beseitigen.

Ich gehe zur Betrachtung des dritten Faktors der Mietpreise über, zu der Bodenrente, und damit berühre ich allerdings, wie es mir scheint, die Kardinalfrage des Problems. Instinktiv haben fast alle Wohnungspolitiker gefühlt, daß die großstädtische Wohnungsfrage zum größten Teile eine Bodenfrage ist. Und wie es nun einmal bei uns Menschen ist, man sucht gleich nach einem Sündenbock, nach Mitmenschen, denen man die Schuld aufbürden kann, so einen Sündenbock hat man auch hier gefunden. Man hat behauptet, daß die Bodenspekulanten schuld seien; beseitige man die, dann sei alles wieder gut, dann würden ungefähr 3% der vorhandenen Wohnungen als Reserve leer stehen und die Mietpreise würden auf ein Niveau kommen, das nicht zu hoch wäre. Darin liegen Forderungen, die nicht mehr und nicht weniger verlangen, als daß unsere Bauunternehmer Wunder- und Zauberkünste verrichten müssen.

Nehmen wir die Stadt, die Verfasser täglich vor sich sieht, Bonn, noch keine Großstadt, mit wenig komplizierten Verhältnissen. In jedem Jahre ziehen zahlreiche Beamte, Rentner, Professoren, Arbeiter in die Stadt ein. Man weiß nicht vorher, wer im einzelnen kommt, man weiß insbesondere nicht, welche Ansprüche die Neuhinzuziehenden an die Wohnungen stellen, man weiß nicht, ob sie ledig oder verheiratet sind, reich oder arm. Nach welchen Richtungen wollen sie ziehen? Ziehen sie Süden, Westen, Osten oder Norden vor? Das sind alles Fragen, Zukunftsfragen, die wir nur lösen können auf Grund von Vermutungen. Da kann man keine exakte Berechnung anstellen. Nun denke man daran, daß ein Haus nicht aus dem Boden hervorgezaubert werden kann; wenn jemand neu zuzieht, will er sofort ein Haus, eine Wohnung haben. Es muß auf Vorrat gebaut werden, anderseits darf dieser Vorrat auch wieder nicht zu groß sein, die dadurch bewirkte vorübergehende Verbilligung der Wohnungen würde zu teuer erkauft sein durch den Ruin zahlreicher Existenzen; nicht nur der Hauseigentümer, auch die Hypothekengläubiger, die Bauhandwerker, mehr oder minder die ganze Stadt würde darunter schwer leiden.

Die Spekulation hat die Aufgabe, den Zukunftsbedarf vor der Scylla des „Zu wenig“ und vor der Charybdis des „Zu viel“ zu bewahren; sie kann es nur dann, wenn sie ein be-

trächtliches Risiko auf sich nimmt, und weil sie dies tut, übt sie eine volkswirtschaftlich wichtige Mission aus, und es ist daher unrecht, wenn man sich gegen den Spekulationsgewinn, insbesondere gegen einen Gewinn der Bodenspekulation allgemein wendet.

Man macht den Bodenspekulanten allerdings den Vorwurf, daß sie die Bodenpreise künstlich in die Höhe zu treiben suchen dadurch, daß sie das Bauland vom Markt fernhalten. Darauf möchte ich erwidern, daß heute die Bodenspekulanten das Land zu einer Zeit aufkaufen, wo die Bauern, die draußen an der Peripherie das Land in Besitz haben, gar nicht daran denken, daß auf ihren Kartoffelfeldern einmal großstädtische Wohnungen gebaut werden, und da der Bauer lieber den Spatzen in der Hand, als die Taube auf dem Dach hat, verkauft er das Land und überläßt das Risiko dem Spekulanten. Nun nehmen wir an, der Spekulant wäre nicht da, was würde dann geschehen? Dann wäre die ganze Entwicklung der Stadt mehr oder minder der Hartköpfigkeit der Bauern, die vor der Stadt wohnen, in die Hand gegeben. Dann müßte derjenige, der neu hinzuzieht, sich persönlich mit den Parzelleninhabern in Verbindung setzen, eine Reihe von Verhandlungen führen, er würde dabei finden, weil er das Land zu einem Zeitpunkte kaufen muß, wo es wirklich baureif ist, daß doch die Bauern viel hartnäckiger das Land festhalten als die Spekulanten und auch festhalten können, weil der Zinsverlust aus natürlichen Gründen — Ernteertrag — bei jenen eine viel geringere Rolle spielt als bei den Spekulanten, und weil der Bauer nicht stückweise seine Wirtschaft durch Verkauf von einzelnen Parzellen auflösen kann, in der Regel wird er entweder sein *ganzes* Land verkaufen wollen oder gar nichts. Meist — das darf man ruhig sagen, hat die Bodenspekulation nicht die große Schuld an der hohen Steigerung der Bodenpreise, wie man allgemein wohl behauptet, im Gegenteil, ich bin überzeugt, daß dann, wenn die Bodenspekulation ausgeschaltet wäre, der Bodenpreis noch mehr in die Höhe getrieben worden wäre. Ausnahmen natürlich von der Regel kommen vor. Auswüchse gibt es hier wie auf allen Gebieten. Daß diese unterdrückt werden müssen, ist selbstverständlich.[1])

[1]) Das Dogma von der Gemeingefährlichkeit der Bodenspekulation, gegen das ich mich in meinem Buche über „Bodenrente und Bodenspekulation in der modernen Stadt" zuerst wandte, wird neuerdings auch

Fragen wir uns, woran es denn liegt, daß die Bodenpreise so enorm in die Höhe gegangen sind, so genügt es schon vollkommen, wenn man auf das rasche Anwachsen der Städte hinweist Infolge dieser Tatsache steigt die Nachfrage nach Bauland rapid und die Folge davon ist — nach dem bekannten ökonomischen Gesetze: der Preis wird durch Angebot und Nachfrage bestimmt — daß der Bodenpreis in die Höhe steigt.

Vielleicht noch bedeutsamer ist für das ganze Problem, daß die Nachfrage nach städtischen Wohnhäusern und damit nach Wohnungen ganz außerordentlich schwankend ist, ein Faktor, der gleichzeitig den Bodenpreis, die Höhe der Baukosten und die Prämie für die Wohnungsvermieter wesentlich beeinflußt. Wenn in irgend einer Stadt ein großes Fest stattfindet und zahlreiche Fremde in die Stadt strömen, dann wird der Preis für das Logieren enorm in die Höhe gehen, wenn nicht vorher ein Festkomitee oder Wohnungskomitee für die Unterbringung der Festteilnehmer sorgt. Nun sind aber die Großstädte gezwungen, ohne daß sie derartige Wohnungskomitees haben, für die Unterbringung der Zuwandernden zu sorgen. Bald kommen sie schnell, bald weniger schnell, und so entsteht ein außerordentliches Schwanken auf dem Wohnungsmarkte, heute klagen die Vermieter über Leerbleiben ihrer Wohnungen, morgen die Mieter über Wohnungsmangel. In Berlin standen leer

im Jahre	1905		7450	Wohnungen
„ „	1902		2500	„
„ „	1901		1700	„
„ „	1899	aber	8400	„ .

von denen nicht aufrecht erhalten, die vor kurzem seine wärmsten Verteidiger waren, von den Bodenreformern, so z. B. von Jakob H. Epstein in den gelben Flugschriften der Bodenreformer (Heft 33/34), besonders S. 7 und 35 ff., er sagt u. a.: „Wir müssen vor allem die wirtschaftliche Tatsache anerkennen, daß eine Preissteigerung des städtischen und industriellen Baubodens auch eingetreten wäre, wenn es keinen Zwischenhandel in Bauland, kein Unternehmertum darin gäbe, wenn also die früheren Besitzer genötigt wären, es bis zum Zeitpunkt der Bebauung in Händen zu halten und direkt an die Bauunternehmer zu verkaufen.“ Zu einer ähnlichen Ansicht bekennt sich der Bodenreformer Karl Kumpmann in seiner Schrift über die Wertzuwachssteuer (Tübingen 1907): „Das Steigen der Grundstückspreise ist regelmäßig als eine an sich ganz natürliche Sache als die notwendige Folge der Rentenfunktion des Bodens anzusehen“ (S. 21).

Wenn uns dann einmal eine Stadt genannt wird, wo scheinbar ein Schwanken nicht stattgefunden, dann werden wir finden, wenn wir uns die Zahlen etwas genauer ansehen, daß der Schein trügt. In Straßburg standen im Jahre 1903 821 Wohnungen leer, 1904 834: also ziemlich dieselben Zahlen in beiden Jahren; aber im Jahre 1904 standen leer in der Altstadt 26%, im Jahre 1903 nur 15%; dagegen in den Vororten 1904 30%, 1903 50% von der Gesamtzahl der lehrstehenden Wohnungen, also selbst dann, wenn äußerlich ein Schwanken nicht stattzufinden scheint, ist tatsächlich manchmal doch ein erhebliches Schwanken für die einzelnen Stadtteile zu beobachten.

Die Wohnungsfrage ist kein nationales sondern ein internationales Problem, überall, wo großstädtische Menschenansiedelungen nicht vermieden werden können wird sich der Sozialpolitiker auch immer wieder mit einem Wohnungsproblem beschäftigen müssen. Jedoch tritt dieses Problem in seiner Art, seinen Folgeerscheinungen, seiner Intensivität nicht überall gleichmäßig in die Erscheinung. Es sind ja Menschen, deren Bedürfnisse individuell und lokal ebenso wie innerhalb ganzer Nationen verschieden sind, die Wohnungen suchen. Der Deutsche z. B. liebt es „unter Menschen zu sein", das dichte Beieinanderwohnen ist ihm lieber als ein „weiträumiges" Wohnen. Unter Beibringung von manchem interessanten Material hat Andreas Voigt auf dem internationalen Wohnungskongreß in London dies insbesondere nachgewiesen durch einen Vergleich der Wohnweise in Berlin einerseits und in London anderseits. Mit Recht führte Voigt dabei weiter aus, daß die uns vielfach als Vorbild gepriesene größere Dezentralisation der großstädtischen Bevölkerung in England auch bei uns in Deutschland wohl durchzuführen sei, wenn die Bevölkerung nur den nötigen Willen habe und bereit sei die Nachteile der Dezentralisation (größere Entfernung, Kosten für die Eisenbahnfahrt) in den Kauf zu nehmen; keine Bauordnung und kein Bauplan hindere daran.

Jedenfalls glaube ich, daß Volkssitte und Volksneigung für die Gestaltung der großstädtischen Wohnungsverhältnisse viel erheblicher in Betracht kommen als die Statuten und Paragraphen einer hochweisen Boden- und Baupolizei; es mag im Charakter des so vielfach mit der Polizei liebevoll in Beziehung stehenden deutschen Spießbürgers seine Entschuldigung finden,

daß einige unserer Schriftsteller allen Ernstes die Behauptung aufstellten die heutige Entwicklung des Wohnungswesens in Deutschland und die Wohnungsnot der Gegenwart sei lediglich „das notwendige Ergebnis bestimmter (rechtlicher und polizeilicher) Institutionen“ (R. Eberstadt). Mit anderen Worten: Durch einige Federstriche in Paragraphenform soll man das Wohnungsproblem in der Hauptsache lösen können; Bevölkerungsvermehrung und -bewegung, Steigerung der Ansprüche, Vermehrung des Risikos der Vermieter, die lokale Entwicklung von Industrie und Gewerbe, Lohnhöhe usw. — das alles kommt nach diesen „Gelehrten“ gar nicht, oder doch nur nebensächlich in Betracht. Irrig wäre es natürlich in das entgegengesetzte Extrem zu verfallen, und zu behaupten die Boden- und Baupolizei sei dem Wohnungsproblem gegenüber machtlos. Sie kann unzweifelhaft wertvolles leisten namentlich bei Festlegung des Bebauungsplanes und der Bauordnung, aber gerade hier kann das mögliche Gute sich zum Bösen gestalten, wenn man von dem Bürokratismus und der Polizei zu viel verlangt.[1]) Das gilt insbesondere auch für den von manchen Theoretikern und Praktikern geführten blindwütenden Kampf gegen die Mietskasernen; ein Kampf, der aus ethischen und ästhetischen Gründen volle Sympathie verdient, der aber vielfach von verkehrten wirtschaftlichen Voraussetzungen ausgeht und daher schädlich ist. Sehr beachtenswerte Gründe können jedenfalls dafür beigebracht werden, daß die Mieten bei gleicher Qualität der Wohnungen um so niedriger werden, je höher und dichter die Bebauung ist. Zu denken gibt auch die Äußerung des holländischen Ministers H. Goeman Borgesius auf dem Düsseldorfer internationalen Wohnungskongreß: „Sie finden das Kasernierungssystem für Deutschland schrecklich. Wir haben kein Kasernierungssystem, aber wir hoffen es in Zukunft in den großen Städten bis zu einer gewissen Grenze zu bekommen. So verschieden sind die Ansichten.“

[1]) „Als bekannte Tatsache dürfte es gelten, daß die Durchführung mancher in den modernen Bauordnungen enthaltenen Bestimmungen sich vielfach als eine Härte erweisen muß, weil die jedesmal vorliegenden Verhältnisse häufig so sehr verschiedenartige Abweichungen von den im allgemeinen als normal zu betrachtenden Zuständen darbieten, daß es höchst schwierig ist, denselben in umfassender Weise bei Aufstellung der bezüglichen Vorschriften Rechnung zu tragen . . .“ Stadtbaurat Froelich im Archiv für Städtekunde, Jahrg. 1906. S. 362.

Wenden wir uns nunmehr zu den Mitteln, mit denen der Wohnungsnot abgeholfen werden kann. Da wird man in erster Linie fordern müssen: Klarheit über den Wohnungsmarkt. Wir haben für Wertpapiere, für den Produktenhandel, selbst für den Arbeitsmarkt eine sorgfältige Übersicht und regelmäßige Berichterstattung. Diese Berichterstattung fehlt für den Wohnungsmarkt so gut wie ganz und doch müßte eine Berichterstattung aus den eben angegebenen Gründen gerade beim Wohnungsmarkt besonders sorgfältig ausgebildet sein. Man muß wissen, wie viel Wohnungen leer stehen, zu welchem Preise sie zu erlangen sind und nicht nur Zahlenmaterial über diese Frage darf da geboten werden, sondern die Zahlen müssen so erläutert werden und in der Tagespresse bekannt gemacht werden, daß der Mann aus dem Volke sich wirklich ein Urteil bilden kann über die jeweilige Marktlage.

Die unbedingt notwendige und außerordentlich wichtige Ergänzung einer solchen Wohnungsstatistik ist ein geordneter Wohnungsnachweis. Der Wohnungsnachweis muß für die Wohnungen der unbemittelten Bevölkerungsklassen die Vorteile eines geregelten Marktes bieten; ein solcher gut geleiteter Wohnungsnachweis kann die Wohnungssuche erleichtern und wirkt dadurch verbilligend auf die Wohnungspreise ein.

Hat man so über den Wohnungsmarkt Klarheit gewonnen, dann kann man der Frage näher treten, wie sich der Bodenpreis beeinflussen läßt. Das geschieht dadurch, daß man entweder die Nachfrage nach Bauland verringert, oder dadurch, daß man das Angebot vermehrt.

Ersteres könnte dadurch geschehen, daß die Industrie sich mehr dezentralisiert, in der Weise, daß die großen Fabriken, die heutzutage vorzugsweise in der Großstadt sind, mehr hinausziehen auf das Land. Das ist bei manchen Branchen hier und da geschehen, und es liegen Anzeichen vor, daß es in Zukunft in noch größerem Umfange geschieht. Es ist jedoch nicht zu verkennen, daß man dabei in der Praxis auf manche Schwierigkeiten stoßen wird.

Praktisch wichtiger ist jedenfalls die Frage: Kann man das Angebot von Bauland vermehren? Wir haben Land in Hülle und Fülle draußen liegen vor der Stadt. Das Problem ist nur, dieses Land in Bauland zu verwandeln und das können wir eben dadurch, daß wir es näher an die Stadt heranziehen. Das Mittel ist heutzutage leicht gegeben. Es liegt in Verkehrsverbesse-

rungen, in Straßenbauten, Straßenbahnen, Stadtbahnen usw. Wenn man das Bauernland vor der Stadt in Bauland verwandelt, wird man das Angebot vermehren und bei vermehrtem Angebot muß der Preis heruntergehen. Überhaupt scheint mir die großstädtische Verkehrsfrage für das ganze Großstadt-Problem wichtig genug zu sein, um ihr einen besonderen Abschnitt zu widmen.

Der Bodenpreis soll aber nicht nur dadurch reguliert werden, daß man auf eine Verminderung der Nachfrage oder auf eine Vermehrung des Angebots hinwirkt. Es ist auch notwendig, daß sich ein regulierender Faktor zwischen Angebot und Nachfrage schiebt und möglichst ein Gleichgewicht herzustellen versucht. Diese Regulierung kann nach Lage der Verhältnisse nur ausgeübt werden durch eine weitblickende Stadtverwaltung. Die Stadtverwaltung sollte es als eine ernstliche Aufgabe betrachten, rechtzeitig möglichst viel Land in und vor der Stadt anzukaufen, um dann mit diesem Lande am Markte zu erscheinen, wenn infolge der großen Schwankungen vorübergehend die Bodenpreise eine zu starke Tendenz nach oben haben.

Schon haben die meisten Großstädte einen beträchtlichen Teil der städtischen Bodenfläche in ihrem Besitz. Für 1903/4 ergaben sich folgende Zahlenverhältnisse:

	Gesamtfläche des Stadtgebiets	Grundeigentum der Stadtgemeinde innerhalb des Stadtbezirks	Grundeigentum der Stadtgemeinde außerh. des Stadtbezirks	Stiftungsgrundstücke unter städt. Verwaltung innerhalb des Stadtgebietes	Stiftungsgrundstücke unter städt. Verwaltung außerh. des Stadtgebietes
Berlin . .	6 349	587	15 289	9	2
Breslau . .	4 225	831	5 746	52	1403
Cöln . . .	11 120	785	6	1125	2480
Dortmund .	2 767	352	1 244	70	32
Düsseldorf .	4 869	529	122	24	2
Frankfurt a. M.	9 383	4199	355	793	1243
Hannover .	—	1487	809	18	37
Mannheim .	6 607	2343	46	1	—
München .	8 696	1826	2 278	15	798

Die Ausnützung des im öffentlichen Besitze befindlichen Baubodens wird erleichtert durch das Erbbaurecht, d. h. durch das „dingliche, veräußerliche und vererbliche Recht, auf oder unter

der Oberfläche eines Grundstückes ein Bauwerk zu haben". Dieses Recht ermöglicht den Städten, an dem Spiel von Angebot und Nachfrage am städtischen Bodenmarkte teilzunehmen, ohne selbst die Gefahren der Bauunternehmung auf sich zu nehmen und ohne ihr Grundeigentum und damit dessen vermutlich steigenden Zukunftswert der privaten Spekulation preiszugeben.

Die Verwertung des Erbbaurechtes im Dienste der städtischen Wohnungsfürsorge ist kein ganz neuer Gedanke, bereits anfang der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts wurde er in einigen Städten lebhaft erörtert, 1872 wies sogar der Oberbürgermeister Hobrecht in der Berliner Stadtverordnetenversammlung auf die Bedeutung des Erbbaurechts, oder wie es damals hieß, der Erbpacht für die Lösung der Kleinwohnungsfrage hin, freilich ohne Erfolg.

Seine praktische Anwendung in der Gegenwart verdankt das Erbbaurecht nicht zum wenigsten dem Umstande, daß es ein „Lieblingskind der deutschen Bodenreformer" (H. Ermann) wurde, die in geschickter Agitation teils aus theoretischen, teils aus praktischen Gründen dafür eintraten.[1]) Daß sie dabei — wie es bei „Lieblingskindern" häufig vorkommt — die Vorzüge der Institution überschätzten und die Nachteile unterschätzten, schmälert ihr Verdienst um diesen Gegenstand nur wenig.

Praktische Versuche mit dem Erbbaurecht wurden in den letzten Jahren in besonders großem Umfange in Frankfurt a. M. gemacht, und da Frankfurt a. M. über 50% des städtischen Weichbildes in seinen Besitz gebracht hat und keinen Stadtboden mehr veräußern will, hoffen die Bodenreformer, daß das Erbbaurecht in den neuen Stadtteilen der Großstadt am Main mit der Zeit die überwiegende Bebauungsform werde.

Es genügt aber nicht, daß mehr Bauboden herangezogen wird, es müssen auch mehr Leute veranlaßt werden, wirklich Wohnungen zu bauen für die kleinen Leute und da kann zweierlei geschehen: zunächst muß hingearbeitet werden auf eine Verminderung des Unternehmerrisikos und zweitens muß gesorgt werden, daß das Baukapital zu billigem Preise speziell für kleine Wohnungen beschafft wird.

Die Verminderung des Unternehmerrisikos ist ja nun gerade

[1]) Vgl. H. Ermann: Erbbaurecht und Kleinwohnungsbau. Münster 1907.

in der Gegenwart besonders schwierig. Ein Mittel scheint mir gegeben zu sein durch die Gründung von Wohnungsgesellschaften nach Art einer Wohnungsgesellschaft, die vor einer Reihe von Jahren Cäsar Strauß in Frankfurt a. M. gegründet hat. Laut § 2 der Statuten dieser Wohnungsgesellschaft ist ihr Zweck: „Die Beschaffung kleiner Wohnungen zu fördern, sowie die Vermietung solcher Wohnungen zu erleichtern." „Die Gesellschaft kann insbesondere die Verwaltung von Häusern mit kleinen Wohnungen, sowie die Vermittlung von Mietsverträgen übernehmen, kann die Mieteingänge den Hauseigentümern gegenüber garantieren, selbst mieten oder vermieten und überhaupt alles das tun, was zur Erreichung ihres Zweckes notwendig oder förderlich ist."

Die Gesellschaft gibt sich also selbst gar nicht ab mit Errichtung von kleinen Wohnungen, sie will nur den Vermieter befreien von den zahlreichen Lapalien, die ihm heute das Vermieten von kleinen Wohnungen so häufig verhaßt machen. Die Gesellschaft besorgt insbesondere auch die wiederkehrenden kleinen Reparaturen der von ihr verwalteten Häuser selbständig gegen Erstattung der baren Auslagen. Sie beschäftigt einige kleine Meister vollständig, wodurch die Reparaturen so praktisch und preiswert ausgeführt werden, daß selbst Bauunternehmer, welche ihre Häuser durch die Gesellschaft verwalten lassen, diese Reparaturen ebenfalls durch die Gesellschaft besorgen lassen. Ferner läßt die Gesellschaft wöchentlich eine Druckliste über die bei ihr angemeldeten kleinen Wohnungen in besonderer Anordnung erscheinen. Diese Listen können an etwa 50 Stellen, nach verschiedenen Richtungen der Stadt verteilt, unentgeltlich in Empfang genommen werden.

Das alles mögen an sich nur kleine Maßnahmen sein, aber zusammengenommen sind sie doch, vollends in Verbindung mit einer Mietzinsverlustversicherung, die technisch zwar sehr große, aber nicht unüberwindliche Schwierigkeiten bietet, geeignet, das Risiko des Vermieters von kleinen Wohnungen zu verringern und dadurch anregend zu wirken für die Errichtung von solchen Wohnungen.

Sehr wirksam gefördert wird diese Anregung durch Bereitstellung von verhältnismäßig billigen Kapitalien für die Zwecke des Baues von kleinen Wohnungen. Es wären besonders die Invalidenversicherungsanstalten berufen, einen Teil der großen Summen, die ihnen zur Verfügung stehen, in den Dienst der Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues zu stellen.

Bereits Ende 1903 hatten die deutschen Landesversicherungsanstalten nicht weniger als 500000000 Mk. für die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues hergeben können.

Nun glaube ich aber, daß der gemeinnützige Wohnungsbau in der engen begrifflichen Umgrenzung, die er heute findet, doch nur im geringen Umfange berufen ist, das soziale Wohnungsproblem der Lösung näher zu bringen. In Köln wurden in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1906 2300 neue Wohnungen geschaffen; davon waren nur 14 durch die gemeinnützige Bautätigkeit hergestellt; in Düsseldorf in derselben Zeit unter 814 neugeschaffenen Wohnungen nur 3 durch gemeinnützige Bautätigkeit. In der Stadt Essen gab es Ende 1906 51000 Wohnungen, davon waren nur 671 in gemeinnützigen Bauten, die entsprechenden Zahlen für Altona waren 42500 und 1336, für Lübeck 23420 und 202 usw.

Solche Zahlen zeigen, daß die gemeinnützige Bautätigkeit doch nur einen Tropfen auf den heißen Stein zu gießen vermag. Man sollte daher den Begriff der Gemeinnützigkeit nicht so eng nehmen. Auch alle Erwerbsunternehmungen, die sich ehrlich bemühen, billige Wohnungen für die kleinen Leute herzustellen, sollte man gemeinnützige Bestrebungen nennen und als solche besonders unterstützen.

Wenn dann noch die Gesetzgebung in vorsichtiger Weise eine Norm aufstellt, eine Mindestforderung, die man an die großstädtischen Wohnungen stellen soll, und wenn eine ihre Aufgaben ernst fassende umsichtige Wohnungsinspektion dafür sorgt, daß diese Bestimmungen nicht nur auf dem Papier stehen bleiben, dann ist damit in Verbindung mit dem Einzelnen, was ich vorhin ausführte, das Wichtigste getan, was vernünftigerweise zur Lösung der sozialen Wohnungsfrage geschehen kann.

Sehr wenig erwarte ich von der Verwirklichung der frohen Botschaft, daß die großstädtische Wohnungsfrage mittelst der — Steuerschraube gelöst werden könne. Die Steuer im Dienste gewisser sozial- und wirtschaftspolitischer Ziele hat bislang die erhoffte Wirkung nicht gehabt, man braucht ja nur an das Fiasko der Warenhaussteuer und der Börsensteuer zu erinnern. Insbesondere bin ich überzeugt, daß die „Steuer nach dem gemeinen Wort“ und die „Zuwachssteuer“ die von ihnen erhofften sozialpolitischen Wunder nicht vollbringen können.

Damit setze ich mich allerdings in Widerspruch zu der Ansicht einer Gruppe von meist sehr sympathischen und geschickt arbeitenden Politikern, den Bodenreformern. Ich muß daher meine Meinung etwas eingehender begründen.

„Steuer nach dem gemeinen Wert." Für dieses Projekt bringen die Bodenreformer folgende Argumente bei[1]): Das unbebaute Spekulationsland wurde bislang nur nach dem Nutzungswert d. h. nach dem Werte der aufstehenden Kartoffeln oder Kohlköpfe besteuert. Dieses schreiende Unrecht muß dadurch aus der Welt geschafft werden, daß der „gemeine Wert" zur Grundlage für die Besteuerung genommen wird. Einen Nachteil von einer solchen bodenreformerischen Regelung der Grund- und Gebäudesteuer hätten nur die Grundstücksspekulanten, die nun viel mehr Steuern zahlen müssen und ihre Grundstücke billiger loszuschlagen gezwungen sind, als vorher. Vorteil von dieser Reform würden aber haben

1. die Besitzer von Häusern mit kleineren Wohnungen, denen die Gebäudesteuer erleichtert werden kann;

2. alle Einwohner, die Einkommensteuer bezahlen; ihre Steuern können ebenfalls reduziert werden;

3. die Bauhandwerker, die an reger Bautätigkeit ihren Verdienst haben;

4. alle Mieter, für die auf dem billiger gewordenen Boden nun preiswerte Wohnungen möglich werden.

Leider kann einer unbefangenen wissenschaftlichen Prüfung gegenüber diese Beweisführung nicht standhalten. Schön ist es für Recht und Gerechtigkeit einzutreten, wer sich auf diese Ideale beruft, wird sein Publikum zu Begeisterung hinreißen, ehe es selbst zu denken angefangen hat. Der wissenschaftliche Forscher darf sich den Luxus einer solchen Begeisterung nicht leisten, er muß immer die kritische Brille aufsetzen, selbst auf die Gefahr hin, dadurch bei Freund und Feind verkannt zu werden. Prüft man in diesem Sinne die Argumente der Bodenreformer, so wird man ihnen folgendes entgegenhalten müssen:

1. Wenn die Bodenspekulanten für die Steigerung der städtischen Mietpreise verantwortlich sind, wenn sie so stark und die Mieter so schwach sind, warum sollen sie denn nicht auch

[1]) Vgl. Damaschke, Die Bodenreform, Kulturprobleme der Gegenwart. Bd. II. 3. Aufl. Berlin 1903.

noch die relativ mehr oder minder geringe Steuererhöhung auf den Mieter abwälzen können? Die Steuer beträgt durchschnittlich nicht mehr als 2 oder 3 Mk. von je 1000 Mk. Wert. Sollten sich die Bodenspekulanten wirklich „genieren" statt 10 000 Mk. für eine Bauparzelle, die sie seit 5 Jahren nach dem „gemeinen Wert" versteuert haben, 10 100 Mk. zu verlangen, vielleicht aus Ehrfurcht vor dem Willen der ehrenwerten Stadthäupter?

2. Was ist denn überhaupt „gemeiner Wert"? Es handelt sich im Grunde genommen dabei um das Problem festzustellen, wie viel von der Gegenwartsphantasie die Zukunft verwirklicht! Ein „Praktiker" war es, der sich noch kürzlich im Preußischen Verwaltungsblatt zu dem Stoßseufzer angeregt fühlte: „Wer je mit der Einschätzung der Grundstücke nach dem gemeinen Werte zu tun hat, weiß, wie schwer eine zutreffende Einschätzung in einem aufstrebenden Orte ist." Aber die Zahl der Reklamationen ist doch nur gering —? Kein Kunststück! Man setzt die Steuer nach einem Werte fest, der noch ein gutes Stück hinter der Schätzung des kühnsten Pessimisten unter den Taxatoren zurückbleibt, lieber erhöht man dann nachher den Promillesatz. Übrigens — freilich in anderem Zusammenhange — erklären die Bodenreformer auch selbst, daß der Wert der Baustellen „ausschließlich von dem Temperament und willkürlichen Zukunftshoffnungen" bestimmt werde. Also nicht Steuer nach dem gemeinen Wert, sondern Steuer nach einem willkürlich angenommenen Wert!

3. Die Wertsteuer befördert die aus mehrfachen Gründen unerwünschte dichte Bebauung. Ein Grundstück, das bebaut ist mit einem kleinen Häuschen — vielleicht inmitten eines hübschen Gärtchens — muß im Verhältnis zum Ertrage viel höhere Steuer tragen, wie die benachbarte gleich große Bodenparzelle, auf der sich eine Mietskaserne erhebt. Der Eigentümer des ersteren Besitztums wird daher dazu übergehen, das Haus höher zu bauen oder durch einen Anbau den Boden der Steuer entsprechend auszunutzen. Welcher Schaden für die Großstädte, wenn die privaten Gärten und Parkanlagen in der Stadt oder an der Stadtgrenze verschwinden!

4. Durch die Steuer nach dem gemeinen Wert werden Besitzer von ertraglosen Grundstücken unter Umständen gezwungen hohe Steuern zu zahlen. Das können längere Zeit nur reiche

Spekulanten, oder große Terraingesellschaften aushalten; ihnen werden die kleinen Grundbesitzer nach und nach ihr Land verkaufen. Die Steuer bewirkt also genau das Gegenteil von dem, was die Bodenreformer prophezeien: Nicht Schwächung, sondern Stärkung des „Bodenmonopols".

Es können noch andere beachtenswerte Gründe gegen die Steuer nach dem gemeinen Wert vorgebracht werden.[1]) Das Gesagte mag aber schon genügen, um dem Leser erklärlich zu machen, warum Verfasser sich nicht für die „Steuer nach dem gemeinen Wert" begeistern kann.

Und nun die Zuwachssteuer! Sie macht zur Zeit nach Versicherung der Bodenreformer einen Siegeslauf durch die deutschen Lande. Hier ist nicht der Ort, die Steuer prinzipiell zu würdigen. Wir haben uns nur zu fragen, ob sie im Kampfe gegen die großstädtische Wohnungsnot von Nutzen ist. Kein Zweifel, antwortet Damaschke, der Führer der deutschen Bodenreformer, eine solche Steuer würde die heutige Spekulation in den Außenterrains beenden und im wesentlichen den landwirtschaftlich gerechtfertigten Preis für den Boden wieder herstellen. Es käme kein Spekulant mehr in Versuchung, sein Geld in Terrains anzulegen, wenn das, was heute lockt, der unverdiente Zuwachswert, durch die Zuwachssteuer für die Gesamtheit eingezogen würde .... Wir wissen bereits, daß Damaschke sich hier in einem höchst fatalen Irrtum befindet; seine Bundesfreunde Epstein und Kumpmann müssen ihn nach gründlichem Studium der Materie dahin belehren, daß 1. der spekulative Zwischenhandel in Boden nützlich, ja notwendig ist und 2. daß die Preissteigerung nicht eine Folge der Profitgier der Spekulanten, sondern in erster Linie eine ganz natürliche und regelmäßige Folge der „Rentenfunktion" des Bodens ist.

Daß die Zuwachssteuer — abgesehen von der Einengung der „gemeingefährlichen" Bodenspekulation — noch aus anderen Gründen auf die großstädtischen Wohnungsverhältnisse einwirke, behaupten auch die Bodenreformer nicht. Wir könnten daher ohne weiteres hier von der Wertzuwachssteuer Abschied nehmen. Doch dürfte es den Leser interessieren, wie ein sachkundiger Bodenreformer, der die Wertzuwachssteuer vielleicht von allen „Bun-

[1]) Vgl. neuerdings besonders Keller: Die Besteuerung der Gebäude und Baustellen, Berlin 1907. S. 67 ff.

desbrüdern" am gründlichsten studiert hat — Kumpmann[1]) — sich diese Steuer in ihrer praktischen Ausgestaltung dankt. Er kennzeichnet selbst die bei einer „wissenschaftlichen Prüfung zu stellenden Forderungen" zusammenfassend in folgender Weise:

1. Die Wertzuwachssteuer ist nur in Gegenden mit starker Steigerung der Grundrente einzuführen, so besonders in Städten, vor allem in Großstädten.

2. Man besteuere regelmäßig unter Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse die Gewinne am bebauten wie am unbebauten Boden, besonders beim Besitzwechsel; daneben strebe man ein in angemessenen Zeiträumen für die während der Besitzzeit gemachten aber nicht realisierten Gewinne zu zahlendes Steueräquivalent an.

3. Bei unverdienten Wertabnahmen des Grund und Bodens ist den Eigentümern eine entsprechende Entschädigung zu bewilligen.

4. Man lasse den Grundbesitzern einen wesentlichen Teil der Gewinne: man lasse ein Minimum überhaupt frei und nehme nur einen mäßigen Prozentsatz.

5. Zu wünschen ist eine allmählich eintretende progressive Ausgestaltung der Steuer überall da, wo die Wertzunahme besonders klar als unverdient zu erkennen ist (so besonders bei zunehmender Gewinnhöhe, sowie bei abnehmender Besitzdauer).

6. Man sei milde in der Anwendung der Steuer, besonders bei der Einführung.

Wie schüchtern klingen diese Forderungen gegenüber dem sonst üblichen „erbarmungslosen" Tone der Bodenreformer, wenn sie von dem Einkassieren des „unverdienten Wertzuwachses" sprechen! Auch warme Freunde der Bewegung finden bei etwas intensiverem Studium, daß man „bremsen" muß. Die extremen Forderungen der Bodenreformer sind eben wissenschaftlich nicht zu begründen.

---

[1]) Kumpmann: Die Wertzuwachssteuer. Ergänzungsheft XXIV zur Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. Tübingen 1907. Die bislang beste Schrift gegen die Steuer ist die von Bredt: Der Wertzuwachs an Grundstücken und seine Besteuerung in Preußen. Berlin 1907.

Vierter Abschnitt.

Das Verkehrsproblem.

Im Chor der Gelehrten besteht eine erstaunliche Disharmonie in ihrer Meinung über die letzten Ursachen der Wohnungsnot. Für die einen ist die Wohnungsfrage eine Frage des Polizeiwesens, für die anderen eine Baukostenfrage; hier sieht man in der Wohnungsfrage eine Lohnfrage, dort eine Kreditfrage, in der neueren Zeit gewinnt das Schlagwort „die Wohnungsfrage — eine Verkehrsfrage" viele Anhänger. In allem steckt ein gutes Stück Wahrheit und ziemlich viel Übertreibung; aber immerhin würde ich dann, wenn ich gezwungen wäre, zu wählen ohne Bedenken für die zuletzt genannte Losung stimmen: Die Wohnungfrage eine Verkehrsfrage! Und zwar ist die Wohnungsfrage eine Verkehrsfrage, weil sie im letzten Grunde eine Bodenfrage ist. Es handelt sich darum, das Angebot städtischen Baubodens zu vermehren und das kann, wie schon angedeutet wurde, dadurch geschehen, daß die Ackerstücke die an der Peripherie der Stadt liegen mit „eisernen Schienen" näher an das Zentrum herangebracht und dadurch als Bauland verwendbar werden. Nicht die Grundstücke sind beweglich, aber die Menschen, die sich auf den Grundstücken ihre Wohnstätten errichten. Es kommt nur darauf an, diese Beweglichkeit in billiger und bequemer Weise für die Lösung des städtischen Wohnungsproblems nutzbar zu machen — wie es tatsächlich durch unsere elektrische Bahnen, die Hoch- und Schwebebahnen, die Untergrundbahnen usw. geschieht, oder doch geschehen kann.

Schon höre ich mehrere Einwände: Vor allem fürchtet man wieder die bösen Bodenspekulanten; neue Verkehrsmittel und Verkehrserleichterungen locken nur die Bodenspekulanten noch mehr an, so sagt man, sie legen dann sofort die Hand auf den Grund und Boden und alles bleibt beim alten. Daß

diese Argumentation grundfalsch ist, wissen wir aus dem vorigen Abschnitt, aber selbst wenn die Voraussetzungen dieser Theorie richtig wären, wenn der Bodenspekulant als Monopolist seine Preise diktieren könnte, dann würde doch jede Verkehrsverbesserung nicht Erleichterung, sondern Erschwerung einer Ausbeutung der Wohnungsnot durch die Bodenspekulanten bedeuten. Die Verkehrsverbesserungen vermehren Quantität und Qualität des städtischen Baulandes, nichts ist aber natürlicher, als daß der Monopolist seine Rolle um so schwieriger durchführen kann, je mehr er in seinem „Magen" verdauen muß.

Ein zweiter Einwand ist etwas ernster zu nehmen: „die städtischen Wohnungsbedürftigen wollen nicht draußen wohnen." Gewiß, viele werden die Annehmlichkeiten der großstädtischen Kloaken den Annehmlichkeiten einer geräumigen Wohnung in der Nähe von Gottes freier Natur vorziehen; nicht wenige müssen das tun aus geschäftlichen Rücksichten. Trotzdem können und wollen bei angemessenen Verkehrsmitteln viele andere „draußen" wohnen, sie vermindern aber durch ihre Ansiedlung an der Peripherie die Nachfrage im Innern und helfen dadurch indirekt auch denen, die vor der Stadt nicht wohnen können und nicht wohnen wollen.

Wir haben manche beachtenswerte Berichte aus dem Auslande, die zeigen, wie deutlich man dort vielfach in den Städten erkannt hat, daß die Wohnungsfrage zum guten Teile eine Verkehrfrage ist.

Man lese z. B. einmal nach, was der Belgier Dr. Emil Ver Hees über die Erfolge der Verkehrserleichterungen für Arbeiter in seinem Vaterlande berichtet:[1]) Wo sonst viele Schlafgänger die Woche in sehr mißlichen Zuständen durchbrachten, um nur den Sonntag in ihrer Heimat bezw. in ihrer Familie zu verbleiben, hat die bedeutende Ermäßigung der Preise auf den Staatseisenbahnen ein tägliches Hin- und Zurückfahren ermöglicht — —, auf den Bahnen nach den größeren Städten und industriellen Gegenden fahren morgens und abends spezielle Arbeiterzüge mit vielen kleinen Haltestellen, um täglich hunderttausende Arbeiter zu befördern, und um ihren Familien den Aufenthalt auf dem Lande mit billigen und gesunden Wohnungs- und Ernährungsverhältnissen zu gestatten. Elektrische

[1]) Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Bd. 97. S. 207.

Tram- und Kleinbahngesellschaften treffen entsprechende Einrichtungen. In Belgien ist es so tatsächlich möglich, wie Prof. Lotz in der „Patria" (1903) hervorhebt, zugleich Parzellenpächter und städtischer Fabrikarbeiter zu sein. Die Kinder des Arbeiters brauchen nicht im frühesten Alter in Fabrikluft aufzuwachsen.

Ähnlich günstige Berichte kommen aus den Vereinigten Staaten. Dort ist in den Groß- und Mittelstädten der Preis des Grundeigentums durch die Ausdehnung des Straßenbahnnetzes stark beeinflußt. „Die umliegenden Ortschaften werden in immer weiterem Umkreise mit der betreffenden Stadt durch elektrische Straßenbahnen verbunden, und es wird auf diese Weise der städtischen Bevölkerung ein übermäßig großer Raum zum Zwecke des Bewohnens zur Verfügung gestellt. Das Angebot leerer Bauplätze übertraf daher bei weitem die Nachfrage und die Preise waren sehr gedrückt." [1])

Es mag sein, daß es der Bequemlichkeit des deutschen Michel mehr paßt, möglichst nahe beim Nachbar zu wohnen und möglichst nahe da, wo „etwas los ist"; trotzdem wage ich anzunehmen, daß die Redensart: „Die Arbeiter wollen nicht draußen wohnen" eine sehr starke Übertreibung ist. Tatsächlich sind ja alle größeren Städte mit einzelnen Vororten oder Gruppen von Häusern umlagert, sie sind meistens mindestens ebenso schnell vermietet wie die Häuser in der inneren Stadt. In seiner Schrift „Beiträge zur Entwicklung der Grundrente in München" erzählt v. Renauld, daß es in München während der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts sogar als ein Übelstand beklagt wurde, daß die entferntesten Teile der Straßenanlagen wegen des wohlfeileren Ankaufspreises der Bauplätze mit Gebäuden besetzt würden, während für die Ausfüllung der großen Zwischenräume bis zu den der Stadt näher gelegenen Bauten nach dem Verhältnis der Bevölkerung und des Bedürfnisses kaum jemals eine Hoffnung gegeben sei. Damals gab es dabei noch nicht einmal Straßenbahnen!

ß| Bleiben wir bei der Gegenwart, so wäre darauf hinzuweisen, daß nach dem Ergebnisse der am 1. Dezember 1900 stattgefundenen Zählung immerhin ungefähr 180 000 Großstädter mehr als 3 Kilometer von ihrem Arbeitsorte entfernt wohn-

[1]) Deutsches Handelsarchiv (Juni 1901).

ten, und bei 21 400 betrug die Entfernung sogar mehr als 10 Kilometer. Das sind allerdings keine imponierend große Zahlen, aber was die wenigen können, würde ohne Zweifel zahlreichen anderen auch möglich sein. Es müßte insbesondere in weit größerem Umfange den Arbeitern ermöglicht werden, vor der Stadt zu wohnen. Von 85 000 Personen, die in Berlin arbeiteten, hatten ihren Wohnsitz außerhalb z. B. 16 600 Angehörige des Handelsgewerbes und 10 300 Angehörige des Militär- und bürgerlichen Dienstes, dagegen nur 6900 Metallarbeiter, 3700 Maschinenarbeiter, 970 Textilarbeiter usw. In verhältnismäßig größerer Zahl (7847) wohnten nur die Bauhandwerker in den Außenbezirken.

Aus der theoretischen Einsicht scheint man allmählich energischer in manchen Städten Deutschlands praktische Konsequenzen zu ziehen. So berichtet beispielsweise Mannheims tüchtiger Oberbürgermeister Beck in seiner sehr beachtenswerten Denkschrift „Die Mannheimer Wohnungsfrage und die Bau- und Bodenpolitik der Stadtgemeinden“: „Behufs Erzielung günstigerer Verbindungen mit den Außengemeinden bemühte sich die Stadtverwaltung, die bestehenden und noch zu schaffenden Vorortbahnen in ihre Hand und unter ihren Einfluß zu bringen. Sie sah hierin das wirksamste Mittel zur Dezentralisation der auf engen Raum angehäuften Bevölkerung und zur Verhinderung einer weiteren Verdichtung derselben.“

Drei Bedingungen müssen die städtischen Verkehrsmittel erfüllen, wenn sie die erhofften günstigen sozialen Wirkungen haben sollen: sie müssen möglichst rasch zu erreichen sein, möglichst rasch fahren und möglichst billig in der Benutzung sein.

Die erste und zweite Forderung wird immer von neuem erschwert durch die gewaltig rasch zunehmenden und sich ändernden Menschenanstauungen in den Großstädten. Der großstädtische Verkehr konzentriert sich um verhältnismäßig wenige Punkte. Geradezu erstaunlich ist es, welche gewaltige Massen von Menschen sich dadurch an einigen bevorzugten Stellen der Stadt, namentlich im Stadtzentrum, im Laufe des Tages regelmäßig zusammendrängen: die Londoner City betraten im Jahre 1881 während 24 Stunden 797 500 Personen, 1891 waren es bereits 1 186 094, die Zahl der Fußgänger auf dem Bürgersteige vor der Bank von England belief sich im Jahre 1863 während

eines Tages auf 50 000, 1900 auf 183 000, 1903 auf 248 000. Während im Jahre 1865 der bekannte Londoner Platz Piccadilly im Juli durchschnittlich von 8200 Fahrzeugen täglich passiert wurde, belief sich diese Zahl im Juli 1903 bereits auf 16 000.[1])

Das großstädtische Verkehrsproblem wird nun noch dadurch besonders kompliziert, daß diese gewaltigen Menschenstauungen nicht in gleicher Stärke während des ganzen Tages zu beobachten sind: die großstädtische Verkehrskurve zeigt vielmehr während des Tages häufig sehr starke Schwankungen. Ein Teil des großstädtischen Verkehrs verteilt sich allerdings ziemlich gleichmäßig auf den ganzen Tag: man benutzt die städtischen Verkehrsmittel, um Einkäufe zu machen, um Freunde und Bekannte zu besuchen, als Fremder, um die Stadt zu besichtigen usw. — daneben tritt jedoch in den Morgen- und Abendstunden der zu und von den Arbeitsstätten strömende Verkehr der Arbeiter, Handlungsgehilfen, Geschäftsleute aller Art. Dieser letztere Verkehr bewirkt es hauptsächlich, daß die Benutzung der städtischen Verkehrsmittel im Laufe des Tages so sehr schwankend ist. Nach Lindemann bewegen sich die täglichen Schwankungen des Verkehrs auf der Brooklyner Hochbahnbrücke zwischen zirka hundert Passagieren pro Stunde morgens zwischen 2—4 Uhr in der Richtung nach Manhattan ins Geschäftsviertel und 9500 um 8 Uhr. Die Kurve steigt rapid in der Zeit von 6—8 Uhr, um dann ebenso schnell in der Zeit von 8—1 Uhr zu fallen. Ganz entsprechend ist die Kurve des zentrifugalen Verkehrs von Manhattan, die um 7 Uhr abends mit zirka 10 200 Passagieren pro Stunde wieder ihr Maximum erreichte. In London betrug die Zahl der lokalen Eisenbahnzüge, die an Endstationen ankamen, während der Zeit von

12—4 Uhr vormittags		64	12—4 Uhr nachmittags		826
4—8 „	„	467	4—8 „	„	956
8—12 „	„	1229	8—12 „	„	717

Der großstädtische Verkehr nimmt nicht nur absolut, sondern auch relativ, d. h. schneller als die Bevölkerung zu. Es geht das deutlich aus folgender Tabelle hervor:

---

[1]) Vgl. hierzu und zu den folgenden den Londoner Verkehr betreffenden Zahlenangaben: Journal of the Royal Statistical Society (Juni 1904).

Es entfielen pro Kopf der Londoner Bevölkerung innerhalb Greater London

im Jahre	Reisen	Bevölkerung in Millionen	im Jahre	Reisen	Bevölkerung in Millionen
1867	22,7	3,6	1896	111,3	6,1
1870	26,8	3,8	1897	116,8	6,2
1875	36,8	4,2	1898	118,9	6,3
1880	54,8	4,8	1899	119,6	6,4
1885	72,7	5,1	1900	126,3	6,5
1890	91,5	5,5	1901	128,7	6,6
1895	163,9	6,0	1902	136,0	6,7

Aus dieser Tabelle ergibt sich, daß von 1867 bis 1902 die Bevölkerung von Greater London um 86 Prozent zunahm, während sich dagegen der Verkehr um nicht weniger als 499 Prozent steigerte. Das gewaltige Anwachsen des Verkehrs innerhalb des Hauptteils von New York, der Manhattaninsel, geht daraus hervor, daß im Jahre 1860 auf einen Bewohner 47, 1880 bereits 182 und 1900 sogar 388 Fahrten kamen. Die öffentlichen Verkehrsmittel Berlins — ohne Droschken — beförderten 1906 nahezu 754½ Millionen Menschen, oder nicht viel weniger als die preußisch-hessische Staatseisenbahn innerhalb derselben Zeit. Von diesen entfielen auf die Stadt- und Ringbahn 138½ Millionen, auf die elektrische Straßenbahn, Hoch- und Untergrundbahn 481 Millionen und auf die Omnibusgesellschaft 135 Millionen Personen (nach Hassert).

Es ist keine leichte Aufgabe, diese gewaltigen Menschenmassen rasch und sicher innerhalb der Stadt und von der Stadt nach den Vororten zu befördern; ohne die glänzenden technischen Fortschritte, die auf dem Gebiete des Lokalverkehrswesens in den letzten Jahrzehnten gemacht wurden, würde es eine Unmöglichkeit sein. Noch ist es kein Jahrhundert her, seitdem Lafitte in Paris den ersten Omnibus laufen ließ (1819), und die erste Pferdeeisenbahn wurde in Deutschland sogar erst 1865 erbaut zwecks besserer Verbindung Berlins mit Charlottenburg. 1879 wurde in Berlin bei Gelegenheit der Gewerbeausstellung zum erstenmale eine kleine elektrische Bahn durch Werner von Siemens vorgeführt, auf dessen Betreiben ist denn auch — zunächst mehr zu Versuchszwecken — die älteste aller elektrischen Straßenbahnen in Großlichterfelde erbaut und bereits am 16. Mai dem allge-

meinen Personenverkehr übergeben worden. Heute wird in Deutschland wie im Auslande weitaus der größte Teil des großstädtischen lokalen Verkehrs durch elektrische Bahnen bewältigt. Eine Zeitlang schien es, als wenn dem Motoromnibus eine größere Zukunft als großstädtisches Verkehrsinstrument beschieden sein würde, besonders in London fand der Kraftwagen als Omnibus vielfach Verwendung; das Londoner Publikum fand freilich recht wenig Freude daran. Allgemein ging das Urteil dahin, daß der Vorteil der Beschleunigung des großstädtischen Verkehrs durch diese Gefährte nicht groß genug sei, um ihre Untugenden dafür in den Kauf zu nehmen, „wir raten," so schrieb die englische Zeitschrift Lancet, „dem Motoringenieur etwas besseres ausfindig zu machen, als ihm bisher gelungen ist, oder seine Industrie muß notwendig eine Katastrophe erleiden, und wenn der Ingenieur nichts besseres leisten kann als die gegenwärtigen Beispiele seiner Konstruktion, dann hoffen wir, daß die Gesetze, die zum Schutze des Wohlbefindens und der Gesundheit der Einwohner bestimmt sind, mit aller Schleunigkeit und Strenge zur Anwendung gebracht werden."

An der Hand der Mitteilungen, die regelmäßig im statistischen Jahrbuch deutscher Städte veröffentlicht werden, gewinnt man von dem Straßenbahnwesen in den bedeutendsten Großstädten Deutschlands für das Jahr 1904 folgendes Bild:

Stadt	Länge Bahnlänge in km (Länge d. Strecken)	Anzahl der Sitz- u. Stehplätze auf d. Personenwagen	Anzahl der beförderten Personen		Summe der Betriebs-		Betriebsgewinn in Millionen
			i. ganzen in Millionen	auf 1 km	Einnahmen in Millionen	Ausgaben in Millionen	
Berlin u. Umgegend	331,66	100 565	389,2	4,24	38	24,2	13,9
Breslau	53,19	24 684	46,6	3,71	3,9	2,4	1,5
Köln	71,25	16 732	55,7	3,87	5,4	3,0	2,4
Dresden	129,57	28 116	79,8	2,96	8,9	5,6	3,3
Düsseldorf . . .	46,03	10 082	24,3	3,43	2,6	1,4	1,2
Frankfurt a. M. .	46,99	13 100	57,7	4,00	5,6	3,4	2,2
Hamburg u. a. .	170,42	32 610	136,0	3,63	14,6	8,7	5,9
Leipzig	106,82	20 558	74,7	3,31	6,9	4	2.9
München . . .	54,19	21 853	48,5	4,13	4,9	3,1	1,8

In dieser Tabelle sind nicht berücksichtigt die Stadt-, Hoch- und Untergrundbahnen, sowie die Schwebebahnen. Die Berliner Hoch- und Untergrundbahn hat bereits eine Streckenlänge von 17,84 Kilometer. 1904 beförderte sie 37 586 000 Personen, das waren $5\frac{1}{2}$ Millionen mehr als im Vorjahre. Dem lokalen Verkehr von Großberlin dient bekanntlich auch in großem Umfange die Stadt- und Ringbahn. Sie gehört mit zu dem Bedeutendsten, was auf dem Gebiete des städtischen Verkehrswesen bisher geleistet worden ist; zur Zeit ihrer Eröffnung (7. Februar 1882) war sie unstreitig eine Großtat ersten Ranges. In den 25 Jahren ihres Bestehens hat die Stadtbahn 1050 Millionen Fahrgäste befördert und zwar in den ersten fünf Jahren durchschnittlich 12 Millionen im Jahr, im zweiten Jahrzehnt jährlich 42 Millionen und im dritten Jahrzehnt 57 Millionen. Ernste Unfälle sind in dem Vierteljahrhundert überhaupt nicht auf der Bahn vorgekommen. Dem Riesenverkehr der Gegenwart ist die Bahn aber nicht mehr gewachsen. „Alles drängt auf die Einführung des elektrischen Betriebes hin," schrieb jüngst ein technischer Fachmann (Prof. W. Reichel). Er glaubt die Erhöhung der Leistungsfähigkeit in folgender Weise angeben zu dürfen:

	Jetziger Dampfbetrieb	Verbesserter Dampfbetrieb	Elektrischer Betrieb
Zugfolge	$2\frac{1}{2}$ Minute	$2\frac{1}{2}$ Minute	100 Sekunden
Anzahl der Züge stündlich	2×24	2×24	2×36
Zugstärke	10 Wagen 410 Plätze	10 Wagen 476 Plätze	4 Motorwagen 6 Vorortwagen 602 Plätze
Zuglänge	103 m	124 m	147 m
Beförderte Personen in der Stunde (ohne Überfüllung)	9840	11 400	21 600

Ähnliche Vorzüge bietet der elektrische Betrieb für die Straßenbahnen. In der Zeitschrift für Kleinbahnen wurde 1901 das Verhältnis der Betriebskosten zu den Einnahmen in Hunderten der letzteren so berechnet:

im Jahre	1898/99 %	99/00 %
für elektrischen Betrieb	38,3	40,5
„ Seilbetrieb	50,8	51,0
„ Pferdebetrieb	69,8	73,6

Man hofft, daß sich der elektrische Betrieb mit der Zeit noch wesentlich verbilligen wird.

Während im Jahre 1898 von den deutschen Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern immerhin noch zehn sich für ihre Straßenbahn ausschließlich mit Pferdebetrieb begnügten, hatte 1904 nur noch eine Stadt (Potsdam) lediglich Pferdebetrieb. Im ganzen war der Pferdebetrieb im Jahre 1904 auf 0,66 Prozent der geleisteten Wagenkilometer herabgesunken. So große Fortschritte hat der elektrische Betrieb in wenigen Jahren gemacht!

Der Omnibus spielt noch eine größere Rolle in Berlin (Länge der Linie 167,3 Kilometer), in Breslau (17,0), Dortmund (11,0), Hannover (18,0) und Metz (76,0); in Berlin wurden im Jahre 1904 an 100 Millionen Personen mit dem Omnibus befördert, in Breslau rund 5 Millionen.

Mehr für die Wohlhabenden und den Fremdenverkehr kommen die Droschken in Betracht, ihre allgemeine „soziale" Bedeutung ist daher gering. In 52 deutschen Städten mit über 50 000 Einwohnern wurden 1904 16 173 Droschken gezählt, darunter 11 500 Taxameter und 148 Motordroschken. Die Droschken verteilten sich auf im ganzen 2220 Standplätze.

Die glänzenden Fortschritte, die das städtische Verkehrswesen in den letzten Jahren gemacht hat, wollen wir nicht verkennen; aber noch längst nicht ist, soweit Dichte und Umfang des Bahnnetzes in Betracht kommt, der Vorsprung, den z. B. Nordamerika vor uns voraus hatte, eingeholt. Nach den Angaben von C. Heiß und der Zeitschrift für Kleinbahnen stelle ich umstehende Tabelle zusammen.

Beachtet werden muß dabei nun freilich, daß der Flächenraum in den Städten der Vereinigten Staaten durchweg erheblich größer ist als in Deutschland; die Frage, ob das die Folge des ausgedehnten Bahnnetzes, oder ob umgekehrt das letztere die Folge der weiträumigen Bauweise ist, mag offen bleiben. Sicher ist jedenfalls, daß ein so weiträumiges Wohnen nicht möglich

I. Amerikanische Städte.

	Bevölkerung am 1. Juni 1900.	Geleislänge km innerhalb der Stadtgrenze	auf 10000 Einw. kamen Straßenbahn km ca.
New York. . . .	3 437 202	1990,3	5,8
Chicago	1 698 575	1657,3	9,7
Philadelphia . . .	1 293 697	736,9	5,7
St. Louis	575 238	466,6	8,2
Boston	560 892	342,8	6,1
Baltimore	508 957	568,8	11,1
Cleveland	391 768	327,2	9,5
Buffalo	352 387	313,5	8,9
San Francisco . .	342 782	419,8	12,4
Cincinnati	325 902	334,7	10,1

II. Deutsche Städte.

	Bevölkerung am 1. Dezember 1900.	Geleislänge km innerhalb der Stadtgrenze	auf 10000 Einw. kamen Straßenbahn km ca.
Berlin mit Vororten	2 528 304	336,7	1,3
Hamburg-Altona .	867 245	141,7	1,6
München	499 959	47,77	1,0
Leipzig	455 089	101,69	2,2
Breslau	422 738	43,24	1,0
Dresden	395 349	106,20	2,7
Köln	572 229	54,18	1,5
Frankfurt a/M. .	288 489	33,87	1,2
Hannover mit Linden . . .	286 289	137,22	4,8
Nürnberg	261 022	26,09	1,0

ist ohne ein dichtes Lokalbahnnetz. Nicht uninteressant sind die Berichte zu lesen über die großen Mühen, die sich die amerikanischen Straßenbahngesellschaften vielfach geben um Fahrgäste anzulocken. Einige Gesellschaften geben hübsch ausgestattete Reklamehefte heraus, in denen die Vorzüge der Stadtumgebung in Wort und Bild geschildert werden, und da, wo die Umgebung der Städte natürlicher Reize entbehrt, schaffen die Ge-

ſellſchaften ſelbſt großartige Vergnügungsgärten (Street Railways Parks) mit Konzerträumen, Theater, Schlitt- und Rollſchuhbahn uſw.

Dichte und Umfang des Bahnnetzes bedeuten nun an und für ſich noch recht wenig; es kommt darauf an, wie dieſes Bahnnetz benutzt werden kann. Dabei ſcheint mir dreierlei zu berückſichtigen zu ſein: *Anzahl der Stationen, Häufigkeit der Fahrten, Geſchwindigkeit der Fahrten*; die Bedeutung dieſer Faktoren wird etwas verſchieden ſein, je nachdem es ſich handelt, um *Gelegenheitsverkehr* oder um *Arbeitsſtättenverkehr*.

Für den ſtädtiſchen Gelegenheitsverkehr tritt die Fahrgeſchwindigkeit an Bedeutung zurück. Man benutzt die Fahrgelegenheit mehr, um ſich nicht zu ſehr zu ermüden, um ſich nicht als Fußgänger mühſam einen Weg durch das Gewühl zu bahnen, als um erheblich raſcher vorwärts zu kommen. Dagegen ſind andererſeits möglichſt viele Stationen, ebenſo wie in kurzen Friſten auf einander folgende Fahrten erwünſcht; man will möglichſt überall und ohne länger als einige Minuten zu warten, ein und ausſteigen können.

Bei dem Arbeitsſtättenverkehr tritt hingegen die Geſchwindigkeit der Fahrt in den Vordergrund; *er muß entweder Schnellverkehr ſein oder er wird überhaupt bedeutungslos bleiben*. Der gewaltige Andrang von Fahrgäſten morgens unmittelbar vor Arbeitsbeginn und abends nach Fabrik- und Geſchäftsſchluß fordert natürlich zugleich ein möglichſt raſches Aufeinanderfolgen der einzelnen Wagen und Züge.

Etwas ſchwieriger iſt die Frage nach der Zahl der Halteſtellen zu beantworten. Das Ideal wäre ja gewiß, daß wenigſtens jede größere Anſiedelung von Arbeitern durch Schnellzüge mit den Arbeitsſtätten verbunden wäre, die auf der Zwiſchenſtrecke nur ſelten halten. Tatſächlich liegen ja bekanntlich die Verhältniſſe umgekehrt, die ſogenannten Arbeiterzüge ſind durchweg Bummelzüge, die möglichſt überall da halten, wo ſie überhaupt nur halten können. Da ſie zudem auch noch meiſt außerordentlich überfüllt ſind, kann man es wohl begreifen, daß bei uns mancher für das Vergnügen dankt, mit ſolchen Zügen und Wagen zur Arbeitsſtätte befördert zu werden. Vermehrung der Fahrgelegenheit und der Wagenanzahl bei gleichbleibender Länge der Geleiſe würde nur Erhöhung der Verkehrsunſicherheit und Herabminderung der durchſchnittlichen Geſchwindigkeit im Ge-

folge haben. Abhilfe kann also nur nach Vermehrung der Geleise geschaffen werden; da diese Geleise aber nur während weniger Stunden im Tage voll ausgenutzt werden, so werden sich Privatgesellschaften wohl kaum dazu verstehen; um so weniger, weil in der Regel das Maximum in zentripetaler Richtung mit dem Minimum in zentrifugaler Richtung zusammenfällt und umgekehrt, was zur Folge hat, daß die Wagen nur auf der Hin- bezw. Rückreise besetzt sind.

Weil die Zeit des Arbeitsbeginnes und des Arbeitsschlusses in den einzelnen Betrieben außerordentlich verschieden ist, wäre es gewiß sehr wünschenswert, wenn diejenigen, die in gleichen Branchen beschäftigt sind, sich möglichst in denselben Gegenden ansiedelten. So wurde durch eine Enquete des Frankfurter Gewerkschaftskartells über die Benutzung der Straßenbahn durch Arbeiter (1903) festgestellt, das ca. 50% der beteiligten Arbeiter von 6 Uhr und früher bis herab auf 4 Uhr Arbeitsschluß hatten, während andere, wie Schneider, Schuhmacher, Ladenangestellte, sehr viel später ihre Arbeit verlassen. Ähnliche Unterschiede bestehen für den Arbeitsbeginn. Würden nun diejenigen, die ziemlich zu derselben Zeit mit der Arbeit beginnen bezw. aufhören, wenigstens zum überwiegenden Teile in denselben Stadtgegenden wohnen, so könnten die Züge, welche Arbeitsstätte und Wohnung mit einander verbinden, schneller ihr Ziel erreichen, weil sie weniger häufig zu halten brauchten und mit einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Zügen könnte das erreicht werden, was bei regellosem Durcheinanderwohnen der verschiedenen Gruppen der fern von der Arbeitsstätte Wohnenden nur bei einer erheblich größeren Zahl von Zügen und infolge dessen mit weit größerem Kostenaufwande zu erreichen möglich wäre. Daß schon heute eine derartige Tendenz unter der Arbeiterbevölkerung zu bemerken ist, mögen einige Angaben aus einer 1897 erschienenen amtlichen Denkschrift des Londoner Grafschaftsrates illustrieren. Die Londoner Arbeiterbevölkerung, die auf Benutzung der Arbeiterzüge angewiesen ist, verteilt sich im ganzen ziemlich gleichmäßig auf die Londoner Stadtgegenden. Es wohnten im Osten 22,9%, im Norden 22,3%, im Westen und in der Mitte 20,7%, im Süden 34,1%. Die Gleichmäßigkeit ändert sich erheblich bei den verschiedenen Spezialgruppen:

Arbeitszweig	Beschäftigte Arbeiter	Davon wohnten % im				Zeit des Arbeitsanfanges Uhr
		Osten	Norden	Westen und Zentrum	Süden	
Frauenschneider und Putzmacherinnen .	59 668	11,5	32,4	26,2	30,1	8
Bauhandwerker . .	102 784	12,1	24,8	25,5	37,7	8
Drucker usw. . . .	38 270	14,7	24,5	18,9	41,9	7
Metallarbeiter . .	44 234	22,7	15,6	14,6	47,1	6
Lagerarbeiter . . .	13 925	19,5	18,0	11,9	50,6	6—8½
Holzarbeiter . . .	56 909	32,8	26,5	16,6	24,1	8
Schneider	42 216	41,8	17,1	24,8	16,3	8½
Tabakarbeiter . . .	7 508	47,1	14,1	16,0	22,8	9
Dock- u. Werftarbeiter	14 562	60,5	1,9	2,1	35,5	6

Der Bericht gibt detaillierte Angaben darüber, wie sich die einzelnen Berufskategorien auf das Nachbargebiet der einzelnen Londoner Bahnhöfe verteilen; es würde zu weit führen, hier ausführlicher darüber zu berichten. Es mag genügen zu konstatieren, daß auch hier sich wieder als Resultat ein offenbares Bestreben der Angehörigen derselben Berufszweige, sich möglichst in denselben Gegenden anzusiedeln, ergibt. Daß das in den Großstädten nicht nur für die Verkehrsorganisation, sondern auch für eine Reihe von anderen sozialen Problemen von Bedeutung ist, braucht kaum hervorgehoben zu werden; ich erinnere nur an die Aufgaben des Arbeitsnachweises, Gewerkvereinsbewegung, Kontrolle der Arbeitslosen, Armenfürsorge, Unterrichtsveranstaltungen usw.

Bei der sozialpolitischen Würdigung der städtischen Verkehrsmittel kommt neben dem Aufwand an Zeit der Aufwand an Geld in Betracht, den die Benutzung der Verkehrsmittel erfordert. Für den städtischen Gelegenheitsverkehr sind zwecks Beantwortung der sich dabei ergebenden Fragen vorwiegend die allgemeinen Tarifsätze heranzuziehen. Für den Arbeitsverkehr vorwiegend die Sondertarife (Abonnements und Arbeiterkarten).

Bei dem allgemeinen Tarif (auch Einzeltarif genannt) handelt es sich in der Hauptsache entweder um Einheits- oder

um Teilstreckentarif. Unter ersterem sind diejenigen Tarife zu verstehen, bei denen der Fahrpreis einheitlich ohne Rücksicht auf Länge der Strecke und zwar in Deutschland durchweg zu 10 Pfg. festgesetzt ist. Beim Teilstreckentarif wird dagegen, wie schon der Name sagt, bei Bemessung des Fahrpreises, die Länge der zu durchfahrenden Strecken berücksichtigt, sei es, daß als Bemessungsgrundlage die absolute Entfernung nach dem Längemaß oder ein System von Zonen zu Grunde gelegt wird. Wer sich über die technische und wirtschaftliche Bedeutung der einzelnen Tarifarten näher unterrichten will, greife zu dem Buche von Lothar Weiß über „die Tarife der deutschen Straßenbahnen". Hier müssen einige Bemerkungen genügen. Der Einheitstarif von 10 Pfg. scheint sozialpolitisch der wünschenswerteste zu sein, wenn er auch vom privatwirtschaftlichen Interessenstandpunkte der Bahngesellschaften in manchen Fällen deshalb beklagt wird, weil er zu einer Reduzierung der in der Regel recht erheblichen Dividende führen kann. Die große Berliner Straßenbahn führte mit der Elektrisierung ihrer Linieu allmählig überall den 10 Pfennigtarif ein, was im Betriebsjahre 1901 völlig durchgeführt war; die Veränderungen, die der neue Tarif für das Geschäftsresultat mit sich brachte, sind, unter Benutzung der von Weiß gemachten Angaben auf der folgenden Tabelle dargestellt:

1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902
Einnahme für Fahrscheine zu 10 Pf. in % der Gesamteinnahme						
71,81	78,46	79,01	80,78	84,53	99,95	100,—
Einnahme pro Person in Pf.						
11,00	10,64	10,61	10,48	10,38	9,39	9,22
Einnahme in Pf. pro Wagen · km						
53,13	50,80	49,28	49,29	40,32	41,22	41,05

Im Vergleich zum betreffenden Vorjahre wurden mehr in %.

	1900	1901	1902
befördert	9,56	19,68	4,24
vereinnahmt	8,82	8,16	2,45

Von besonderem Interesse sind die Sondertarife, die teils allgemein für das große Publikum, das häufiger von der Fahr-

gelegenheit Gebrauch macht, aufgestellt sind (Abonnementskarten), teils aber nur für bestimmte Klassen von Fahrgästen (Arbeiter, Schüler und dergl.) gelten. Weiß teilt mit, daß der Abonnent pro Streckenkilometer zu zahlen hat, wenn er eine Jahreskarte löst, auf der Hamburger Straßenbahn 1,07 Pfennig, auf der städtischen Straßenbahn Frankfurt a/M. 3,63, in Mainz 7,65, in Trier 14,54, in Heidelberg 16,78 Pfennig! Die so außerordentlich großen Unterschiede zeigen deutlich, wie wenig man sich bis jetzt über einheitliche Gesichtspunkte, bei Aufstellung der Tarife geeinigt hat. Die Einnahmen aus Abonnements beliefen sich in Prozenten der gesamten Betriebseinnahmen im Jahre 1902: bei der großen Berliner Straßenbahn auf 12,65%, bei der Breslauer Straßenbahn auf 12,06%, bei der städtischen Straßenbahn in Köln auf 17,7%, bei der Hamburger Straßenbahn auf 8,78%, bei der großen Leipziger Straßenbahn auf 4,84%; also auch hier eine so große Verschiedenheit, daß man irgendwelche allgemein gültige Schlüsse aus diesen Zahlen nicht ziehen kann.

Für den Arbeiter hat man bei einer verhältnismäßig sehr geringen Anzahl von Straßenbahnen besonders billige Sondertarife aufgestellt, nach denen der Arbeiter zum Teil sogar unter den Selbstkosten befördert wird; während die Ermäßigung bei der großen Berliner Straßenbahn nur 16 $^2/_3$ % betrug, belief sie sich in Straßburg auf 60—70%.

Auch die Staatseisenbahnen könnten erheblich mehr zur Förderung des großstädtischen Verkehrs, namentlich des Arbeitsstättenverkehrs, durch möglichst billige Vorortstarife tun; als Muster können hier, wie schon angedeutet wurde, die belgischen Verhältnisse dienen.

Sehr wenig Wert scheint es mir zu haben, wenn dem Arbeiter nur einmal in der Woche ermöglicht wird, zu seiner außerhalb der Stadt wohnenden Familie zu fahren; abgesehen von manchen anderen Bedenken, spricht dagegen vor allem der Umstand, daß das dadurch notwendig werdende Zweihaushaltungssystem in der Regel zu teuer sein dürfte; anderseits wird man sich damit begnügen müssen, daß es dem Arbeiter ermöglicht wird, täglich nur einmal möglichst billig und möglichst schnell den Weg von seinem Hause bis zur Arbeitsstätte hin und zurück zu machen; daraus ergibt sich die weitere Forderung, daß bei dem Ausbau des lokalen Verkehrswesens gleich-

zeitig für die Lieferung eines guten und billigen Mittagessens für die in der Stadt arbeitende und außer der Stadt wohnende Bevölkerung gesorgt werden muß.

Es bedarf gewiß keiner weiteren Ausführungen, um die große Bedeutung der Verkehrspolitik in der modernen Großstadt in das rechte Licht zu setzen, der man freilich bis jetzt weder theoretisch noch praktisch die Aufmerksamkeit geschenkt hat, die sie verdient.

Hier, wo von Verkehrspolitik der Städte die Rede ist, mag darauf hingewiesen werden, daß im Jahre 1673 im sächsischen Landtage lebhaft darüber geklagt wurde, daß es noch in aller Erinnerung sei, wie in Leipzig keine Karrete (zum Personentransport dienender Wagen) gebräuchlich gewesen war, jetzt dagegen sei wegen der vielen Karreten und mutigen Pferde beim Gottesdienst und bei der Messe in den Gassen fast nicht fortzukommen. Deshalb verbot der Leipziger Rat wiederholt 1680 und 1698 „alle Karreten in der Stadt herum zu Hochzeiten, Leichen und zur Kirche".[1])

Heute kann man vielleicht zwischen einer indirekten und einer direkten städtischen Verkehrspolitik unterscheiden. Von indirekter Verkehrspolitik möchte ich dann sprechen, wenn die Stadtverwaltung die Straßenbahn und Verkehrsmittel nicht selbst verwaltet, aber doch bei der Konzession einen entscheidenden Einfluß auf die private Verwaltung der Unternehmer sich sichert. So ist z. B. im Konzessionsvertrage der großen Leipziger Straßenbahn u. a. folgendes bestimmt: Die Konzessionärin hat ihre ganze elektrische Straßenbahnanlage immer in bestem Zustande zu erhalten, so daß alle dazu gehörigen Gegenstände jederzeit den höchsten Anforderungen der Technik entsprechen.... Über die Aufstellung der Fahrpläne, der Fahrgeschwindigkeit, die Nummerierung der Wagen, die Höhe und Erhebung des Fahrgeldes, die Bezeichnung der Linien an den Wagen, die Uniformierung, die Abzeichen und Bezeichnungen der Beamten, über die Anforderungen, die in Bezug auf die Befähigung der Beamten zu stellen sind usw., behält sich der Rat der Stadt vor teils in Form einer besonderen Betriebsordnung, teils in Einzelerlassen oder Bekanntmachungen, die jeweilig notwendigen Be-

[1]) Nach Sternberg: Das Verkehrsgewerbe. Leipzig 1905.

ſtimmungen zu treffen, denen ſich die Konzeſſionärin im Voraus unterwirft. ... Die von der Konzeſſionärin für die von ihr übernommenen Verpflichtungen und Leiſtungen bei dem Rat der Stadt zu hinterlegende Sicherheit iſt auf 200 000 Mk. feſtgeſetzt. Intereſſant iſt eine Klauſel in dem Vertrag, den die Würzburger Straßenbahn mit der Stadt abgeſchloſſen hat; danach iſt die Geſellſchaft verpflichtet, auf Verlangen der Stadt im Bedürfnisfalle, worüber im Streitfall ein Schiedsgericht entſcheidet, während der erſten 35 Jahre der Konzeſſionsdauer den Bau weiterer Linien auszuführen. Iſt ein ſolches Bedürfnis feſtgeſtellt, ſo muß die Inbetriebſetzung der neuen Linie innerhalb neun Monaten vom Tage der Aufforderung an geſchehen.

Eine Beteiligung an dem Gewinn der privaten Straßenbahn haben ſich die meiſten Stadtverwaltungen geſichert. Die Gemeinde Berlin erhebt z. B. von der großen Berliner Straßenbahn als Entgelt 8 Prozent von der Bruttoeinnahme. In den Jahren, in welchen der verteilbare Reinertrag des Unternehmens 12 Prozent überſteigt, fällt die Hälfte als Gewinnanteil an die Stadt, aber nur von dem zur Zeit des Vertragsabſchluſſes vorhanden geweſenen Aktienkapital von 22 873 000 Mk. Falls die Geſellſchaft ihr Aktienkapital erhöht, iſt der erhöhte Betrag vorweg mit 6 Prozent zu verzinſen.

So günſtig und weitblickend dieſe Konzeſſionsverträge aber auch immerhin abgefaßt ſein mögen, ſie können unter keinen Umſtänden die Vorteile der in das Eigentum und den Betrieb der Stadt übergeführten Straßenbahnen in ſich ſchließen. Nur dann, wenn die Straßenbahnen ſich in ſtädtiſcher Verwaltung befinden, können die richtigen Konſequenzen aus dem Satze gezogen werden, daß die Wohnungsfrage in der Hauptſache eine Verkehrsfrage ſei; die Stadt vermag aus den Straßenbahnen eine Wohlfahrtseinrichtung zu machen, ſie kann wirklich Sozialpolitik treiben bei Aufſtellung der Tarife. Sie wird in der Lage ſein, nicht nur den vorhandenen Verkehr auszunützen, ſondern neue Verkehrsbedürfniſſe durch Erſchließung reichlichen und daher billigen Baulandes zu ſchaffen; die Kommune kann endlich für die Straßenbahnangeſtellten beſſer ſorgen als ein dividendenlüſternes Privatunternehmen. Sie kann das alles, wenigſtens dann, wenn die Stadtverwaltungen nicht nur Geſchäfte machen wollen, ſondern auch den Ehrgeiz haben, ſich durch ſozialpolitiſche Leiſtungen nützlich zu machen.

Fr. Naumann verlangt Unentgeltlichkeit der lokalen Personenbeförderung. Ich glaube nicht, daß das in absehbarer Zeit möglich ist, und ich meine, daß es auch, im allgemeinen gefordert, nicht einmal wünschenswert ist. Der städtische Gelegenheitsverkehr wenigstens stellt zum guten Teile einen Luxus dar, der nicht unentgeltlich geboten zu werden braucht.

Anders sieht es mit dem Arbeitsstättenverkehr aus, da wäre allerdings Unentgeltlichkeit anzustreben und meines Erachtens wohl auch schließlich zu erlangen. Denkbar wäre es, daß ein Teil der Kosten nicht von dem direkten Konsumenten, sondern von den „Anliegern" gedeckt würde. Es ist sicher, daß die Grundstücke in unmittelbarer Nähe der Straßenbahn eine höhere Wertsteigerung aufweisen als an den Straßen und Plätzen ohne Straßenbahn. So betrug der Wertzuwachs der an den Straßenbahnen liegenden Grundstücke der inneren Altstadt Dresdens nach Großmann 17 Prozent für das Jahr, die der anderen nur 11 Prozent! Ich zweifle nicht daran, daß überall festzustellen sein wird, daß diejenigen Grundstücke, die in der Nähe einer Straßenbahn liegen, ceteris paribus auch nicht unerheblich höhere Mietserträge erzielen. Prinzipiell sind also derartige Straßenbahngaben durchaus berechtigt. Praktisch sind die Schwierigkeiten gewiß nicht größer als die etwa mit der Wertzuwachssteuer verbundenen Schwierigkeiten.

So könnte man dann also hinsichtlich der Verwaltung der städtischen Verkehrsmittel insbesondere der Straßenbahnen die Forderungen aufstellen: Kommunalisierung, erhebliche Ermäßigung, wenn nicht gar Unentgeltlichkeit für den regelmäßigen Arbeitsstättenverkehr, Erhebung von Abgaben von den durch die Bahn besonders bevorzugten Grundstücksbesitzern. Was uns die technische Ausgestaltung der Verkehrsorganisation in der Zukunft noch bringen mag, bleibt abzuwarten; Techniker, wie Bill Archer und Stübben, glauben daran, daß sich schließlich eine Teilung vollziehen werde in der Weise, daß der Bahnverkehr unterirdisch, der Wagenverkehr in Erdgeschoßhöhe und der Fußverkehr auf Bürgersteigen in der Höhe des ersten Stockwerkes der Häuser stattfindet. Daß letzteres nicht so ganz unmöglich ist, beweist die Tatsache, daß in der englischen Stadt Chester noch aus dem Mittelalter die Einrichtung besteht, daß die Fußgänger sowohl

in Straßenhöhe als in Höhe des ersten Obergeschosses in Hallengängen verkehren können (Hassert).

Manche Fachmänner prophezeien auch dem System der elektrischen Schwebebahn nach dem Vorbilde der im Betriebe stehenden Schwebebahn in Elberfeld eine größere Zukunft. So wird beispielsweise in Berlin schon seit längerer Zeit eine Schwebebahn projektiert, die vom Gesundbrunnen über den Alexanderplatz nach Rixdorf führen soll. Man erwartet von der Ausführung des Projektes, daß dadurch dem Publikum „ein noch billigerer Tarif, eine größere Fahrgeschwindigkeit, sowie eine häufigere Zugfolge als bei dem System der Stadtbahn geboten werden könne" (Kollmann).

Auf dem Gebiete des Verkehrswesens ebenso wie auf dem Gebiete des Wohnungswesens sind die Fortschritte unserer Techniker mit noch größerem Interesse zu verfolgen als die zahllosen Vorschläge der Politiker und Gesetzgeber. Ich möchte mir da ein Wort zu eigen machen, das in einer Schrift des vor einigen Jahren verstorbenen Berliner Nationalökonomen R. Th. Reinhold zu finden ist („Der Weg des Geistes in dem Gewerbe" 1901): „Es wird nach unserer Überzeugung nicht gelingen, das moderne Wohnungsproblem mit der Gesetzgebung zu beseitigen. Die Rechtsordnung ist dieser Erscheinung gegenüber fast völlig ohnmächtig . . . das Problem der Wohnungsnot ist vor allem technisch zu lösen."

Vor einigen Jahren erschien im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten ein Buch, in dem der Autor schilderte, wie es in den Großstädten der Zukunft aussehen werde. Der Verfasser rechnet mit Städten, in denen sich 10—15 Millionen und mehr Einwohner zusammendrängen, in denen, da der Raum auf und über der Erde längst zu knapp geworden ist, nur noch die Reichen ein Leben im natürlichen Licht des Tages führen, während die Proletarier und ihre Familien in tief unter der Erde eingegrabenen Zellen hausen.

Wenn eine solche Utopie auch sozialökonomisch möglich wäre, die Technik würde uns doch vor einer solchen Wirklichkeit bewahren.

* * *

Mit einigen Worten muß hier die Agitation für Dezentralisation der großstädtischen Bevölkerung Erwähnung fin-

den, die man mit dem Namen „Gartenstadtbewegung“ bezeichnet, deren Programm man so zusammenfassen kann: Gartenmäßige, von der Stadt abgetrennte Ansiedlungen auf billigem Boden, dessen Preis den landwirtschaftlichen Nutzungswert nicht oder wenig übertrifft; genossenschaftliches Bodeneigentum, Planmäßigkeit und Größenbeschränkung der neuen Ansiedlung, hygienische und ästhetische Gestaltung desselben; Selbsthilfe; im Endziel schließlich Aufteilung des Landes in Gartenstädte, also wirkliche Dezentralisation der Großstädte (J. Stübben).

Die „Gartenstädtler“ glauben ihr Ziel erreichen zu können entweder durch Schaffen neuer Vorstädte, die in Verbindung bleiben mit einer Großstadt, oder dadurch, daß sie für sich existierende, mehr isolierte neue Orte gründen, wohin ein Teil der Großstadtbevölkerung ausziehen soll, „mitsamt seiner gewerblichen und sonstigen Beschäftigung, mit Hausstand, den Vergnügungsstätten, Schulen, Kirchen, Verkaufsläden, mit Wasserzufuhr, Beleuchtung, Kraftwerken usw.“ Eine solche völlige Ablösung von der Großstadt wird für absehbare Zeiten eine Utopie bleiben; auch unter den günstigsten Verhältnissen würde die Gartenstadt als Klein- oder Mittelstadt der verlassenen Großstadt technisch und wirtschaftlich nicht gewachsen sein; immer von neuem muß man sich klar machen, daß die Großstädte nicht dem Willen einiger spekulierender Individuen ihre Existenz verdanken, sondern der eisernen Notwendigkeit unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Möglich wäre es vielleicht, daß die eine oder andere Gründung Erfolg hätte, etwa dadurch, daß man sie, wie vorgeschlagen wurde, zum Mittelpunkte nationaler Festspiele, dramatischer, musikalischer, gymnastischer Musteraufführungen machte — der Erfolg würde doch sicher nur ein Ausnahmeerfolg sein, für die Lösung des Großstadtproblems würde er nicht viel mehr bedeuten als der Eimer Wasser, den man aus dem Meere schöpft für die Entleerung des Ozeans.

Anders verhält es sich mit dem Plane, Gartenstädte als Vororte zu Großstädten zu gründen; Schwierigkeiten ergeben sich gewiß auch dabei, aber sie sind zu überwinden. Es scheint, daß man in England, dem Ursprungsland der Bewegung, mehr an die Errichtung von Gartenvorstädten als an die Schaffung selbständiger Gartenstädte denkt. Der Präsident der Gesellschaft, die die Gartenvorstadt Hampstead schuf, äußerte sich kürzlich so: Wir wollen vor allem schöne und gesunde Wohnungen mit

Gärten und freien Plätzen ſchaffen, wo Arbeiter und Angeſtellte, die in London beſchäftigt ſind, leben können und wohin ſie für einen Fahrpreis von 2 d (15 Pfennige) von jedem Viertel der Großſtadt gelangen können. Wir wollen ferner einen wohldurchgearbeiteten Bebauungsplan für das Gebiet, ſo daß bei der Lage eines jeden Hauſes auf die anderen Häuſer Rückſicht genommen wird. In Hampſtead ſollen die ſchönen Ausſichten allen zugänglich gemacht werden, ſo daß ein jeder einen gewiſſen Anteil daran hat. Der Bebauungsplan, nach dem die Anlage begonnen wird, ſoll während der Dauer der Entwicklung ſtreng beibehalten werden, ſo daß es nicht vorkommen kann, daß Häuſer aufs Geradewohl angelegt, daß Ausſichten verbaut werden und offene Plätze für Teile der kleinen Gemeinde nicht zugänglich ſind . . . Unſer Plan iſt es, eine Gemeinde zu ſchaffen, in der, wie es natürlich und richtig iſt, alle Klaſſen vertreten ſind . . .

Hoffen wir, daß in dieſem Sinne auch in Deutſchland bald Experimente angeſtellt werden, die zur Nachahmung anſpornen.

Fünfter Abschnitt.

Arbeitslosigkeit.

Heute wird wohl kaum noch von ernst zu nehmender Seite bestritten, daß die Arbeitslöhne wesentlich gestiegen sind und daß das Durchschnittseinkommen der unteren Klassen erheblich größer ist als früher. Aber häufig hört man die Behauptung, daß dieser Aufschwung doch all zu teuer erkauft sei mit einer Unbeständigkeit in den Einnahmen wie sie frühere Zeiten nicht gekannt hätten. Dem hohen Verdienst stehe als traurige Kehrseite gegenüber die Arbeitslosigkeit mehr oder minder zahlreicher Menschenmassen. Sicher ist jedenfalls, daß heute nächst der Wohnungsfrage das Problem der Arbeitslosigkeit am meisten im Vordergrunde des Interesses des Sozialpolitikers steht.

Was versteht der Sozialpolitiker unter Arbeitslosigkeit? Die Zahl derer, die ohne regelmäßige Beschäftigung sind, ist ja außerordentlich groß, aber für sehr viele von diesen brauchen wir nicht zu sorgen. Arbeitslos im Sinne der Sozialökonomik ist derjenige nicht, der nicht zu arbeiten braucht, weil er auch ohne Arbeit leben kann, ebensowenig gehört zu den Arbeitslosen derjenige, der arbeitsunfähig ist, der nicht die körperliche oder geistige Kraft hat, um zu arbeiten. Auch den nennt der Sozialpolitiker nicht arbeitslos, der etwa als Krämer oder Kaufmann über mangelnde Kundschaft klagt und auch nicht den Arzt, der über das Ausbleiben von Patienten ungeduldig wird. Unter Arbeitslosen verstehen wir hier nur die Arbeiter und Angestellte, die sowohl den guten Willen als auch die nötige Kraft haben, ihr und ihrer Familie Leben durch Arbeit zu fristen, die aber wegen ungenügenden Angebots von Arbeitsgelegenheit ihr Ziel nicht erreichen können, wenigstens nicht innerhalb der Grenzen, die ihnen gezogen sind einmal durch die bisherige Beschäftigung und dann auch durch andere Verhältnisse, in denen sie bis dahin

lebten; z. B. der Feinmechaniker, der Arbeit finden kann als Straßenfeger, wird, wenn er diese Arbeitsgelegenheit ablehnt, deshalb nicht etwa in die Kategorie der Arbeitsscheuen zu verweisen sein, und ebensowenig der Arbeiter, der etwa in Köln keine Arbeit finden kann, wohl aber vielleicht in Berlin, wenn gewichtige Gründe persönlicher Art — z. B. Rücksicht auf seine Familie — ihn hindern, den Umzug von Köln nach Berlin zu bewerkstelligen, wie denn überhaupt die Frage, ob jemand arbeitslos, oder arbeitsscheu, oder arbeitsunfähig ist, außerordentlich schwer zu beantworten ist. Man wird sie nicht allgemein beantworten können, sondern nur immer von Fall zu Fall; da haben wir gleich einen Hauptgrund — ich komme später darauf zurück —, warum das Arbeitslosenproblem so schwer zu lösen ist.

In mehrfacher Hinsicht ist das Arbeitslosenproblem ganz besonders ein Großstadtproblem, zunächst wieder deshalb, weil der großstädtische Arbeitswillige es ganz besonders schmerzlich empfindet, wenn er vergebens nach Arbeit Umschau hält. Der großstädtische Arbeiter fühlt sich ja so ganz als moderner Arbeiter und als solcher hat er mit Recht ganz andere Ansprüche, ganz andere Ideen, er ist, man kann das sagen, ein ganz anderer Typus Mensch als der Arbeiter vor 50 und mehr Jahren. Warum das? Unter den vielen Fortschritten, die das 19. Jahrhundert gebracht hat, ist vielleicht der erfreulichste die Tatsache, daß heute die Arbeit eine viel höhere Wertschätzung findet als vor dem Beginn der technischen und sozialen Umwälzung. Einst galt ein süßes Nichtstun als das höchste Lebensglück. Der Patrizier im alten Rom, ebenso der Grandseigneur in neuerer Zeit bis vor wenigen Jahrzehnten, die hätten sich beinahe schämen müssen, wenn sie wirklich ernstlich hätten arbeiten wollen, wenn sie die Arbeit als etwas mehr betrachtet hätten wie eine Laune oder ein Spiel. Demgegenüber steht heute aber die Arbeit außerordentlich geachtet da. Der Müßiggänger — mag er auch auf der ersten Stufe des gesellschaftlichen Lebens stehen — ist mit dem Makel sittlicher Minderwertigkeit behaftet. Die Arbeit hat, wie man wohl sagt, im Laufe des 19. Jahrhunderts ihren Adelsbrief erhalten. Kunst und Poesie wetteifern darin, die Arbeit zu verherrlichen. So wie in neuerer Zeit etwa Segantini, Millet, Courbet, Meunier, Menzel in ihrem künstlerischen Schaffen die Arbeit darstellen, so schön hätte wohl ein Maler oder Künstler eines verflossenen Jahrhunderts die Arbeit kaum darzustellen

gewagt, er würde wenigstens nicht verstanden worden sein von seinen Zeitgenossen. Man tut nicht Unrecht, wenn man das 19. Jahrhundert das „Jahrhundert der Arbeit" nennt. Die Arbeiter werden in den Großstädten in diesen modernen Geist hineingeführt. Man sagt ihnen, daß sie nicht mehr unter, sondern über dem müßig daherschlendernden Reichen stehen, und dazu kommt, der moderne Arbeiter ist anders geworden, weil er unter dem Rufe „Freiheit und Gleichheit" politisch mit Gaben bedacht worden ist, die dank der Macht der großen Zahl fast zu Vorrechten geworden sind; damit hängt wieder die Tatsache zusammen, daß das im Laufe des 19. Jahrhunderts angeblich erwachte „soziale Gewissen" die Arbeiter — wenigstens da, wo sie sich als „Massenerscheinungen" geltend machen, — zuweilen in eine Lage bringt, ähnlich derjenigen, in der das Lieblingskind einer all zu ängstlich besorgten Mutter sich befindet.

Auch der industrielle Arbeiter ist — mit stolzer Freude können wir das konstatieren — höher und höher aufgestiegen auf der Stufenleiter der sozialen Kultur. Aber je höher man steigt, um so größer ist der Fall, um so schmerzlicher wird der Fall empfunden. Viel schmerzlicher als der Landarbeiter im fernen Osten, der stumpfsinnig in den Tag hineinlebt und dem es einerlei ist, ob er sein tägliches Brot sich erarbeitet oder erbettelt, viel schmerzlicher empfindet es der großstädtische moderne Arbeiter, wenn er sich vergebens um Arbeit bemüht, seinen Arbeitswillen und seine Arbeitskraft nicht betätigen kann. Sein Schmerz vermehrt sich, wenn er sieht, wie das großstädtische Volk nicht Zeit und Geduld hat, sich mit der Lage des einzelnen zu beschäftigen und daher den Arbeitslosen über die Achsel anschaut und kaum einen Unterschied zu machen versteht zwischen dem ehrlich Arbeitsuchenden und dem arbeitsscheuen Gesindel. Was Wunder, daß sich in Zeiten der Not in der Großstadt das Heer der Arbeitslosen verbindet mit der stets so zahlreichen Schar der Arbeitsscheuen, daß sich die Erbitterung der einen mit der übergroßen Skrupellosigkeit der andern hier vereinigt.

Das sind schon einige Gedanken, die es rechtfertigen, daß man die Arbeitslosigkeit ein Großstadtproblem nennt. Andere Gründe dafür werde ich alsbald zu nennen haben. Vorerst muß ich darauf aufmerksam machen, daß selbst dann, wenn man die große Schar der Arbeitsscheuen und der Arbeitsunfähigen von den Arbeitslosen getrennt hat, doch noch die Art der Arbeitslosigkeit

außerordentlich verschieden sein kann. Es scheint mir, daß man die Arbeitslosen in 4 Klassen einteilen kann:

1. Diejenigen, die keine Arbeit erhalten können, weil sie das Durchschnittsmaß der in ihrem Berufe geforderten Leistungen nicht erreichen; oder weil sie in ihrem sittlichen Verhalten viel zu wünschen übrig lassen. In diese Klasse gehören die allzu Dummen, die Faulen, die Streitsucher u. s. w. Zusammenfassend kann man hier vielleicht sprechen von „individuell bedingter, durch persönliche Minderwertigkeit verursachter Arbeitslosigkeit".

2. Diejenigen, die einem Berufszweige angehören, in dem die Arbeit, die Beschäftigung naturgemäß schwankend ist. Das sind insbesondere die sogenannten Saisonarbeiter; die Maurer z. B. müssen, das liegt in der Natur des Gewerbes, während mehreren Wochen oder mehreren Monaten im Winter feiern; das ist aber nicht so sehr schlimm, weil in den hohen Löhnen, die sie in der übrigen Zeit verdienen, schon eine gewisse Entschädigung für das Risiko der Arbeitslosigkeit eingeschlossen ist. Diese zweite Gruppe der Arbeitslosikeit möchte ich „durch gewerbliche Eigenart bedingte Arbeitslosigkeit" nennen.

3. Diejenigen, die ihre Stelle wechseln, und die dann nach dem Austritt aus der einen Stelle solange bis sie eine andere Stelle gefunden haben, arbeitslos sind. Sie sind arbeitslos und nicht überzählig; es ist irgend eine Stelle für sie vorhanden, aber sie konnten diese Stelle zur Zeit nicht gerade direkt finden, teils weil sie zu ungeschickt sind und teils — das ist das Wichtigste — weil die Gesellschaft ihnen nicht den nötigen Überblick über den Arbeitsmarkt erleichtert; also durch „mangelhafte Organisation des Arbeitsmarktes bedingte Arbeitslosigkeit".

4. Die wirklich überzähligen Arbeiter: Überzählig sind sie, weil entweder in einem bestimmten Berufszweige dauernd zuviel Arbeiter vorhanden sind (Überfüllung des Berufes), oder weil infolge irgendwelcher schädigender Ereignisse bis dahin beschäftigte Arbeiter entlassen werden müssen, ohne daß sonst irgend eine Lücke frei ist, in die sie eintreten können; in diesem Falle können wir von wirtschaftlich bedingter Arbeitslosigkeit sprechen.

Es liegt auf der Hand, daß die Lage dieser 4. Klasse weitaus am schlimmsten ist. Diese Klasse kann mit mehr oder

minder gutem Rechte für ihre Arbeitslosigkeit unsere gegenwärtige wirtschaftliche Verfassung verantwortlich machen. Die Übergangswehen durch Einführung von neuen Maschinen, anderen Arbeitsmethoden, infolge des Übergangs des Kleinbetriebes zum Großbetriebe, der fortwährende Kampf zwischen Arbeit und Kapital, die Verdrängung der männlichen Arbeit durch Frauen- und Kinderarbeit, Spekulation und Überproduktion und so manches andere sind Ursachen der Arbeitslosigkeit, die in unserer eigenartigen wirtschaftlichen Verfassung begründet sind.

Aber die Arbeitslosen der 4. Kategorie würden Unrecht tun, wenn sie nur unsere Wirtschaftsordnung, die kapitalistische Wirtschaftsordnung für ihre eigenartige Arbeitslosigkeit verantwortlich machen wollten. Erinnern wir uns an die zahlreichen Einflüsse der Natur, die wirtschaftliche Hemmungen und dadurch Arbeitslosigkeit hervorrufen können, wie Brandunglück, Überschwemmung, schlagende Wetter u. s. w. Freilich wird gerade die dadurch herbeigeführte Arbeitslosigkeit meist wenig empfunden, weil diese Ereignisse indirekt eine gewisse Arbeit verschaffen eben durch die Aufräumungsarbeiten usw.; dann aber, weil solche außergewöhnliche Ereignisse die Aufmerksamkeit besonders auf sich lenken. Die öffentliche Mildtätigkeit wird dadurch angeregt und infolgedessen wird für diese Kategorie verhältnismäßig am besten gesorgt.

Es lassen sich aber auch Fälle denken, wo schädigende Naturereignisse die gesamte Volkswirtschaft in Mitleidenschaft ziehen: es sei nur hingewiesen auf den überaus störenden und hemmenden Einfluß, den Mißernten auf den allgemeinen Güter- und Tauschverkehr haben müssen. Ein großer Teil des flüssigen Kapitals, welches sonst in der Industrie angelegt worden wäre, muß nun in das Ausland gehen, um die nötigen Urprodukte, das nötige Getreide usw. aus dem Auslande in das Inland zu bringen und kann daher im Inlande keine Arbeiter beschäftigen. Infolge Sinkens der Kaufkraft der Bevölkerung, die gezwungen ist, für das tägliche Brot mehr auszugeben, ist die Zahl der Beschäftigten indirekt vermindert worden. So sehen wir der großen Arbeitslosigkeit im Jahre 1818 die große Teuerung von 1817, der Krisis auf dem Arbeitsmarkte von 1847 ebenfalls eine Kornteuerung, der Weltkrisis im Jahre 1857 in gleicher Weise Mißjahre vorausgehen. Überhaupt darf

der Einfluß des jeweiligen Standes der Lebensmittelpreise in ihrer Bedeutung für den Arbeitsmarkt nicht unterschätzt werden. Das tägliche Brot ist das, wofür jeder zunächst zu sorgen hat; ob und inwieweit noch andere Bedürfnisse befriedigt werden können, hängt wesentlich davon ab, wie viele Mittel dazu noch nach Beschaffung des Allernotwendigsten übrig sind, und daher treffen hohe Lebensmittelpreise und große Arbeitslosigkeit häufig zusammen. Von dem einen aber wie von dem andern wird gerade der großstädtische Arbeiter am härtesten betroffen.

Zu den Ursachen der Arbeitslosigkeit, die von der Wirtschaftsordnung unabhängig sind, darf man wohl auch das rasche Schwanken in den Bedürfnissen infolge der jeweiligen Mode rechnen. Der sogenannte Geschmack wendet sich bald diesem, bald jenem Kleidungsstück oder Möbel und Luxusgegenstand zu. Der Eintritt und der Umfang der Geschmacksänderung kann aber vorher gar nicht vorausgesehen werden. Die Folgen davon sind manchmal überaus starke Schwankungen am Arbeitsmarkt. Wiederum leidet darunter die Großstadt mehr als das platte Land und die kleineren Städte, nicht nur deshalb, weil der großstädtische Geschmack wie alles in der Großstadt besonders unbeständig ist, sondern auch weil die Spezialisation in der Großstadt am weitesten durchgeführt ist, zahlreich sind dort Spezialgeschäfte, die sich mit wenigen Waren abgeben, mit ganz bestimmten Mustern, die daher viel härter von einem Modewechsel in ihrer Branche betroffen werden, als Fabriken, die weniger spezialisiert sind. Gewiß hatte Eduard von Hartmann großstädtische Verhältnisse in erster Linie vor Augen, als er entrüstet über die Mode schrieb: „Die Modeherrschaft ist in jeder Hinsicht eine Pest und Eiterbeule der modernen Volkswirtschaft, ohne deren Beseitigung in den ihr unterworfenen Gewerben dem Wechsel von Überarbeitung und Arbeitslosigkeit schlechterdings nicht beizukommen ist."

Nun gar so schlimm ist es mit der Mode nicht. Die Mode hat auch ihren wirtschaftlichen Vorteil: ohne Mode würde man eine geregelte Massenproduktion vieler Artikel wahrscheinlich überhaupt nicht durchführen können, ohne Mode würde die Willkür des Geschmacks noch viel größer sein. Wie sagt doch der alte Freiherr in Scheffels Trompeter von Säckingen:

„Seht mein junger Freund, solang die Welt steht, wird
es Menschen geben, die auf Steckenpferden reiten,
Dieser liebt die Mystik und Askesis, jener altes Kirschen-
wasser,
Einige suchen Altertümer, andere einen Maikäfer,
Dritte machen schlechte Verse.

Nun, daß die Zahl der Sonderlinge in Kleidungs- und sonstigen wirtschaftlichen Bedürfnissen verhältnismäßig so sehr klein ist, das verdanken wir niemand anders als der strengen Herrschaft der Mode und dafür können wir ihr dankbar sein.

Außer den Schwächen in der kapitalistischen Produktionsweise, außer den Launen der Natur und den Launen der Nachfrage, der Mode, wird man noch eine Gruppe von Ursachen für die wirtschaftlich bedingte Arbeitslosigkeit anführen können und das ist ähnlich wie bei der Wohnungsfrage, das rasche Anwachsen der Städte, besonders aber die ungeregelte Verteilung des Bevölkerungszuwuchses. Das Gebiet des heutigen deutschen Reiches zählte 1816 nur 24 000 000 Menschen, 1905 60 000 000. Nun kommt aber hinzu, daß die verhältnismäßig sehr starke Bevölkerungszunahme sich nicht gleichmäßig auf das ganze Gebiet verteilt. Die Bevölkerung auf dem platten Lande hat kaum zugenommen. Nach den industriellen Zentren der Großstadt drängen sich die Massen. Die Zunahmedurchschnitte betrugen von 1867—1900 in Landorten bis 2000 Einwohner 1 %, in Landstädten bis 5000 Einwohner 40 %, in kleinen Städten bis 20 000 Einwohner 75 %, in Mittelstädten bis 100 000 Einwohner 163 %, in Großstädten über 100 000 Einwohner 234 %. Der Unterschied verschärft sich noch wesentlich, wenn wir die Frage beantworten, wie sich in der Stadt und auf dem Lande die Bevölkerung nach dem Alter verteilt, und da hören wir von einem Statistiker nach einer Berechnung, die vor einigen Jahren aufgestellt worden ist, folgendes:

Es standen von 1000 Personen im Alter von:

0—15	Jahren	in	den	Landgemeinden	379,	in	den	Stadtgemeinden	313,
20—30	„	„	„	„	143,	„	„	„	210,
30—40	„	„	„	„	122,	„	„	„	149,
über 60	„	„	„	„	83,	„	„	„	57.

Ganz außerordentlich verschieden war dann aber auch wieder die Zunahme in den einzelnen Großstädten: die Zunahme belief

sich in der Zeit 1900—1905 auf 100 der Bevölkerung von 1900: in Rixdorf 67, Schöneberg 47, Kiel 34, Charlottenburg 27, Dortmund 22, dagegen in Hannover und Stettin auf je 6, in Magdeburg auf 5, in Altona und Elberfeld nur 4, in Crefeld sogar nur 1.

Blindlings wälzen sich die Menschenmassen nach den Großstädten zu, ohne sich vorher eine passende Stellung zu verschaffen. Alle hoffen, daß sie dort in der Großstadt ihr Glück machen werden und halten es für selbstverständlich, daß man in der Großstadt bei größerer Ungebundenheit auch bessere Lebensbedingungen finden wird.

Vergessen wir dabei nicht, daß in der Großstadt das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer besonders gelockert ist, einmal, weil der Kampf zwischen Kapital und Arbeit in der Großstadt besonders heftig ist, dann aber auch, weil der Großunternehmer überhaupt vorherrschend ist. Der Arbeitgeber kann sich um seine Arbeitnehmer nicht kümmern, und er entläßt daher seine Arbeiter wie er eine Maschine beiseite stellt, wenn er sie nicht mehr braucht. Was besonders schlimm ist, der Arbeitgeber entläßt in erster Linie diejenigen Arbeiter, die nicht mehr so sehr kräftig sind: die älteren Arbeiter werden manchmal zunächst entlassen. Wenigstens ist jüngst festgestellt worden bei einer Arbeitslosenzählung, die in den Jahren 1902 und 1904 in Magdeburg stattfand, daß die Gefahr der Arbeitslosigkeit mit höherem Lebensalter zunimmt. Auf der anderen Seite empfindet der großstädtische Arbeiter es beinahe als eine verabscheuungswürdige Streberei, wenn ein Arbeiter lange Jahre hindurch bei einem Arbeitgeber verharrt. So meinte der Vorsitzende des Maurerverbandes Bömelburg: „Diejenigen, die immer bei Muttern bleiben, sind in der Regel nicht die besten Kollegen, daß sind diejenigen, die später als die Jubiläumsgesellen bei den Unternehmern Medaillen bekommen." „Gute Kollegen" und „Jubiläumsgesellen" scheinen für diesen Arbeiterführer geradezu Widersprüche zu sein.

Das Gesagte mag genügen, um darzutun, daß in der Tat die Arbeitslosigkeit in hervorragender Weise ein Großstadtproblem ist. In der Großstadt wird die Arbeitslosigkeit am meisten empfunden, in der Großstadt ist sie am gefährlichsten, in der Großstadt ist sie weitaus am größten. Eine jüngst veröffentlichte amtliche Denkschrift über

das Arbeitslosenproblem konstatiert ebenfalls ausdrücklich, daß die Arbeitslosigkeit am intensivsten in dem Gebiet der Großstadt ist.

Über den Umfang der Arbeitslosigkeit lassen sich Angaben, die wirklich Wert haben, kaum machen. Die Arbeitslosenstatistik liegt zu sehr im argen. Die Zahlen, die man hier und da über den Umfang der Arbeitslosigkeit zu lesen bekommt, machen, abgesehen davon, daß man manchmal zweifeln kann, ob die Quelle einwandsfrei ist, zu wenig Unterschied zwischen den einzelnen Arten der Arbeitslosigkeit.

Bei der — allerdings nur ein Momentbild darstellenden — Zählung der beschäftigungslosen Arbeitnehmer im Deutschen Reich am 14. Juni und 2. Dezember 1895 ergab sich, daß auf je 100 der Bevölkerung kamen

	Arbeitslose am 14./6. 1895	2./12 1895
in den Großstädten	1,66	2,43
in Gemeinden von 10—100 000 Einw.	0,79	1,59
„ „ unter 10 000 „	0,32	1,26

Ich gehe gleich über zur Therapie, zu den Heilmitteln, die gegen die Arbeitslosigkeit angewendet werden können. Je nach ihrer Art, nach Lage der Verhältnisse kann das Ziel der Arbeitslosenfürsorge ein vierfaches sein:

1. Vorbeugende Hilfe. Es gilt zu verhüten, daß der Arbeiter seine Stelle verliert.
2. Verkürzung der Zeit, die vergeht, bis der Arbeiter nach Verlust der Arbeit eine neue Stelle findet.
3. Verwertung der Arbeitskräfte während der Stellenlosigkeit insbesondere durch Einrichtung von sog. Notstandsarbeiten, endlich
4. Verschaffung von Subsistenzmitteln für die Zeit der Arbeitslosigkeit.

In aller Kürze will ich diese vier Punkte der Reihe nach besprechen.

1. *Man bemühe sich, daß der Arbeiter seine Stelle möglichst lange behält.* Nach dieser Hinsicht erreicht man wenig mit philosophischen Erörterungen und Klagen über die immer stärker werdende Rücksichtslosigkeit des Unternehmers und Arbeiters. Die Zeit des patriarchalischen Arbeitsverhältnisses ist nun einmal vorüber, die Zeit, wo Arbeitgeber und

nehmer gewissermaßen einen gemeinsamen Hausstand bildeten, ist nicht mehr, und der vernünftige Sozialpolitiker muß diese Tatsache ohne weiteres in Rechnung ziehen. Das tut er aber, wenn er als ein Hauptmittel gegen die Arbeitslosigkeit: „gründliche Ausbildung im Berufe" empfiehlt. Der tüchtige, kenntnisreiche Arbeiter wird viel weniger leicht seine Stellung verlieren als der weniger geübte. Richtige Berufswahl einerseits, anderseits gewerbliche Berufsbildung durch Fortbildungsschulen, Fachschulen, Lehrwerkstätten, bessere Lehrlingsausbildung, das sind wohlzubeachtende Mittel im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit. Weil ferner die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer innerlich so sehr los sind, werden äußere Mittel notwendig, damit sie nicht allzusehr gelockert werden. Ein solches Mittel ist in der gesetzlichen Regelung des Kündigungswesens zu erblicken. Es ist außerordentlich bedauernswert, daß die Kündigungsfristen abgekürzt werden. Aus neueren Mitteilungen der Gewerbeaufsichtsbeamten geht hervor, daß in den Großstädten, z. B. in Berlin, Breslau, die Kündigungsfristen immer mehr abgekürzt, oder in der Mehrzahl der Fälle ganz ausgeschlossen werden. Die statistischen Untersuchungen, die in Berlin für 1826 Betriebe hinsichtlich der Kündigungsfrist angestellt wurden, führten zu dem Ergebnis, daß für mehr als 60 % jede Kündigungsfrist ausgeschlossen ist; in weiteren 16 % dieser Betriebe galt eine eintägige Kündigungsfrist und in 12 % eine solche von zwei Wochen; zu letzteren gehören u. a. die staatlichen Werkstätten der Eisenbahnverwaltung und der Reichsdruckerei. Von den großen Privatbetrieben haben dagegen die meisten in ihren Arbeitsordnungen festgesetzt, daß das Arbeitsverhältnis jederzeit ohne vorherige Kündigung aufgelöst werden kann (vergl. Reichsarbeitsblatt Jahrgang 1907, S. 449).

Ist eine genügend lange Kündigungsfrist vorgesehen, dann hat eben während der Kündigungsfrist der Arbeiter Zeit, sich nach einer neuen Stelle umzusehen, ähnlich wie heute schon die Dienstboten; diese haben meistens eine längere Kündigungsfrist, etwa 14 Tage, manchmal noch mehr, und diese Zeit nützen sie aus, um sich eine neue Stelle zu suchen; sie können daher meist von der alten sofort in die neue Stelle eintreten.

2. Es ist notwendig, dem Arbeitsuchenden das Suchen möglichst zu erleichtern. Der Arbeiter muß wissen, wohin er sich zu wenden hat, um Arbeit zu finden, wo der

Arbeitsmarkt schon überfüllt ist, und wo er Lücken aufweist, ob er nicht im Nachbarorte seine Arbeitskraft viel besser verwerten kann, als im augenblicklichen Aufenthaltsorte. Noch im Jahre 1902 konnte der Berliner Nationalökonom Jastrow darauf hinweisen, daß die amtliche Statistik bei Spezialisierung der Waren bis zu den kleinsten Gruppen herabsteige, sie halte es für der Mühe wert, den auswärtigen Handel in seinem Steigen und Sinken bis auf Bettfedern und Blauholz, bis auf Rosinen und Korinthen zu spezialisieren, „aber noch niemand", meint Jastrow mit Recht, „ist bisher auf den Gedanken gekommen, den Umsatz der Ware Arbeit zum Gegenstand amtlicher Statistik, wenn auch nur in rohen Umrissen, zu machen". Gewiß ist ein Teil der bis dahin durchaus mangelhaften Berichterstattung über Angebot und Nachfrage im Wesen des Arbeitsmarktes selbst begründet. Es zeigt sich eben hier, daß der Mensch schließlich keine Ware ist, selbst wenn man irgendeine Durchschnittsqualität ähnlich wie beim Getreidehandel für die „Ware" Arbeit finden könnte. Der Träger der Ware ist der Mensch und der Mensch hat einen freien Willen. Der Mensch läßt sich nicht dirigieren, wie eine Ware bald hierhin, bald dorthin. Vergebens wird man dem großstädtischen Arbeiter klar zu machen suchen, daß auf dem Lande Arbeitsnot herrscht, daß man dort seine Arbeitskraft mit großer Freude begrüßt und verwertet. Er ist zu stolz, „Landarbeit" anzunehmen. Der großstädtische Arbeiter leidet lieber in der Großstadt Hunger, als — wie man sich ausdrückt — „Mistbauer zu spielen". In manchen Fällen werden dafür aber auch die nötigen physischen Kräfte nicht vorhanden sein.

Wenn daher auch eine Regelung in der Organisation des Arbeitsmarktes außerordentlich schwierig ist, das, was möglich ist, sollte wenigstens angestrebt werden. Dank der Pionierarbeit des schon genannten Nationalökonomen Jastrow konnte in den letzten Jahren endlich an die Errichtung von Arbeitsnachweisen, wie sie die praktischen Bedürfnisse erfordern, gegangen werden, und seitdem unser Kaiserliches Statistisches Amt sich eine besondere Abteilung für Arbeiterstatistik angegliedert hat, erhalten wir in dem Arbeitsblatt, das seit 1903 erscheint, zu billigem Preise regelmäßig zuverlässigen Bericht über die Lage des Arbeitsmarktes in den verschiedenen Teilen Deutschlands für die verschiedenen Berufszweige namentlich in den Städten. Diese Statistik

ist noch nicht vollständig; noch nach manchen Richtungen muß sie ausgebaut werden. Ebenso vermögen unsere kommunalen oder mit kommunaler Unterstützung betriebenen Arbeitsnachweise noch längst nicht allen Arbeitsuchenden eine passende Stelle zu verschaffen. Aber von Jahr zu Jahr werden die Erfolge immer besser. Während 1901 333 Ortsnachweise 189 000 Stellen besetzen konnten, verschafften im Jahre 1905 288 Ortsnachweise bereits annähernd 400 000 Personen eine passende Arbeit. Wenn das Netz der Arbeitsnachweise dichter geworden ist, wenn weiter — wie es in Süddeutschland der Fall ist — die Arbeiter bei der Stellensuche durch erhebliche Herunterſetzung des Fahrpreises mit Leichtigkeit von einem Ort zum andern sich wenden können, um Arbeit zu erhalten, dann dürfen wir hoffen, daß mit dieser Organisation außerordentlich viel Arbeitslosigkeit aus der Welt geschafft wird.

3. Von Zeit zu Zeit tritt doch immerhin bei noch so guter Organisation des Arbeitsmarktes ein stark empfundenes Überangebot von Arbeitskräften ein, die nur dann einer Beschäftigung zugeführt werden können, wenn man sich zur *Errichtung von sogenannten Notstandsarbeiten* entschließt.

Notstandsarbeiten sind solche Arbeiten, welche von staatlichen oder städtischen Verwaltungen lediglich zu dem Zwecke vergeben werden, um unverschuldeten Arbeitslosen, welche im Orte ansässig sind, aber dort eine Beschäftigung nicht finden können, einen Erwerb zu gewähren. Nur dann werden Notstandsarbeiten auf große Erfolge rechnen können, wenn sie planvoll und rechtzeitig vorbereitet sind. Einige deutsche Städte haben neuerdings sogen. soziale Kommissionen gebildet, die die soziale Fürsorge in die Hand nehmen und vorbereiten. Es wäre eine besonders wichtige Aufgabe dieser Kommissionen, die Notstandsarbeiten richtig zu organisieren. Nicht nur wird man bei Notstandsarbeiten möglichst Rücksicht nehmen müssen auf die bisherige Beschäftigung, auf das Ehrgefühl der Arbeitslosen, man wird auch daran denken müssen, daß die Notstandsarbeiten eben Notstandsarbeiten sind, daß die Arbeiter, sobald die Verhältnisse sich bessern, wiederum zu ihrer alten Beschäftigung zurücktreten wollen und müssen, die Arbeiten sollen daher so eingerichtet werden, daß ein Übergang zu der anderen Beschäftigung für die in der Notstandsarbeit tätig gewesenen verhältnismäßig leicht durchgeführt werden kann.

In der Praxis wird trotzdem die Beschäftigung der Arbeitslosen mit Notstandsarbeiten manchmal auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen. Von den berühmten Notstandsarbeiten, die 1848 in Paris eingerichtet wurden, berichtet der Staatsmann Thiers: „Wenn ein Arbeiter, der das Webschiff zu halten gewohnt war, der schwache Arme hatte und die Zartheit und das Feingefühl seiner Hand bewahren mußte, um später seinen Kindern wieder Brot verdienen zu können — wenn also dort ein solcher Mann mit Hacke oder Schaufel hantieren sollte, waren seine Hände voll Blut und sein Körper konnte die gebückte Stellung nicht ertragen, dann sagte ihm der Leiter aus Mitgefühl: arbeiten Sie nicht, man wird Ihnen die 40 Sous doch verabreichen".

4. Und damit komme ich auf das vierte und letzte Mittel zur Lösung des Arbeitslosenproblems: es gilt dem beschäftigungslosen Arbeiter für die Zeit, wo man ihm weder nach der einen noch nach der anderen Richtung genügende Beschäftigung verschaffen kann, wenigstens die nötigen Existenzmittel für ihn selbst und seine Familie sicher zu stellen. Das Nächstliegende wäre, daß man hier, ähnlich wie bei Krankheit, Unfall, Invalidität, an eine Versicherung denken könnte. In der Tat nimmt bei Besprechung der Mittel gegen die Arbeitslosigkeit die Arbeitslosenversicherung den breitesten Raum ein. Meines Erachtens durchaus mit Unrecht. Gegen eine Arbeitslosenversicherung spricht zunächst, daß die Versicherung hier doch nur das allerletzte Mittel sein kann. Durch diese Versicherung wird nicht der Schaden beseitigt, sondern nur anders verteilt. Den Schaden zu beseitigen, ist aber gerade bei der Arbeitslosigkeit so wichtig, weil längerer Müßiggang, langes Brachliegen der Arbeit die moralische Kraft, die technische Fähigkeit des Arbeiters leicht herabbringen und ihn dem Ruin entgegenführen (Schanz). Jedenfalls sollte der Gedanke einer staatlichen Zwangsarbeitslosen-Versicherung möglichst bald und vollständig aus der ernsten Diskussion verschwinden. Grundsätzlich spricht dagegen, daß eine solche staatliche Zwangsarbeitslosen-Versicherung die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht fördert, sondern nur hemmen wird. Es ist gerade bei der Arbeitslosigkeit unerläßlich, daß die Selbsthilfe und die Verantwortlichkeit nicht geschwächt, sondern gestärkt werden, und wie wollte man auch nur die bei einer Arbeitslosenversicherung nötige Scheidung zwischen

den einzelnen Klassen der Arbeitslosen, zwischen Arbeitslosen und Arbeitsscheuen machen! Wie könnte man irgendwie eine Kontrolle darüber einrichten, daß auch diejenigen, die sich als arbeitslos melden, wirklich keine Beschäftigung finden, wie die Frage entscheiden, ob die Arbeitslosigkeit auf Selbstverschulden beruht oder mehr oder minder freiwillig verursacht wurde....?

Es läge weiter die Gefahr nahe, daß bei einer staatlichen Arbeitslosenversicherung einzelne Berufszweige, in welchen die Gefahr der Arbeitslosigkeit überhaupt nur sehr gering ist, mit ungerechtfertigten Lasten belegt würden. Die Tüchtigen und Fleißigen würden gezwungen sein, einen Teil ihres Lohnes im Interesse der Untüchtigen und Faulen abzugeben.

Ungefähr dieselben Erwägungen, die gegen eine staatliche Zwangsarbeitslosenversicherung sprechen, kann man auch gegen eine Arbeitslosenversicherung auf kommunaler Grundlage vorbringen. Eine durch die Gemeinde eingerichtete Zwangsarbeitslosenversicherung haben wir einmal gehabt und zwar in St. Gallen in der Schweiz; aber sie mußte dort nach einem Jahre aufgegeben werden.

Etwas anders steht es mit den sogenannten fakultativen, mit freiwilligen Kassen, wie sie in Köln und in anderen Städten eingerichtet worden sind. Diese freiwilligen Arbeitslosenkassen tragen zum guten Teil den Charakter von Wohlfahrtseinrichtungen, weil ihre Mitglieder durch Stiftungen, durch Beiträge der Stadt unterstützt werden. So wurden z. B. in Köln im Winter 1905/6 durch die Nichtarbeiter einschließlich der Gemeinde mehr aufgebracht als durch den Arbeiter; aber trotzdem und gerade deshalb hat die Kölner Arbeitslosenversicherung doch bei den Arbeitern wenig Anklang gefunden. Es ließen sich bei dieser Kasse von den vielen Tausenden Arbeitern Kölns nur 1717 im Jahre 1905, 1610 im Jahre 1906 versichern. Das sind so niedrige Zahlen, daß mit aller Sicherheit behauptet werden kann, daß eine derartige Kasse bei ernsten Krisen nicht in der Lage sein wird, das Übel entscheidend zu bekämpfen. Höchstens können die Stadtverwaltungen in „unbehaglichen" Zeiten, wenn das Heer der Arbeitslosen bedenklich anschwillt und dann mit lästigen Forderungen auftritt, darauf hinweisen, daß der Notstand selbst verschuldet sei, man habe sich ja versichern können. Man wird daher energischere Maß-

regeln ergreifen können als anderswo, wo nichts zur Vorbeuge geschehen ist.

Soweit überhaupt eine Arbeitslosenversicherung in Betracht kommen kann, muß sie aufgebaut werden auf der Selbsthilfe der Arbeiterberufsvereine. Die Berufsgenossen wissen am besten, ob jemand wirklich arbeitslos ist, was der Grund der Arbeitslosigkeit ist, ob verschuldet oder nicht und können auch diese wichtige Kontrolle am besten durchführen, und es kann tatsächlich auch nicht bestritten werden, daß die wirklich praktischsten Erfolge auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung von unseren Gewerkschaften und ähnlichen Vereinigungen erzielt worden sind. Die englischen Arbeiter sind auf diesem Gebiete mustergültig vorangegangen. 1903 bewilligten allein die verhältnismäßig wenig zahlreichen Gewerkschaften, die dem englischen Zentralverbande angeschlossen sind, für Versicherung der Arbeitslosen 4 700 000 Mk., das waren 33 % der Gesamtausgaben, und in Deutschland wurden von den Gewerkschaften 1 884 000 Mk., das waren 14 % der Gesamtausgaben für die Arbeitslosenversicherung aufgewandt. Anderseits wurden für Streiks in England 7 %, in Deutschland 34 % ausgegeben. In den letzten Jahren haben die deutschen Verbände den Gedanken der Arbeitslosenversicherung immer mehr ins Auge gefaßt. Während 1900 erst 21 Gewerkschaftsverbände 230 000 gegen Arbeitslosigkeit versicherte Mitglieder zählten, finden wir die Arbeitslosenversicherung 1905 in 41 Gewerkschaftsverbänden mit 1 000 000 vorwiegend gelernten Arbeitern. Dazu kommen 102 000, die in den sogen. Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen organisiert sind, während leider die christlichen Gewerkvereine bis Ende 1905 für die Arbeitslosenversicherung so gut wie gar nicht in Betracht kamen. Immerhin ist nur ein kleiner Prozentsatz der deutschen Arbeiter in Industrie, Handel und Verkehr — vielleicht $^1/_7$ — gegen Arbeitslosigkeit versichert und von den Handlungsgehilfen dürfte auch wohl höchstens $^1/_6$ für die Zeiten der Arbeitslosigkeit durch eine Versicherung Vorsorge getroffen haben (Troeltsch). Sobald einmal in den Gewerkschaften die Arbeitslosenversicherung weitere Verbreitung gefunden hat und auf einer gesunden Basis aufgebaut ist, können die Städte und sogar der Staat diesen Verbänden Zuschüsse geben für die Zwecke der Arbeitslosenversicherung. Das hat man bereits in Frankreich, Belgien und Norwegen getan. 1906 hat die Stadt

Straßburg den Beschluß gefaßt, die Arbeitslosenversicherung der Arbeitsverbände durch einen Zuschuß zu unterstützen.

So steht zu hoffen, daß das Arbeitslosenproblem auch ohne staatliche oder kommunale Zwangsversicherung in seinem wichtigsten Teile doch gelöst wird. Ein Teil der Arbeitslosen wird freilich mehr oder minder auf die Armenunterstützung angewiesen sein. Soweit diese in Anspruch genommen werden muß, sollte darauf hingewirkt werden, daß die Arbeitslosen keine politische und rechtliche Schädigung erfahren. Man könnte Arbeitslosenhilfsfonds schaffen, die nicht als Armenunterstützung zu bezeichnen sind.

Ein hervorragender Sachkenner (Schanz) hat die Arbeitslosigkeit mit Recht eine Geißel der Kulturwelt genannt und ein anderer (Troeltsch) meint, daß diese Geißel nie von der Kulturwelt genommen wird. Ich überlasse es dem Urteil des Lesers, ob er dieses pessimistische Urteil teilen will. Ich meine, daß das Problem der Arbeitslosigkeit als ganzes allerdings nicht gelöst werden kann, aber es kann doch insoweit gelöst werden, als die Arbeitslosigkeit heute allzuschwere Wunden zurückläßt. Es kann soweit gelöst werden, daß diese Wunden rascher heilen und weniger schmerzhaft sind, mit anderen Worten: soweit die Arbeitslosigkeit zur „Geißel der Kulturmenschheit" geworden ist, kann und muß sie von der Kulturmenschheit hinweggenommen werden.

Sechster Abschnitt.

Armut und Armenfürsorge.

Selbst dann, wenn die soziale Gesetzgebung das erreichte, was sie erreichen könnte, — weit genug sind wir heute noch von diesem Ziele entfernt, — wenn ferner auch die Selbsthilfe aufs beste organisiert sein würde, es blieben doch Lücken für manche Not und manches Elend. Diese Lücken müssen bestehen bleiben, weil die Tätigkeit des Staates oder der Gemeinde sich regelt nach bestimmt festgelegten Normen, nach Gesetzen und Statuten. Die menschliche Not ist aber so unendlich mannigfaltig in ihren Ursachen, in ihren Erscheinungen und Wirkungen, daß sie sich nicht restlos unter die Schablone der Gesetzesparagraphen bringen läßt.

Wir begrüßen die soziale Gesetzgebung und die sozialen Anstalten allerart, mit denen uns das letzte Menschenalter beschenkt hat trotz mancher verfehlter Versuche ihrem Wesen nach doch als einen glänzenden Fortschritt der Kulturmenschheit. Aber dieser Fortschritt würde doch zu teuer erkauft sein, wenn er uns das beste rauben wollte, was ein gütiger Schöpfer uns geschenkt hat, um uns den Kampf ums Dasein zu erleichtern, wenn er uns rauben wollte die Charitas, die Nächstenliebe, die Hilfe von Mensch zu Mensch.

Nicht der Gesetzgeber am grünen Tisch, oder der Politiker und Gelehrte in der gemütlichen Studierstube kann die schlimmsten Erscheinungen menschlicher Not aus der Welt schaffen, das kann nur der, der selbst hintritt zu den Hilfsbedürftigen, der sieht, wie es mit ihm steht, hört, worüber er zu klagen hat; nur der kann es ferner, der in dem Menschen nicht nur ein Rädchen in dem großen sozialen Organismus sieht, sondern der ihn auch zu würdigen weiß als Individuum, als Einzelwesen, mit freiem Willen, mit eigenartigen Anlagen, mit eigenartigen Ideen und eigenartigen Hoffnungen und Neigungen.

Gibt es denn nun eine solche Instanz, die neben der Sozialgesetzgebung in dieser Weise bei der Fürsorge, die sie dem Menschen zuteil werden läßt, der Eigenart jedes einzelnen Rechnung zu tragen sucht? Ja, eine solche Instanz gibt es. Bescheiden nennt sie sich Armenfürsorge, Wohltätigkeit oder auch soziale Hilfsarbeit. Man streitet noch über die Begriffe, ein Streit, an dem wir uns hier nicht beteiligen wollen. Uns mag genügen, festzuhalten, daß die Armenfürsorge und Wohltätigkeit da eingreift, wo weder die eigene Kraft noch die Befriedigung der durch die Rechtsordnung gewährten klagbaren Ansprüche ausreicht, um die materielle Grundlage für die Existenz zu schaffen und zu sichern. Eine solche Notlage aber nennen wir Armut. Arm ist also derjenige, der das für sich und seine Familie zum notdürftigen Unterhalt Erforderliche weder aus eigenem Erwerb, oder aus eigenen Mitteln, noch durch Geltendmachung von Rechtsansprüchen sich zu verschaffen vermag.

Im rechten Sinne aufgefaßte Armenfürsorge wird sich natürlich nicht genug sein lassen, die materielle Not zu bekämpfen, sie wird sich darüber hinaus bemühen, die geistige Not, die ja so häufig Ursache der materiellen Not ist, nach Möglichkeit zu lindern. Uns soll aber hier vorwiegend beschäftigen der Kampf gegen die großstädtische *materielle* Armut in dem eben festgelegten Sinne.

Es ist klar, daß der Inhalt dieser Armut keine ein für allemal festgelegte Größe sein kann, daß der Begriff schwankt. Schon deshalb kann er nicht endgültig festgelegt werden, weil das, was zum notdürftigen Unterhalt gehört, zeitlich, örtlich, persönlich sehr wechseln kann. Insbesondere kommt dafür in Betracht:

1. Persönliche Beschaffenheit der einzelnen, ihr Gesundheitszustand, die stärkere oder schwächere Körperbeschaffung.

2. Die Art der Arbeit: schwere körperliche Arbeit erfordert eine andere Nahrung als leichte Arbeit; der Fabrikarbeiter bedarf einer anderen Nahrung als der Landarbeiter.

3. Kommt in Betracht die gesellschaftliche Umgebung: Der großstädtische Arbeiter wird und muß an Nahrung, Kleidung und Wohnung andere Ansprüche stellen als der Landarbeiter an der russischen Grenze, der kaufmännische Angestellte wird besser gekleidet einhergehen müssen als ein Tagelöhner, eine

Wohnung, die ein Kuli ganz entzückend findet, wird der deutsche großstädtische Arbeiter als menschenunwürdig bezeichnen usw.

Man darf es nicht außer acht lassen, daß sich der Begriff der Armut wenigstens in den Großstädten immer mehr erweitert hat, daß eine Notlage, die man vor einigen Menschenaltern und auch heute noch auf dem Lande fern von der Großstadt vielleicht als „gar nicht so schlimm" bezeichnen konnte, in der Gegenwart als unerträglich bezeichnet werden muß. Und über diese Tatsache kann man sich nicht damit hinwegtäuschen, daß man über die Unzufriedenheit und über die Hetze der Arbeiterführer grollt. Zum guten Teil sind die gestiegenen Ansprüche eben Folgen des geänderten Zeitgeistes, unter dessem Einflusse wir alle und auch die Armen stehen, mag man es wollen oder nicht.

Es kommt noch etwas anderes hinzu, was das großstädtische Armutsproblem so besonders schwierig und kompliziert gestaltet. Schon in meinem ersten Aufsatze führte ich aus, daß in der Großstadt der Kontrast des Seins, der Gegensatz in dem Haben so außerordentlich hart empfunden wird. Ebenso offenbart sich aber auch in der Großstadt der Gegensatz im materiellen Werden so besonders scharf. In der Großstadt ist ja die eigentliche Heimat des Spekulantentums, was zum größten Teile wieder eine Folge der rastlosen Sehnsucht ist, Reichtümer zu erwerben. Für viele ist der Erwerb eine Art Spiel, bei dem man in ganz kurzer Zeit gewinnen, aber noch häufiger verlieren kann. Die Zahl derjenigen, die von stolzer materieller Höhe, von großem Reichtum in bittere Armut herabstürzen, ist in der Großstadt viel größer als der Fernstehende anzunehmen geneigt ist. Es ist natürlich, daß ein Armer, der nie etwas anderes gekannt hat, die Armut weit weniger hart empfindet als ein ehemals Reicher, der nunmehr mit einer Summe, die er früher in einem Tage ausgab, vielleicht Monate auskommen muß.

Weil der Begriff der Armut ähnlich wie der Begriff der Arbeitslosigkeit so sehr verschiedenartige Einzelerscheinungen umfaßt, halte ich es auch für praktisch wenig ersprießlich, wenn man Zahlenangaben über den Umfang der Armut machen würde. Die Zahl würde doch wahrscheinlich ein Bild ergeben, daß der Wirklichkeit kaum entsprechen dürfte. Immerhin kann man aus dem Umfang der Ausgaben, die unsere großstädtischen Verwaltungen heute für die Armen leisten müssen, in etwa auch Folge-

rungen ziehen für den Umfang der Armut. Im Jahre 1905 wurden ausgegeben für offene Armenpflege, d. h. für Armenunterstützungen in den Häusern der Armen in

Berlin	10103000	Mk.
Hamburg	1962000	„
Leipzig	910000	„
Köln	635000	„
Frankfurt am Main	886000	„
Düsseldorf	539000	„ usw.

Auf hundert Einwohner kamen in einem Jahre

in Berlin	2,51
„ Hamburg	2,4
„ Düsseldorf	2,75

Unterstützungen. Man sage nun nicht, daß die Höhe der Armenausgaben unserer Stadtverwaltungen zurückzuführen sei auf die in Zunahme begriffene Neigung weiter Bevölkerungskreise, sich von der Gesamtheit ernähren zu lassen; man sage auch nicht, daß die Armenverwaltungen zu freigebig seien. Noch vor wenigen Jahren ist durch den deutschen Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit das Gegenteil festgestellt worden. Die Berichte dieses Vereins kommen übereinstimmend zu dem Resultat, daß im wesentlichen die Verwaltungspraxis über die Rechtsgrundlage, d. h. über den ihnen offen stehenden Rahmen der Gesetzgebung nicht hinausgewachsen ist, sondern im Gegenteil die Praxis hinter diesen Möglichkeiten zurückgeblieben ist und den ihr gezogenen Rahmen bei weitem noch nicht ausgefüllt hat. Die hohen Ausgaben in den Großstädten für Armenzwecke scheinen also wirklich nur die Folge einer großen materiellen Not in unseren Großstädten zu sein. Die Listen der Berliner Armenverwaltung führen als unterstützt u. a. auf: Ingenieure, Chemiker, Bauunternehmer, Bankier, Schauspieler, Doktoren der verschiedenen Fakultäten, Bildhauer, Kunstmaler, Studenten, Lehrer und Lehrerinnen, Gesellschafterinnen ... ein buntes Durcheinander von Berufen, das manches tieftraurige Großstadtelend ahnen läßt. Jedenfalls bleiben der Theorie wie der Praxis dem großstädtischen Armutsproblem gegenüber noch sehr wichtige und verschiedenartige Aufgaben zu lösen

übrig. Aus dem hier in Betracht kommenden großen Gebiet wollen wir uns nur zwei Fragen vorlegen:

1. wie ist die großstädtische Armenfürsorge zu organisieren,
2. wie und mit welchen Mitteln ist zu unterstützen?

Wir unterscheiden bekanntlich drei Formen der Armenfürsorge und Wohltätigkeit:

1. die öffentliche Armenfürsorge, also hier speziell die Armenfürsorge der großstädtischen Verwaltungen,
2. die kirchliche Armenfürsorge und
3. die private Armenfürsorge.

Alle drei Faktoren der Hilfstätigkeit leisten sozial Ersprießliches nur dann, wenn sie zusammen eine Einheit bilden, wenn jeder einzelne Zweig der verschiedenartigen Organisationen, ja, wenn jeder einzelne Helfer, mag er nun auf eigene Faust oder im Zusammenhang mit anderen tätig sein, sich bewußt bleibt, daß er ein Glied dieser Einheit ist. Jeder einzelne Zweig der Organisation muß dann weiter von der Überzeugung getragen sein, daß für die Armenfürsorge der einzelne Arme zwar die „Endstation" ist, aber er ist nicht der „Endzweck" (Simmel), der Endzweck liegt vielmehr nur in dem Schutz und der Förderung des Gemeinwesens. Nur unter diesen Voraussetzungen wird die Armenfürsorge — mag es nun die öffentliche oder private Armenfürsorge sein — so ihre Aufgaben lösen wie sie gelöst werden müssen, nur dann wird sie ferngehalten werden von zwei entgegengesetzten Übeln, in die sie so leicht verfällt: einerseits, daß sie zu wenig und anderseits, daß sie zu viel gibt. Beides ist gleich schlimm. Gibt sie zuviel, dann ist die Gefahr vorhanden, daß die Selbstverantwortlichkeit und die Selbständigkeit der Armen zu sehr gefährdet wird und gibt sie zu wenig, dann zwingt sie zum Betteln und zu Verbrechen. Wenn nun aber auch alle Zweige der Armenfürsorge und Wohltätigkeit in ihrem Wirken eine Einheit bilden müssen, so ist damit keineswegs gesagt, daß diese Einheit auch organisatorisch zum Ausdruck kommen muß. Im Gegenteil, eine äußere straffe einheitliche Organisation der gesamten sozialen Hülfsarbeit in der Armenfürsorge wäre kaum ein Fortschritt, eher ein Rückschritt.

Sehr schön hat einmal ein amerikanischer Schriftsteller das Verhältnis zwischen öffentlicher Armenpflege und privater Wohl-

tätigkeit so gegenüber gestellt: „Das Gesetz ist ernst und majestätisch, die Quelle aller Ordnung; die Liebe ist mitleidig, versöhnend, die Quelle aller freien Barmherzigkeit. Die Liebe ohne das Gesetz ist willkürlich und weichlich; aber das Gesetz ohne beide lieblos, beides muß harmonisch zusammenklingen."

Es ist wohl nur eine etwas andere Formulierung desselben Gedankens, wenn der Soziologe Simmel sagt: „Der Staat kommt der Armut, die Privatwohltätigkeit dem Armen zur Hilfe." Gewiß, auch die öffentliche Armenfürsorge muß individuell sein; aber es liegt auf der Hand, daß ihr dabei weit engere Grenzen gezogen sind, als der privaten, diese kann — wenn der Komparativ erlaubt ist — individueller sein als die öffentliche Armenfürsorge.

Ebensowenig wie die private Armenfürsorge können wir die kirchliche Armenfürsorge speziell in der Großstadt entbehren. Die kirchliche Armenfürsorge hat in der Religion ein wunderbares Mittel, um Geber und Empfänger einander näher zu bringen, um den Geber anzuspornen, seinen edelsten Trieb mit höchster Opferwilligkeit in den Dienst der Armen zu stellen und anderseits um dem Empfänger ein geistiges Almosen zugänglich zu machen, das ihm oft noch notwendiger ist, als das materielle Almosen. Aber eine bloße kirchliche Armenfürsorge würde in unserer Zeit dem Problem der Armenfürsorge nie gerecht werden können, schon deshalb nicht, weil so viele, wenigstens innerlich, außerhalb der kirchlichen Organisation stehen und deshalb, weil eine öffentliche Armenfürsorge die Lasten viel gerechter, viel besser zu verteilen vermag als die kirchliche Armenfürsorge.

Der Kern der Armenfürsorge in der modernen Großstadt muß jedenfalls die öffentliche Armenfürsorge bilden, weil sie eine einheitlich feste, von zeitlichen und persönlichen Zufälligkeiten unabhängige Organisation schließlich allein darstellt.

Im deutschen Reiche ist nun die öffentliche Armenfürsorge durch das Unterstützungswohnsitzgesetz vom 6. Juni 1870 geordnet. Heute stehen nur noch Bayern und Elsaß-Lothringen außerhalb des Bereiches dieses Gesetzes; beide Länder haben ihre eigenartige Organisation der Armenfürsorge. Das Unterstützungswohnsitzgesetz überläßt jedoch die Regelung zahlreicher Sonderfragen den Einzelstaaten und die Einzelstaaten wiederum haben einen ziemlich breiten Rahmen aufgestellt, innerhalb dessen

sich die einzelnen Gemeinden ziemlich frei bewegen können. Jedenfalls haben die Städte dafür zu sorgen, daß jeder in der Stadt Wohnende ohne Rücksicht auf Konfession, ohne Rücksicht des Standes, ohne Rücksicht sogar auf Nationalität das bekommt, was nötig ist zum notdürftigsten Unterhalt, mag die Armut verschuldet sein oder nicht, wobei natürlich vorausgesetzt ist — in der gegebenen Definition des Begriffs „Arm" liegt es ja schon enthalten — daß der Arme nicht durch eigene Kraft und Tätigkeit die zum Leben erforderlichen unentbehrlichen Bedürfnisse sich selbst zu verschaffen vermag. Die Stadtverwaltungen haben insbesondere zu sorgen, daß der unentbehrliche Lebensunterhalt (Nahrung, Kleidung, Heizung) vorhanden ist, sowie dafür, daß der Arme ein geeignetes Obdach findet. Sie haben zu sorgen für Pflege in Krankheitsfällen und endlich, falls der Arme stirbt, für ein angemessenes Begräbnis. Tritt ein Unterstützungsfall an die Stadt heran, so hat sie lediglich zunächst zu untersuchen, ob Hülfsbedürftigkeit vorliegt und wenn diese Frage bejaht wird, hat sie ohne weiteres die Hilfe zu leisten.[1]) Erst an zweiter Stelle kommt für sie die Frage, wer in letzter Linie die Kosten zu tragen hat, ob etwa eine andere Gemeinde, oder Verwandte, Krankenkasse, Berufsgenossenschaft, Invalidenkasse u. s. w. Diese zweite Frage hier zu verfolgen, würde uns zu weit führen; halten wir nur fest, daß die Stadtverwaltung für einen in Not Geratenen unter allen Umständen zu sorgen hat.

Wichtiger ist die Frage, wie die Stadtverwaltung ihre Unterstützungspflicht ausübt und ausüben soll. *Wie soll die öffentliche Armenpflege im einzelnen organisiert sein?*[2])

---

[1]) Gesetz über den Unterstützungswohnsitz § 28: Jeder der dem Geltungsbereiche des Gesetzes angehörende Hilfsbedürftige muß *vorläufig* (d. h. bis zum Aufhören der Hilfsbedürftigkeit bezw. bis anderweitig gesorgt ist, etwa durch Übernahme des Ortsarmenverbandes, der die Unterstützungslast endgültig zu tragen hat) von demjenigen Ortsarmenverbande unterstützt werden, in dessen Bezirke er sich bei dem Eintritt der Hilfsbedürftigkeit befindet. Die vorläufige Unterstützung erfolgt vorbehaltlich des Anspruchs auf Erstattung der Kosten bezw. auf Übernahme des Hilfsbedürftigen gegen den hierzu verpflichteten Armenverband.

§ 60: *Ausländer* müssen vorläufig von demjenigen Ortsarmenverbande unterstützt werden, in dessen Bezirk sie sich bei dem Eintritt der Hilfsbedürftigkeit befinden.

[2]) Vgl. zu diesen Ausführungen das Büchlein des Verfassers: *Armenwesen und Armenfürsorge*, Leipzig 1907 (Göschen). Auf diese Schrift muß ich den Leser, der sich für weitere Einzelheiten der Armenfürsorge interessiert, verweisen.

Seit Jahrzehnten hat man sich die Beantwortung dieser Frage leicht gemacht dadurch, daß man einfach hinwies auf das sogenannte Elberfelder System. Im letzten Grunde ist das Elberfelder System nichts anders als das System der christlichen Diakonie, es ruht auf dem Grundsatz, daß Menschenfreundlichkeit und Barmherzigkeit sich praktisch nur dann verwirklichen kann, wenn der Mensch sich selbst hinabbemüht zu seinen notleidenden Mitmenschen. Dieser letzte Gedanke ist schon vor dem Aufkommen des Elberfelder Systems in dem von Ozanam gegründeten Vinzenzverein lebendig geworden. Das Elberfelder System, als dessen Geburtstag der 9. Juni 1852 gilt, an welchem Tage die von Daniel von der Heydt geschaffene neue Armenordnung in Kraft trat, hat folgende Grundsätze:

Die Armenfürsorge wird ehrenamtlich übertragen Bürgern, sogen. Armenpflegern, unter folgenden Bedingungen:

1. keinem Armenpfleger sollen mehr als vier Familien oder einzelstehende Personen unterstellt werden, damit gründlich geprüft und kontrolliert werden kann,

2. die Armenpfleger sollen nicht als ausführende Organe im Dienste der Kommunalobrigkeit tätig sein, sondern in den Bezirksversammlungen selbständig Unterstützungen beschließen, während die Armenverwaltung lediglich die Tätigkeit der Pfleger durch Instruktionen zu regeln hat,

3. jede Unterstützung soll möglichst nur auf 14 Tage gewährt und nur nach erneuter Prüfung weiter vergeben werden.

Gegen das Elberfelder System, das also heute die Grundlage der Armenfürsorge in den meisten Städten Deutschlands bildet, machen sich je länger, je mehr erhebliche Bedenken geltend. Einige will ich anführen:

1. In den Großstädten wird es immer schwieriger, die nötige Zahl williger, geeigneter Armenpfleger ausfindig zu machen. Es handelt sich vielfach um Hunderte von Personen, die im Dienste der Armenpflege tätig sein müssen. Nun fehlt es gewiß in den Großstädten nicht an geeigneten Persönlichkeiten, aber „je größer eine Stadt ist, umsomehr erlahmt das Interesse an den Mitbürgern".

2. Die wirklich gefundenen Armenpfleger fassen ihre Aufgabe vielfach nicht ernst genug auf. Oberflächlich geben sie das Almosen hin, eine gründliche Untersuchung nehmen sie nicht vor, erkundigen sich vielfach nur ganz flüchtig nach den

Verhältnissen der Armen, geschweige denn, daß sie noch erzieherisch auf die Armen einwirken, was ihre Pflicht wäre.

3. Den größten Teil der Armenpfleger stellen Krämer und Handwerker; ihre Hilfe ist nicht zu entbehren. Aber anderseits ist gerade bei dem Quartiersystem die Gefahr vorhanden, daß sich dann auch indirekt Einflüsse geltend machen, die nachher zu beklagenswerten Folgen führen.

4. Das Elberfelder System setzt eine „patriarchalische Berührung" zwischen Verwaltung und Armenpflegern voraus; in den Großstädten mit Hunderten von Armenpflegern ist das schlechterdings unmöglich, der so wichtige Zusammenhang zwischen den Leitern der städtischen Armenfürsorge und den ausführenden Organen geht daher um so leichter verloren, je größer die Stadt ist.

Eine Reform des Elberfelder Systems scheint also sehr wünschenswert zu sein, und dieser Tatsache sind auch schon manche Großstädte gerecht geworden. In vielen Großstädten hat man an dem Elberfelder System mehr oder minder umfangreiche Änderungen vorgenommen und Ergänzungen angefügt. Gewöhnlich sind die Änderungen in der Richtung erfolgt, daß man neben die ehrenamtlichen Pfleger eine größere Anzahl von Armen-Beamten stellte, die einerseits als Kontrollbeamten tätig sind, anderseits für die ersten Erkundigungen, für die aufklärende Arbeit, für die Herstellung einer statistischen Grundlage u. s. w. tätig sind. Im weitesten Maße ist man in dieser Richtung wohl in Straßburg vorgegangen, man spricht geradezu von einem Straßburger System.

In Straßburg liegt die Oberaufsicht des gesamten Armenwesens in den Händen des sogen. Armenrats, der aus dem Bürgermeister und acht Bürgern, die von dem Gemeinderat gewählt werden, besteht. Diesem Armenrat stehen nun drei verschiedene andere Organe zur Seite:

1. ein Armenamt; ein Kollegium von Beamten, das die vorbereitende Tätigkeit auszuführen hat, das Erkundigungen veranlaßt, Personalakten führt, kurz die vorbereitende Tätigkeit besorgt;

2. die Bezirkskommissionen; sie bestehen aus einem Mitgliede des Armenrats als Vorsitzender und acht durch den Armenrat aus der Zahl der ehrenamtlichen Armenpfleger und Pflegerinnen ernannten Mitgliedern. Die Aufgabe dieser Bezirkskommission ist

es nun, die einzelnen Unterstützungsfälle ihres Bezirks nach Maßgabe der vom Armenrat gegebenen Vorschriften zu prüfen und darüber zu entscheiden;

3. Armenpfleger und Pflegerinnen; diese sind ehrenamtlich tätig, bringen den Unterstützungsbedürftigen ihre Gabe, suchen erzieherisch auf sie einzuwirken. Den Einzelpflegern sollen höchstens drei Unterstützungsbedürftige zugewiesen werden.

Dabei sind zwei Unterschiede von dem Elberfelder System wichtig: die vorübergehend Hilfsbedürftigen, also Leute, die infolge irgend eines unglücklichen Zufalls für voraussichtlich kurze Zeit in bedrängter Lage sind und daher von der Armenverwaltung eine Unterstützung haben müssen, werden nicht an die Pfleger überwiesen. Die Pfleger erfahren also gar nichts von vorübergehenden Unterstützungen, sondern für diese sorgt schon die Bezirkskommission.

Ebenso bedeutsam ist die Beseitigung des Quartiersystems in Straßburg. Die Bezirkskommissionen weisen die einzelnen Armen den Pflegern zu ohne Rücksicht auf Wohnsitz, ganz den individuellen Verhältnissen entsprechend, möglichst sorgen sie dafür, daß der einzelne Pfleger solche Arme bekommt, denen er nach Lage der Sache wirklich von Nutzen sein kann.

Mehr noch als die öffentliche Armenfürsorge läßt die private und kirchliche Wohltätigkeit in ihrer Organisation und in ihrem Wirken zu wünschen übrig. Engherzige Kirchturmspolitik, beschränkter Gesichtskreis der Leiter, kleinlicher Ehrgeiz und dergleichen mehr machen nicht selten aus den Organisationen der nicht öffentlichen Armenfürsorge Kräfte, die zwar Gutes wollen, aber Böses erreichen. Ganz besonders gilt das — leider muß es gesagt werden — für manchen Zweig der Charitas unserer beiden großen christlichen Konfessionen. Jüngst noch übte W. F. Classen, ein protestantischer Geistlicher, der das Großstadtvolk gründlich kennt, eine scharfe Kritik an der inneren Mission — bekanntlich ist dies die Organisation der evangelischen Charitas —: seit 50 Jahren habe die innere Mission in sich keine neuen Gedanken hervorgebracht, kein wichtiges geistiges Erlebnis gehabt; die Hilfe, die sie den Armen zu Teil werden lasse, werde zu häufig nur als Mittel betrachtet, um ihn in einseitiger Weise kirchlich fromm zu machen. Auch setze die innere Mission im wesentlichen nur weibliche Hilfe in Bewegung, ihre Herren „regierten im Komitee", selbst die literarischen Erzeugnisse der

inneren Mission zeigten leider nur zu oft schon an ihrem Stil, wie fern sie modernem Geistesleben ständen, „sie bewegen sich im latinisierenden, abstrakten Gelehrtendeutsch oder altväterischem Theologenstile“ ....

Nicht minder bitter lauten manche Urteile über die katholische Charitas in unseren Tagen. Schon manches Jahr ist dahingegangen, seitdem Professor Schell in seiner Broschüre: „Katholizismus als Prinzip des Fortschritts „die katholische Nächstenliebe anklagt, daß sie viel mehr die augenblickliche Abhilfe unmittelbar vorhandener Not als religiös wertvoll ansehe, hingegen viel weniger die systematische Verhinderung derselben durch entsprechende berufsmäßige oder freiwillige Kulturtätigkeit als religiös wertvoll ansehe“. Zum Teil ist das darauf zurückzuführen, daß die katholische Charitas in besonders großem Maße gegen den Grundsatz verstößt, daß alle Armenfürsorge ein einheitliches Ziel hat, daß ihr Endzweck sein muß Schutz und Förderung des Gemeinwesens. Die einzelnen Organisationen wie Vinzenzvereine, Elisabethvereine, vor allem der Glanzpunkt der christlichen Nächstenliebe, die barmherzigen Schwestern, leisten an und für sich höchst lobenswertes, nur zeigt sich, daß manchmal der Zusammenhang zwischen diesen Organisationen fehlt, vollends natürlich auch der Zusammenhang mit den anderen Faktoren der sozialen Hilfsarbeit.

Keine Zersplitterung der Kräfte! Das ist eine Hauptmahnung, die man besonders an die kirchliche und private Wohltätigkeit unserer modernen Städte richten muß. Ich weiß, daß die Durchführung der Forderung größerer Zentralisation, besserer Fühlungnahme der einzelnen Organisationen untereinander mit sehr großen Schwierigkeiten verknüpft ist. Aber man sage nicht, daß es unmöglich ist, die einzelnen Vereine und Organisationen einander näher zu bringen, sie anzuleiten zu gemeinsamen Arbeiten. Die Tatsachen würden dem widersprechen. Ich will nicht hinweisen auf das Ausland, wo insbesondere die berühmte Londoner Charity Organisation Society schon seit manchen Jahrzehnten erfolgreich das Zusammenwirken der wohltätigen Vereine fördert, ich will in Deutschland bleiben, wo manche Städte angeführt werden können als Belege dafür, daß wirklich in weitem Umfange ein Zusammenwirken der verschiedenen Faktoren sich ermöglichen läßt.

In Dresden wurde bereits 1882 eine organische Vereinigung der öffentlichen Armenpflege mit der privaten Wohl-

tätigkeit angebahnt und in den folgenden Jahren erfolgreich durchgeführt. Die an der Vereinigung teilnehmenden Einzelorganisationen übernahmen die Verpflichtung

1. alle bei ihnen eingehenden Besuche (ausschließlich der um Krankenhilfe) dem Armenamte zur Vorerörterung zu überweisen,
2. letzterem jede von ihnen gewährte Unterstützung anzuzeigen,
3. die seitens des Armenamtes bezüglich einzelner Personen erteilten Winke wegen Nichtunterstützung zu befolgen.

Die städtische Verwaltung errichtete demgemäß im Jahre 1883 eine Zentralstelle zur Erteilung dieser Auskünfte und Sammlung der einzelnen Nachrichten. Im Jahre 1902 hatten sich der Dresdner städtischen Zentralstelle bereits 100 Vereine und Anstalten und 24 Kirchen- und Religionsgemeinschaften angeschlossen. Auch die Kammerzahlämter der königlichen Familie und zahlreiche wohlhabende Private stehen mit der Zentralstelle in regem Verkehr, deren Bemühungen es insbesondere auch zu danken ist, daß die Konfirmations- und Weihnachtsunterstützungen einheitlich geregelt sind.[1])

Warum sollte das, was in Dresden durchgeführt wurde, in anderen Großstädten nicht zu ermöglichen sein? Tatsächlich hat das Dresdener Vorgehen im Laufe der Zeit doch manigfache Nachahmung gefunden mit mehr oder minder erheblichen, den örtlichen Verhältnissen angepaßten Änderungen so in Charlottenburg, in Posen, in Leipzig, in Düsseldorf, neuerdings auch in Breslau. Amtliche Zentralauskunftsstellen ohne Begründung eines Verbandes der Wohltätigkeitsvereine und -Anstalten in Magdeburg, Lübeck, Hamburg, Frankfurt a. M., Berlin Hannover, Dortmund u. s. w.

Von den privaten Auskunftsstellen sind besonders erwähnenswert die „Zentrale für private Fürsorge" in Frankfurt a. M. und die Auskunftsstelle der deutschen Gesellschaft für Ethische Kultur, letztere bezweckt

1. Beratung der Hilfesuchenden selbst,
2. Auskunftserteilung über Bittsteller,

---

[1]) Nach dem amtlichen Bericht des Vorsitzenden der Breslauer Armendirektion, Stadtrat Martins, über „die Verbindung der öffentlichen Armenpflege mit der Vereins- und Privatwohltätigkeit".

3. Anbahnung planmäßiger Wohltätigkeit,
4. Anleitung und Schulung der Personen, die sich der Armenpflege widmen wollen.

Manches wäre schon erreicht, wenn sich wenigstens bestimmte Gruppen von Wohltätigkeitsvereinen enger zusammenschließen würden, das wäre besonders notwendig für die verschiedenen, besonders zahlreichen Organe der katholischen Charitas. Nach dieser Richtung ist der Charitasverband für das katholische Deutschland tätig, in manchen Städten mit schönem Erfolge: „Lokale Charitasverbände" wurden auf seine Anregung gegründet in Berlin, Breslau, Danzig, Dortmund, Düsseldorf, Essen, Frankfurt a. M., Hannover, München, Stettin und Straßburg.

Ich wende mich zur zweiten der aufgeworfenen Fragen: wie und mit welchen Mitteln ist zu unterstützen? Da möchte ich zunächst für die natürliche und selbstverständliche Grundlage einer jeden richtigen praktischen Armenfürsorge 10 Leitgrundsätze aufstellen, die ich in meinem bereits erwähnten Schriftchen über Armenwesen in folgender Weise zusammengestellt habe:

1. Nach unserer modernen Auffassung soll jeder hilfsbedürftige Mensch Anspruch auf Hilfe haben, und zwar darum, weil er Mensch ist, nicht deshalb, weil er Anhänger einer bestimmten Partei, einer bestimmten Konfession, oder Bürger einer bestimmten Gemeinde oder eines bestimmten Staates ist.

2. Erst dann dürfen Gaben bewilligt werden, wenn die Verhältnisse jedes einzelnen sorgfältig geprüft und gewürdigt sind. Kritikloses Almosengeben befördert den Bettel und den Müßiggang. Es ist nicht eine Wohltat, sondern eine Plage.

3. Die Familie ist zunächst berufen, ihren in Not geratenen Mitgliedern zu helfen, es wird Sache der Hilfsorgane sein, erst die besser gestellten nahen Verwandten um Hilfe anzugehen und dann erst die Mittel der privaten Wohltätigkeit oder der öffentlichen Armenfürsorge für die einzelnen Hilfsbedürftigen nutzbar zu machen.

4. Nicht die Symptome des Übels gilt es in erster Linie zu bekämpfen, sondern die Wurzeln zu beseitigen, diese aufzudecken und dann unter Anwendung aller in Betracht kommenden Mittel energisch zu bekämpfen, das wird immer die vornehmste Aufgabe jeder sozialen Hilfsarbeit sein müssen.

5. Der Arme darf nicht verhätschelt werden, ernst und nachdrücklich sollte man ihn stets von neuem antreiben, daß er sich so

bald wie möglich selbst weiter hilft; der Unterstützte soll nicht besser leben, als der strebsame brave Arbeiter, der auf die Unterstützung verzichten kann.

6. Auch die bescheidenste Tätigkeit des Armenpflegers und der Armenpflegerin ist soziale Hilfsarbeit, d. h. eine Arbeit, um die Gegensätze im sozialen Ganzen, in der menschlichen Gesellschaft abzuschwächen; sie müssen sich daher auch bewußt sein, daß sie nicht isoliert, sondern in Reih und Glied zu marschieren haben. Dieses Bewußtsein wird aber nur dann dauernd lebendig sein, wenn es getragen ist von der Kenntnis der sozialen Gesamtarbeit unserer Tage und von den Gedanken, die diese soziale Gesamtarbeit beherrschen oder doch beherrschen sollen.

7. Bei der Hilfe und bei der Gabenverteilung kommt es häufig nicht in erster Linie auf das Was sondern auf das Wie an, wobei immer zu bedenken ist, daß dem Armen ein geistiges Almosen nicht selten noch notwendiger ist, als ein materielles Almosen, ein geistiges Almosen freilich muß es sein, das eine gesunde kräftige Nahrung darstellt, das nicht ausschließlich besteht in frommen Ermahnungen.

8. Man sollte die Armenfürsorge stets als Zweck, nicht als Mittel zum Zweck betrachten. Insbesondere sind festliche Veranstaltungen im Interesse der Armenfürsorge höchstens stets als notwendiges Übel anzusehen; das gleiche gilt von großen öffentlichen Bescherungen. Nur zu häufig sind sie eine ergiebige Quelle der Bitterkeit und des Neides.

9. Die geistige und politische Entwicklung bedingt es, daß der Notleidende in unseren Tagen sich mehr nach Rechten als nach milden Gaben sehnt. Dieses im Kern gesunde Wollen muß auch die soziale Hilfsarbeit in Rechnung ziehen. Man verschaffe daher dem Hilfsbedürftigen in erster Linie die Rechte, die er auf Grund unserer Gesetzgebung geltend machen kann, und man verschaffe ihm weiter eine seinen geistigen und körperlichen Kräften entsprechende Arbeit, damit er so auf Grund eines Rechtstitels sein und der Seinigen Leben fristen kann.

10. Die beste vorbeugende Armenfürsorge ist eine für Seele, Geist und Körper gesunde Jugenderziehung, die sich am besten auf Grundlage eines tadellosen Familienlebens gestaltet.

Fragt man mich nun weiter, welchen Satz ich für den wichtigsten halte, so möchte ich, wenn ich die großstädtische Armenfürsorge vom sozialen Standpunkte aus zu betrachten habe, den

vierten Punkt herausgreifen: „Nicht die Symptome, nicht die äußeren Erscheinungen des Übels gilt es in erster Linie zu bekämpfen, sondern die Wurzel zu beseitigen, sie aufzudecken und dann unter Anwendung aller in Betracht kommenden Mittel energisch zu bekämpfen . . ."

Als Ursachen der sozialen Not in der Großstadt läßt sich, abgesehen von der Arbeitslosigkeit, von der ich in dem vorigen Abschnitt sprach, in der Hauptsache ein vierfaches anführen:

1. Der Alkoholismus. In welchem Umfange die Trunksucht die Ursache der Armut ist, vermag zuverlässig nie festgestellt zu werden. Die Trunksucht verursacht Zerrüttung des Familienlebens, Verminderung des Erwerbes, Arbeitslosigkeit. Fragt man den Armen, was ihn in die Armut gebracht habe, so wird er diese näheren Ursachen sehr häufig da nennen, wo der eigentliche tiefere Grund für seine Verarmung doch nur in der Liebe zum Alkohol, zum Wirtshausbesuch zu suchen ist. In den Vereinigten Staaten fanden in den Jahren 1897 bis 1903 eingehende Erhebungen statt, die seitens eines Ausschusses von erfahrenen Fachleuten veranstaltet wurden, die ergaben, daß von den untersuchten Verarmungsfällen im Durchschnitt 25 % auf Trunksucht zurückzuführen waren, und daß von den Insassen der in der Erhebung einbezogenen Armenhäuser 50 % der Armutsfälle auf Trunksucht zurückführen, für die 45 % von den Fällen der Vernachlässigung von Kindern war der Trunk die Ursache; nach Popert kann man in Hamburg, 50 % der Armutszufälle auf Trunksucht zurückführen, für die Stadt Genf steigt dieser Prozentsatz sogar auf 90 % aller Fälle von Armenunterstützung (nach Pütter).[1]) Man hat berechnet, daß in Deutschland bei einer Gesamtbevölkerung von 60 Millionen jährlich nicht weniger als 2826 Millionen Mark für alkoholische Getränke ausgegeben werden. Das Reichsarbeitsblatt nimmt an, daß von dieser Summe 1695 Millionen Mark auf die arbeitenden Klassen entfallen. Zum Vergleich sei mitgeteilt, daß die jährlichen Aufwendungen für die gesamte Arbeiterversicherung 488 Millionen und die jährliche Aufwendung für die öffentlichen Volksschulen sich auf 419 Millionen Mark belaufen. Verzicht auf Alkohol würde eine Lohnerhöhung von mindestens

[1]) Vgl. die Beiträge zur „Alkoholfrage" im Reichsarbeitsblatt Jahrg. 1906.

10 %, eine bessere Erziehung der Jugend, Verminderung der Verbrechen, Stärkung des Familienlebens — kurz, ein gutes Stück Vorwärts zum „sozialen Frieden" bedeuten. Helfen kann die Armsenfürsorge:

1. durch persönliche Einwirkung auf den Trinker und die Familie,
2. durch Verbindung mit den Abstinenzvereinen,
3. nötigenfalls durch Beihilfe zur Unterbringung des Trunksüchtigen in eine Heilanstalt und durch Sorge für die Familie während dieser Zeit,
4. durch geeignete Beschäftigung und Beaufsichtigung der aus den Trinkeranstalten Entlassenen.

2. Die Volkskrankheiten. Da ist zunächst zu erwähnen, der Kampf gegen die Tuberkulose, gegen die Schwindsucht. Nach den Angaben des vom Kaiserlichen Gesundheitsamt herausgegebenen „Tuberkulosen-Merkblatts" (Verlag von Julius Springer, Preis 5 Pf., 100 Exemplare 3 Mk.) starben an dieser Krankheit in Deutschland jährlich über 100 000 Menschen, während die Zahl der Kranken auf das Zehnfache geschätzt wird. Jeder dritte im Alter von 15—60 Jahren stehende Mensch erliegt der Tuberkulose. Daß die Tuberkulose besonders verheerend in den Großstädten wirkt, ist ja allgemein bekannt; während z. B. im Jahre 1903 im ganzen Deutschen Reich an Lungentuberkulose von je 100 000 Einwohnern 186,2 starben, fielen derselben Krankheit anheim in Berlin 206,6, in Breslau 304,3, in München 254,8, in Dresden 215,2, in Wien sogar 334 und in Paris 387! Mit großem Erfolge und noch besseren Hoffnungen für die Zukunft ist in den letzten 10 Jahren der Kampf gegen die Schwindsucht geführt worden, von Jahr zu Jahr sinkt die Zahl derer, die der Tuberkulose zum Opfer fallen. Die besten Rezepte für gute Dauererfolge sind gegeben in Besserung der Lebenshaltung, Schaffung besserer Wohnungsverhältnisse, zielbewußtes Vorgehen gegen den Alkoholmißbrauch, Aufklärung über die Natur der Krankheit und die Mittel, ihr zu begegnen — alles Dinge, in denen die Armenfürsorge praktisch erheblich mitwirken kann. Überweisung von bedürftigen Schwindsüchtigen an Heilstätten kommt demgegenüber erst in zweiter Linie in Betracht.

Nächst der Tuberkulose richten in den Großstädten besonders die Geschlechtskrankheiten viel Unheil auch unter den ärmeren

Schichten der Bevölkerung an; es geht das doch schon daraus hervor, daß in Deutschland im Durchschnitt immer etwa $^1/_{10}$ aller Mitglieder der Krankenkassen wegen Geschlechtsleiden in Behandlung sind. Amtlich hat man berechnet, daß Deutschland durch die Geschlechtskrankheiten jährlich rund 150 Millionen Mark einbüßt. Hier zu helfen, wird ja nun gerade dem Armenpfleger nicht leicht sein; aber durch ein gutes Wort zur rechten Zeit, durch praktische Maßnahmen gegen das Schlafgängerunwesen, durch Unterstützung der sog. Bahnhofsmissionen insbesondere, kann doch mancher schöne Erfolg erzielt werden. Durch solche Mittel kann der Armenpfleger zugleich die Prostitution erfolgreich bekämpfen helfen.

Zu den großstädtischen Volkskrankheiten gehört in größerem Umfange, als man meint, die Nervenkrankheit. Bislang haben wir für diese wenig getan. Noch vor wenigen Jahren gab es nur eine Volksheilstätte für Nervenkranke in Schönau bei Berlin.

3. Die mangelnde Haushaltungsfürsorge. Die materielle Lage einer Familie hängt ebenso vom Auskommen wie vom Einkommen ab. Hauptsächlich wird das Auskommen beeinflußt von dem hauswirtschaftlichen Können der Frau. Versteht die Frau Haus zu halten, so wird sie oft mit sehr wenig ein gemütliches Heim und eine gesunde nahrhafte Kost zu bereiten imstande sein und umgekehrt, versteht sie nicht zu haushalten, dann wird manchmal auch bei erheblich hohem Einkommen doch Zufriedenheit nicht ins Haus einziehen. Daß die Frau herangezogen wird zur tüchtigen Hausfrau, dazu kann die Armenpflege nach verschiedenen Richtungen hin manches leisten. Hier können namentlich die Armenpflegerinnen günstig einwirken; mancherlei praktische Hinweise können da von ihnen gegeben werden, die dauernden und höheren Wert haben, als ein Almosen. Die Errichtung von Haushaltungskursen kann gefördert werden; hier und da kann man darauf hinwirken, daß die schulentlassenen Kinder nicht in die Fabrik geschickt werden, sondern bei einer ordentlichen Hausfrau kochen und Hausarbeit zu verrichten lernen.

4. Die verfehlte Berufswahl.

Es ist sicher, daß ein großer Teil unserer sozialen Unzufriedenheit zurückzuführen ist darauf, daß die Kinder leichtsinnig einem Beruf zugeführt werden, für den sie nicht geeignet sind.

In manchen Städten gibt es freiwillige Erziehungsbeiräte, Vereine für Jugendfürsorge, die den Eltern mit guten Ratschlägen zur Seite stehen, wenn es sich darum handelt, ihre Kinder einem Berufe zuzuführen, und gerade diese Vereinigungen in ihren zahlreichen Organisationen möchte ich an die Spitze aller Organisationen der „Armenfürsorge" stellen.

Mustergültiges leistet nach dieser Richtung hin der „freiwillige Erziehungsbeirat für schulentlassene Waisen" zu Berlin.[1]) Er beschränkt seine Fürsorge auf die vater- oder elternlosen, unehelichen oder dauernd vom Vater verlassenen Kinder, es gibt in Berlin über 20000 solcher Kinder, von denen jährlich etwa 2400—2700 zur Schulentlassung kommen. Die Grundsätze, denen der Verein bei seiner Fürsorge folgt, sind: Zusammenarbeit mit ähnliche Bestrebungen verfolgenden Vereinen (z. B. mit dem Vereine zum Wohle der schulentlassenen Jugend); Unterbleiben jedes Eingriffes da, wo den Waisen bereits von anderer Seite ausreichende Fürsorge zuteil wird (z. B. bei den in städtischer Waisenpflege stehenden Kindern); möglichste Vermeidung eines Wechsels in der Person des Pflegers (jeder gemeldete Knabe erhält einen Pfleger, jedes Mädchen eine Pflegerin); Unterbringung von schwächlichen und kranken Kindern auf dem Lande (1903 im ganzen 85); Mitwirkung bei der Berufswahl; Ermittlung von Lehr-, Dienst- und Arbeitsstellen; Fürsorge nach erfolgter Berufswahl.

Die Berufswahl will der Verein so leiten, daß dabei die gesellschaftliche Stellung und die Vermögenslage des Kindes, dessen besondere Neigungen und Anlagen, sein sittlicher, geistiger und körperlicher Zustand, und die sonst in Betracht kommenden allgemeinen und persönlichen Verhältnisse Berücksichtigung finden. Möglichst in allen, jedenfalls aber stets in irgendwie zweifelhaften Fällen ist das unentgeltlich gewährte Gutachten eines Vereinsarztes darüber herbeizuführen, ob der Pflegling für den in Aussicht genommenen Beruf körperlich tauglich ist. Ein Herabsinken des Kindes unter den Stand der Eltern soll möglichst vermieden, ein unverhältnismäßiges Erheben über ihn nur in besonderen Ausnahmefällen gefördert werden... Verwahrloste Kinder sind an einem Orte und in

[1]) Über die Organisation und die Erfolge des Berliner „Erziehungsbeirates" unterrichtet die zum zehnjährigen Bestehen erschienene, von Amtsrichter Goldmann verfaße Festschrift (Berlin 1905).

einem Berufe unterzubringen, in welchem sie den bisherigen schädigenden Einflüssen entzogen sind; eine besonders zuverlässige Familie oder gute Anstalt ist auszuwählen, welche nachträgliche Erziehung des Kindes verbürgt. Berufe, bei denen der Pflegling mit vielen Altersgenossen ohne genügende Beaufsichtigung verkehrt, sind zu vermeiden. Im übrigen soll die Berufswahl bei Knaben nur auf sogenannte gelernte Berufe gelenkt werden; für Mädchen wird Unterbringung als Dienstmädchen in erster Reihe empfohlen. Das sind so praktische, wohlerwogene Grundsätze für die Berufswahl, daß man kein weiteres Wort hinzuzufügen braucht. Aber die Befolgung dieser Grundsätze erfordert viele Arbeit und Mühe, sie verlangt Kenntnisse mannigfacher Art und setzt eine Erfahrung voraus, über die nur wenige Eltern verfügen. Der Berliner freiwillige Erziehungsbeirat konnte 1903 rund 1500 schulentlassene Waisenkinder unterbringen. In einer beträchtlichen Anzahl von Städten wurden Vereine nach dem Muster des Berliner Erziehungsbeirates eingeführt, indessen besteht kein Zweifel für mich, daß das, was im Interesse einer geistig, sittlich und körperlich geeigneten Berufswahl geschieht, erbärmlich gering ist gegenüber dem, was geschehen muß.

Sachkundiger Rat und Hilfe bei der Berufswahl ist nicht nur die beste vorbeugende Armenfürsorge, sondern zugleich auch die beste Mitarbeit an der sozialen Zukunft unseres Volkes. „Wer ein Kind vom Verderben rettet, der errettet ein Geschlecht."

Siebenter Abschnitt

Volksbildung und Volksgeselligkeit.

Volksbildung und Volksgeselligkeit gehören zusammen wie zwei Schwestern derselben Mutter, die den Namen „Volkswohl" trägt. Diese beiden Schwestern sollen Hand in Hand arbeiten für die gemeinsame Mutter. Die Volksbildung allein ohne die Volksgeselligkeit würde wenig ausrichten ähnlich wie der Ernst, wenn er sich nicht zuweilen mit dem Scherze paart; und umgekehrt — die Volksgeselligkeit würde gerade ihre schönsten Ziele nicht zu erreichen vermögen, wenn sie sich nicht auf einem Boden entfalten könnte, der durch die Volksbildung in geeigneter Weise vorbereitet ist.

Was verstehen wir nun unter Volksbildung? Schon das Wort Bildung — es hängt eng zusammen mit bilden, umformen — deutet an, daß es bei der Bildung in erster Linie nicht ankommt auf das Maß der erworbenen Kenntnisse, sondern, daß es darauf ankommt, diese Kenntnisse in sich zu etwas Neuem, zu neuen Werten umzuformen. Nicht derjenige, der viele Bücher gelesen hat, nicht derjenige, der viel auswendig gelernt hat ist deshalb gebildet, sondern nur derjenige, der den Inhalt dieser Schriften in sich aufgenommen hat, in sich verwertet hat für die Ausgestaltung seiner sittlichen Kraft.

Das, was insbesondere den sittlichen Wert der Bildung ausmacht, ist wieder nicht der Umfang des geistigen Interesses, sondern das ist die Energie, die Tatkraft, mit welcher die erworbenen Kenntnisse verwandt werden zur eigenen Verstandes- und Gemütsbildung. In dieser Hinsicht hat mir wenigstens der berühmte Leipziger Philosoph Wundt einmal ganz aus dem Herzen gesprochen, wenn er in seiner Ethik sagt: „die Hingabe an die einfachsten religiösen Ideen kann dem leiblichen und geistigen Armen mehr innere Erhebung gewähren, als dem auf

der Höhe des Lebens stehenden Reichen die Beschäftigung mit den Schätzen der Kunst und Literatur. Nicht in welchem Umfange und in welchem Gebiete, sondern mit wie vielem Ernst und innerem Erfolge der einzelne teilnimmt an dem geistigen Gesamtleben der Menschen, das ist die Frage, die über den sittlichen Wert seiner Bildung entscheidet, weil hierdurch allein die sittliche Gesinnung und damit das Glück abhängt, das von seiner Teilnahme an den geistigen Gütern ausgeht."

Weil man diesen Gedanken vielfach übersehen hat, konnte die Bildung im Laufe der Geschichte nicht immer die Kulturmission erfüllen, die sie zu erfüllen berufen gewesen wäre. Zwar war in der alten Kulturwelt Bildung und Tugend theoretisch im Sinne der Wissenschaft ein und dasselbe, praktisch aber vereinigte sich mit der höchsten äußeren Bildung die Grausamkeit des Amphitheaters, die menschenunwürdige Sklaverei, eine Sittenverderbnis in Staat und Gesellschaft, wie wir sie doch nur in wenigen Epochen der Kulturgeschichte bemerken konnten.

Die Geschichte warnt uns, nicht zuviel von der äußeren Bildung zu hoffen für die sittliche Kraft und das Glück der Menschen und dieselbe Mahnung wird nachdrücklich ausgesprochen von ernsten Männern der Wissenschaft, von Denkern, die in rastloser Tätigkeit eine geistige Höhe erreicht haben, wie nur wenige andere Menschen. Kant selbst betont, daß alle Wissenschaft und Kunst, und mögen sie noch so ausgebildet von dem einzelnen beherrscht werden, die Seele noch lange nicht ausfüllen, daß immer noch ein Platz übrig bleibe, dessen Lehrbleiben uns zwinge, wie er sich ausdrückt, „in Fratzen, Tändelwerk oder Schwärmerei" Mittel zu suchen, um den beschwerlichen Ruf der „Vernunft" zu übertäuben.

Wie Kant betont, daß Wissenschaft und Kunst *objektiv*, ihrem inneren Wesen nach nicht in der Lage sind, die Seele ganz auszufüllen, so hebt Schopenhauer nachdrücklich hervor, daß dies *subjektiv* schon deshalb nicht möglich sei, weil die einzelnen Menschen die dazu nötigen Fähigkeiten nicht besitzen. „Eigentliche Bildung," so sagt Schopenhauer, „bei welcher Erkenntnis und Urteil Hand in Hand gehen, kann nur wenigen zugewandt werden und noch weniger sind fähig diese aufzunehmen; bei dem großen Haufen tritt überall an deren Stelle eine Art Abrichtung."

Und noch auf eins muß ich in diesem Zusammenhang hin-

weisen, wo es gilt, die Grenzen der Volksbildung zu bestimmen. Unendlich häufig ist seit manchen Jahren ein Satz wiederholt worden, den zuerst Schmoller ausgesprochen hat: „Der letzte Grund aller sozialen Gefahr liegt nicht in der Dissonanz des Besitzes, sondern der Bildungsgegensätze." Dissonanz der Bildung wird aber immer bestehen bleiben und bestehen bleiben müssen, solange es Menschen gibt mit verschiedenen Anlagen. Der Dumme und der Kluge, der Fleißige und der Faule werden ebenso beständige Ursachen sein für Gegensätze in der Bildung wie die Verschiedenheit des metaphysischen Bedürfnisses, die Verschiedenheit der Leidenschaft, der Neigung, der Erziehung usw. Aber vielleicht schwebte Schmoller, als er den zitierten Satz aussprach, etwas anderes vor: da, wo er von Bildung sprach, dachte er vielleicht an die Möglichkeit der Fortbildung, und faßt man den Satz so auf, dann allerdings ist er vollkommen richtig. Heute haben wir allgemeine Volksschulpflicht. Eine verständig geführte Volksschule soll geradezu den Hunger nach Bildung auf obrigkeitlichen Befehl nach Möglichkeit wecken. Dann aber mit dem 14. Jahre tritt eine Scheidung ein. Die einen, die Reichen, können ihren Bildungshunger ganz nach Belieben in aller Bequemlichkeit befriedigen, mögen sie dumm oder klug sein, die andern — die Armen —, mögen sie noch so talentiert sein, müssen sich mit einigen Brosamen begnügen, die sie vielleicht abends nach des Tages Last sich mühsam zu sammeln haben. Das ist allerdings ein Gegensatz, ein besonders von intelligenten modernen großstädtischen Arbeitern gefühlter Gegensatz. Da gilt es, Abhilfe zu schaffen und das bringt uns zu den Aufgaben der Volksbildung hin. Sie soll die Gegensätze vermindern, die zwischen den einzelnen Volksklassen dadurch bestehen, daß mit Verminderung des Einkommens gleichzeitig Verminderung der Bildungsmöglichkeit, Verminderung einer veredelten Volksgeselligkeit verbunden ist. Aber noch höher hinauf muß das Streben der Vorkämpfer für Volksbildung und Volksgeselligkeit gehen. Es gilt, zwei Hauptwurzeln des Elends und der Unbehaglichkeit in der modernen Großstadt zu beseitigen, und das sind:

1. Unterdrückung der Persönlichkeit in der Masse,
2. das Schwinden des Heimatsgefühls.

Heben des Persönlichkeitsbewußtseins und Förderung des Heimatsgefühls, das müssen zwei Hauptziele der Volksbildung und Volksgeselligkeit in der modernen Großstadt unter allen Umständen sein.

Was heißt das: Persönlichkeitsbewußtsein? Es heißt nichts anderes als daß jeder Mensch sein Sein und Werden zum guten Teil selbst bestimmen kann, daß er nicht nur Glied des sogenannten großen Ganzen ist, sondern daß er zugleich einen Eigenwert für sich darstellt und daß er nicht nur das Recht, sondern die Pflicht hat, seine gesunde Eigenart auszuprägen, wie wir sagen, sich einen Charakter zu geben. Gewiß, mit dem Satze „höchstes Glück der Erdenkinder sei nur die Persönlichkeit" ist sehr viel Mißbrauch getrieben worden. Goethe schrieb an Eckermann die richtigen Worte: „Wir müssen alle empfangen und lernen sowohl von denen, die vor uns da waren, als von denen, die mit uns sind; selbst das größte Genie würde nicht weit kommen, wenn es alles seinem eigenen Innern verdanken wollte."

Persönlichkeit sein, heißt nicht ein Leben für sich führen, sich isolieren, aber anderseits kann auch nicht mehr von Persönlichkeit die Rede sein, wenn der einzelne ohne eigenes Ziel, ohne eigenes Denken sich von der Masse fortreißen läßt. Selbstgefühl, aber auch Selbstverantwortung verbunden mit dem Streben, die geistige und seelische Kraft möglichst zu entwickeln, zu vervollkommnen, das sind die äußeren Kennzeichen der Persönlichkeit.

An Bedeutung steht gleich neben dem Persönlichkeitsbewußtsein im angedeuteten Sinne das Heimatsgefühl. Allgemein bekannt ist wohl der Spruch: „Doch auch das Paradies wird uns zu enge, sind aus der Heimat wir verbannt." Man kann den Gedanken nicht los werden, daß die Großstädter sich alle mehr oder minder heimatslos fühlen, daß sie sich als Fremde in der kalten großen Stadt fühlen. Aber, muß es so sein, sollte auf großstädtischem Boden Heimatsgefühl überhaupt nicht aufkommen können? Ich glaube doch! Freilich nur unter zwei Voraussetzungen: einmal muß der Großstädter seine Großstadt kennen lernen und, was noch wichtiger ist, er muß einen vorurteilsfreien und nicht nur oberflächlichen Verkehr zwischen den Mitgliedern aller Schichten, aller Gesellschaftsgruppen angebahnt finden, denn wie kann Heimatssinn da aufkommen, wo immer wieder das Trennende betont wird, während es doch so unendlich viel gibt, das die Volksgenossen auch in der Großstadt einigt und zu gemeinsamer Arbeit zusammenführt.

Arbeitet die Volksbildung und Volksgeselligkeit ernsthaft an

der Lösung dieser beiden Aufgaben — Hebung des Persönlichkeitsbewußtseins und Stärkung des Heimatsgefühls —, dann darf man hoffen, daß sie dabei noch andere ebenfalls sehr wichtige Aufgaben zu lösen imstande ist. Da gilt es z. B. den Gedanken neu zu beleben, daß der Mensch nicht von der Arbeit lebt, sondern in der Arbeit, daß die Arbeit nicht nur materiellen, sondern auch ideellen Lohn haben kann und haben muß, daß der einzelne arbeitet nicht nur um sein tägliches Brot zu verdienen, sondern daß er sie auch ausführen soll in dem Gedanken als Herrscher über die Naturkraft zu gestalten, zu formen und so seinen Teil an dem Fortschreiten der Gesamtheit, an dem Gesamtwohl mitzuarbeiten.

Je mehr die Bildung die Persönlichkeit und den Charakter herausarbeitet, um so mehr wird sie die Einsicht fördern, daß der einzelne nicht nur Rechte fordern darf, sondern auch Pflichten willig auf sich nehmen muß. In diesem Sinne wird und soll die wahre Bildung freudige Hingabe an höhere humane und soziale Ideen erzielen und sie muß so geradezu werden zu einer Selbstbestimmung auf das, was dem Einzelnen und auf das, was dem Ganzen Not tut.

Solchen ideellen Zwecken gegenüber treten die materiellen zurück; aber auch diese letzteren erfordern ernste Beachtung. Schon vor mehr als einem Menschenalter schrieb Schultze-Delitzsch in seinen Kapitel zu einem Arbeitskatechismus: „Intellektuelle und sittliche Tüchtigkeit, insbesondere Bildung und Kenntnisse, Einsicht und Energie, verwertet sich weit höher als bloße körperliche Anlage und Fertigkeit. Der Entwicklungsgang der neueren Industrie ist derart, daß mittelst sinnreicher Verstandeskombinationen mehr und mehr die bloße Muskelanstrengung ersetzt wird. Je mehr sich daher jemand bei dem geistigen Teil der Arbeitsaufgabe beteiligt — im Gegensatz zur bloßen körperlichen Anstrengung — je höher im Durchschnitt sein Lohn, und die intellektuelle Hebung eines Menschen bewirkt daher in der Regel auch die wirtschaftliche."

Noch aber haben wir die Frage nicht aufgeworfen, ob denn nun auch wirklich gerade das Großstadtvolk eine höhere Bildung und eine bessere Geselligkeit nötig hat. Daß die Frage bejaht werden muß, wird wohl kaum jemand bezweifeln. Gelegentlich wurde angedeutet, daß es mit dem Wissen, der

Bildung des Großstadtvolkes häufig sehr wenig gut bestellt ist. Wie viel da zu wünschen übrig bleibt, dafür hier noch ein paar Beispiele:

Vor einiger Zeit äußerte sich ein Berliner Lehrer über die Erfolge der Berliner Volksschulen in einem Zeitungsaufsatze so: „Es ist ganz unzweifelhaft, daß die Berliner Volksschulen weniger leisten als gute Dorfschulen und kleinstädtische Schulen . . . . . Die Berliner Schulen blenden hauptsächlich durch Äußerlichkeiten . . . . . Da war ein Knabe, erzählt der Lehrer, aus der ersten Gemeindeschulklasse, dessen Hefte tadellos waren und geradezu einen imponierenden Eindruck machten. Ein Untersekundaner eines Gymnasiums hätte auf ein solches Aufsatzheft stolz sein können. Diesem Knaben diktierte ich eine Lokalnotiz aus einer Zeitung, aber das Diktat wimmelte von greulichen Fehlern. Dann sagte ich ihm: Stelle dir vor, du seiest ein Kaufmannslehrling. Dein Chef, der auf dem Punkte stand, Bankerott zu machen, sei plötzlich flüchtig geworden, und nun frage brieflich bei deinem Vater an, was du in dieser unbequemen Lage tun solltest, ob du auf deinem Posten bleiben oder nach Hause zurückkehren solltest usw. Der Knabe schrieb einen kurzen Brief, wozu er eine ganze Stunde brauchte, und dieser Brief enthielt nicht nur wiederum die gröbsten orthographischen und grammatikalischen Fehler, sondern war auch absolut unverständlich. Der Knabe hatte einfach nicht gelernt, seine Gedanken zu Papier zu bringen."

An einer anderen Stelle versicherte der Lehrer, daß manche Jungen, die die Berliner Schule absolviert haben, nicht einmal imstande waren, das Adreßbuch nachzuschlagen, weil sie die Reihenfolge der Buchstaben nicht kannten. Mit Recht wirft er die Frage auf: was sollen demgegenüber in den Lehrplänen der Schulen Geometrik, Botanik, Zoologie, Anthropologie? was die eingehende Beschäftigung mit Geographie und Geschichte?

Ein anderes Beispiel: Bei der Berliner Fleischerinnung sollte eine Prüfung stattfinden von 23 Prüflingen behufs Aufnahme in die Fach- und Fortbildungsschulen. Den Schülern legte man eine Reihe von Fragen einfachster Art vor, die sie beantworten sollten. Einzelne Fragen waren z. B. folgende: Warum feiern wir Ostern? Von 23 gaben 9 gar keine, 5 eine grundfalsche Antwort. Auf die Frage: Wie heißt der Stifter der christ-

lichen Religion? antworteten 9 Schüler Dr. Martin Luther, 2 Schüler wußten überhaupt keine Antwort zu geben. Als Hauptstadt Preußens bezeichnete 1 Schüler Deutschland, ein anderer Brandenburg. Auf die Frage, man nenne einige hervorragende Männer zur Zeit Kaiser Wilhelm I. antworteten einige Blücher und Gneisenau, selbst den großen Kurfürsten hielt einer für einen Zeitgenossen des alten Kaisers. Von Bismarck wußten 9 Schüler kein Wort, 2 nicht einmal, wie unser Kaiser heißt.

Besonders traurig sieht es aus mit der Anschauungsfähigkeit der Großstadtkinder. Auch da herrscht eine Anschauungsarmut, wie man sie kaum für möglich halten sollte. Die Blätter für Knabenhandarbeit erbrachten vor einigen Jahren den statistischen Nachweis, daß von sämtlichen gefragten Schülern von 6 und mehr Jahren 70 % keine Vorstellung vom Sonnenaufgang, 54 % keine vom Sonnenuntergang besaßen, 75 % keinen lebenden Hasen, 49 % noch keinen Frosch, 59 noch kein Ährenfeld, 66 % kein Dorf, 67 % keinen Berg gesehen hatten. Mehrere Schüler wollten einen See gesehen haben, bei dem genauen Nachforschen ergab sich, daß sie einen Fischweiher auf dem Marktplatz gemeint hatten.

Und wie sieht es mit der Volksgeselligkeit aus? Die große Masse der Großstädter kennt, wie jüngst in einer kleinen Schrift des Dresdener Vereins für Volkswohl geschildert wurde, nur drei Möglichkeiten, ihre freie Zeit, besonders an Sonntagen, tot zu schlagen.

Das sind zunächst die Bierpaläste für die Bessergestellten, die Schnapsspelunken für die Armen. Die Geselligkeit besteht darin, den Magen zu befriedigen und möglichst intensiv dem Alkohol zuzusprechen. Dabei bleibt es zweifelhaft, was mehr zu bedauern ist, wenn der Vater allein in die Schenke geht und die Familie in der trüben Wohnung zurückläßt, oder wenn er seine Familie bis herab zum kleinsten Kinde Sonntags in das Wirtshaus hinführt. Das ist die erste Art.

Die zweite Art der üblichen Volksgeselligkeit findet ihren Mittelpunkt in den Tanzsälen, die, wie wohl allgemein zugegeben wird, in den Großstädten so häufig dem sittlichen Leben und Empfinden der Teilnehmer ernste Gefahr bereiten.

Und endlich die dritte Art der Volksunterhaltung sind die

Variété-Vorstellungen und die Singhallen, die in ihrer Darbietung auf die niederen Instinkte der Menschen spekulieren und dadurch eine Gefühlsroheit herbeiführen, die für die Beteiligten und das Gesamtwohl gefährlich sind.

* *
*

Welch gewaltiger Weg von diesen Tiefen bis zu den Höhen, auf die eine echte Volksbildung und edle Volksgeselligkeit führen kann! Es gibt nun der Wege, die hinführen, manche. Wenigstens möchte ich den Weg andeuten, den ich nach meinem Empfinden für den besten halte. Es gilt in erster Linie die Lücken der Volksschule auszufüllen. Die Benutzung unserer zahlreichen anderen Bildungsmittel kann ja ernstlich erst in Frage kommen, wenn die nötigen elementaren Kenntnisse vorhanden sind. Da ist es mit Freuden zu begrüßen, daß in vielen Ländern Studenten in erster Linie bemüht sind, Angehörigen der unteren Klassen Elementarunterricht zu geben. In Dänemark ist man mit gutem Beispiel vorangegangen; dort wurde 1883 ein Studentenbund gegründet, der sich zum Zwecke setzte, Abendunterricht an die Arbeiter zu erteilen. Schreiben, Rechnen, Orthographie, Deutsch, Englisch, das sind die Hauptfächer, in denen der Unterricht erteilt wird. Auch durch Herausgabe volkstümlicher Broschüren, durch Versendung populär-wissenschaftlicher Artikel an die Provinzblätter sucht der dänische Studentenbund die Arbeiterbildung zu heben und das dänische Beispiel hat Nachahmung gefunden. In Frankreich, England, in Österreich sind Studenten in ähnlicher Weise tätig. Auch in Deutschland hat man wenigstens hier und da das Beispiel des Auslandes nachgeahmt, besonders neuerdings in Berlin. Wünschenswert ist es dabei, daß der Unterricht, wie es z. B. in Berlin der Fall ist, geleitet wird unter Mitwirkung von Vertrauensleuten der Hörer.

Ein zweites Mittel zur Volksbildung ist das Anschauen, das Sehen. Wir haben in unseren Großstädten die prachtvollen Museen, wir haben die botanischen und zoologischen Gärten, reiche Sammlungen von Schätzen aus den verschiedensten Gebieten. So, wie sie da stehen, mit einer Nummer und einem dazu ge-

hörigen Katalog bedeuten sie für die Volksbildung herzlich wenig. Leben muß in diese tote Masse hineingebracht werden, ein Leben, daß als solches sieht und empfindet nicht nur der Fachgelehrte, sondern auch der einfache Mann, die schlichte Frau aus dem Volke. Dabei ergibt sich vielleicht auch von selbst, daß die Großstadt ihre Merkwürdigkeiten, ihre Eigenarten hat, um derentwillen man dort das Stückchen Erde auf dem sie steht, lieben lernen mag. Man hat in den letzten Jahren allenthalben ernstlich begonnen, die großstädtischen Sammlungen für die breite Masse lebendig zu machen. Sachkundige ziehen mit einer andächtig lauschenden Gemeinde durch die Museen, Sammlungen, erklären, erzählen und vermögen so mit verhältnismäßig leichter Mühe das Bildungsniveau der Zuhörer viel leichter zu heben, als das sonst irgend möglich ist.

Das gesprochene Wort vom hohen Katheder herunter wird nie in der Weise wirken können, das gesprochene Wort ohne Anschauung verhallt zu leicht und zudem wird der Redner immer mit der Schwierigkeit zu kämpfen haben, daß er ein ganz verschiedenartig zusammengesetztes Publikum vor sich hat. Setzt er zuviel voraus, schätzt er die geistige Fähigkeit seiner Zuhörerschaft zu hoch ein, so werden viele seinen Ausführungen nicht folgen können, keinen Nutzen daraus ziehen und umgekehrt, setzt er zu wenig voraus, unterschätzt er die Vorkenntnisse seiner Zuhörerschaft, ist er wie man sich auszudrücken pflegt, zu populär, so wird er bald die Aufmerksamkeit gerade der Elite der Zuhörerschaft verlieren und diese werden dann kaum mehr als das Gefühl, sich ordentlich gelangweilt zu haben, mit nach Hause bringen. Anderseits ist es aber sehr wünschenswert, daß in Volksvorträgen, wie z. B. in unseren Volkshochschulkursen, die Zuhörerschaft aus allen Schichten der Bevölkerung sich zusammensetzt, wenn sich da arm und reich, hochgebildet und weniger gebildet zu gemeinsamer ernster Arbeit vereinigen, so kann das gar nicht anders als günstig auf das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Volksschichten einwirken. Wie dabei der Redner vorträgt und was er vorträgt, wird man immer mehr oder minder seinem Ermessen anheimstellen, doch scheint es mir im allgemeinen mehr wünschenswert zu sein, daß er die Hörer zu sich hinaufzieht als daß er zu ihnen herabsteigt, da liegt, so glaube ich, der Unterschied zwischen Volksvorträgen, die der Volksbildung dienen sollen, und von Reden, die

der Agitation dienen. Wichtig scheint es aber dabei zu sein, daß der Vortrag nicht als ein einzelner gehalten wird, sondern ein Glied darstellt in einer Reihe von Vorträgen. Dadurch ist es viel leichter möglich, Anregung zu eigenem Nachdenken zu geben, zur Kritik herauszufordern.[1])

Wünschenswert ist ferner, daß dieser Zyklus von Vorträgen ergänzt wird durch eine Aussprache zwischen Redner und Hörern, eine Aussprache, die aber am besten nicht stattfindet gleich im Anschlusse an den einzelnen Vortrag, sondern erst dann, wenn der gesamte Zyklus zu Ende ist, so etwa, daß in dem einen Semester die Vorträge stattfinden und im nächsten Semester die Diskussion. Natürlich muß diese Diskussion sich in geordneten Bahnen bewegen und von vornherein muß jeder Teilnehmer klar darüber sein, daß eine solche wissenschaftliche Aussprache einen ganz anderen Zweck hat als die Aussprache, die sich in Volksversammlungen an die Rede anschließt.

Neben dem gesprochenen Wort wird natürlich das gedruckte Wort wirken müssen. Das Lesebedürfnis des deutschen Volkes ist in den letzten Menschenaltern ganz enorm gestiegen; dafür, wie dieses Bedürfnis in leider allzu vielen Fällen befriedigt wird, zeugt die Tatsache, daß wir in Deutschland und Österreich nicht weniger als 45000 Schauerroman-Kolporteure haben. Manche Schauerromane wurden in Hunderttausenden von Exemplaren verbreitet und daß davon ein erheblicher Teil auf die Großstadt entfällt, beweist die Tatsache, daß z. B. allein von dem Roman mit dem kennzeichnenden Titel „Die Geheimnisse des Königsschlosses oder Enthüllungen über Ludwig II." in Berlin in ganz kurzer Zeit 50000 Exemplare abgesetzt wurden. Dabei gibt es in Berlin wie in anderen Großstädten Gelegenheit für ein oder zwei Pfennige pro Heft derartige Schauerromane leihweise zu erhalten, so daß die Zahl der Leser noch weit größer ist als die Höhe der Auflage. Daß das höchst bekla-

[1]) Lebhaft möchte ich auf Grund eigener Erfahrung für die Richtigkeit einer Bemerkung eintreten, die einmal Prof. Lassar-Cohn anläßlich einer Rundfrage der Zukunft (1897 Nr. 41) über „volkstümliche Hochschulkurse" machte: „Von einer Belehrung über irgend ein Gebiet des menschlichen Wissens kann in einem Einzelvortrag keine Rede sein. So leicht es ist, einen guten Vortrag zu halten, in dem der Vortragende eben über einen ihm persönlich besonders zusagenden Gegenstand spricht, so schwer ist es, eine Reihe von fortbildenden Vorträgen über ein ganzes Gebiet zu halten . . ."

genswerte Verhältnisse sind, liegt auf der Hand. Die Polizei und gute Ermahnungen können herzlich wenig helfen, nur das Bessere vermag das Schlechte zu verdrängen. Wie das geschehen kann, das haben uns England und insbesondere Amerika durch Vorbilder gezeigt. Deutschland hat seit einigen Jahren sich energisch aufgemacht, um auf diesem Gebiete längst Versäumtes durch Einrichtung von Volksbibliotheken nachzuholen.

Wie im einzelnen die Volksbibliotheken einzurichten sind, das kann hier natürlich nicht auseinandergesetzt werden. Allgemein wird man den Satz vertreten dürfen: nur dann kann die Volksbibliothek ihren vollen Nutzen haben, ihre Zwecke ausgiebig erfüllen, wenn da eine Stimme über sie herrscht: wenn ich dort hinkomme, wird mir geholfen, wird mir gerne geholfen, dann bin ich nicht als Störenfried da, sondern herzlich willkommen geheißener Gast. (Ladewig.) Nun muß aber der Einzelne, der sich die Bücher verlangt, und fordert, auch schon selbst etwa wissen, was er wählt und das ist ein Grund dafür, weshalb ich die Volksbibliotheken erst in zweiter Linie als Volksbildungsmittel hingestellt habe, zunächst muß eine gewisse Grundlage da sein.

Wie es denn überhaupt bei der Volksbildung in erster Linie darauf ankommt, daß in richtiger Weise die Volksbildung dargereicht und in richtiger Weise aufgenommen wird und das hängt aber ganz entscheidend ab von den Leuten, die die Volksbildungsorganisation leiten, von denjenigen, die sich in den Dienst der Volksbildung stellen.

Gilt das schon von der Volksbildung, so gilt es noch mehr von der Volksgeselligkeit.

Die „Volksgeselligkeit" muß anfangen bei dem Kinde. Bei den Kindern und der heranwachsenden Jugend kann man damit verhältnismäßig am meisten erreichen: Kinderspiele und Kinderfahrten, Sommerpflege, Lehrlingsvereine, Turnfahrten, Mädchenabende können Zwecken der Volksgeselligkeit dienen. Für die Erwachsenen kommen in Betracht: Familienabende, Volksfeste, Volksunterhaltungen, Theaterveranstaltungen, Konzertveranstaltungen. Was da alles im einzelnen geschehen kann, das habe ich nirgendswo am ansprechendsten auf Grund praktischer Erfahrung ausgeführt gefunden als in dem kürzlich erschienenen und schon erwähnten Buche „Volkswohlfahrt und Volksgeselligkeit" nach den Erfahrungen des Dresdener Vereins Volkswohl

und herausgegeben von diesem Verein. Auf dieses Schriftchen möchte ich diejenigen verweisen, die sich für Volksgeselligkeit insbesondere interessieren.

Sehr wünschenswert wäre es, daß die verschiedenen Veranstaltungen für Volksunterhaltung, Volksgeselligkeit, Volksbildung, soweit es sich um Innenveranstaltungen handelt, in einem dafür besonders eingerichteten „Heime", einem „Volksheime", abgehalten werden können. In solchen Volksheimen mögen sich Angehörige aller Berufsklassen zusammenfinden zu gemeinsamer Unterhaltung und Belehrung, zum gegenseitigen Gedankenaustausch da können sie Bücher und Zeitungen lesen, Unterrichtskursen beiwohnen — kurz sich belehren und unterhalten, ohne zu dem kostspieligen, oft genug die Gesundheit und gute Sitte verderbenden Genusse geistiger Getränke gezwungen zu sein.

Von diesem Gedanken ging der Dresdener Verein „Volkswohl" aus, als er 1889 sein erstes Volksheim eröffnete; es erfreute sich eines solchen lebhaften Zuspruchs, daß bald weitere Volksheime in den verschiedenen Stadtteilen, namentlich aber in den eigentlichen Arbeitervierteln errichtet wurden; im Jahre 1904 unterhielt der Verein einschließlich je eines besonderen Lehrlings- und Mädchenheims 11 Volksheime, 7 davon erforderten Zuschüsse in Höhe von 7772 Mark, die 4 übrigen hingegen ergaben Reinerträge, die sich insgesamt auf 8790 Mark beliefen.

Zur Besichtigung eines dieser Heime möchte ich den Leser an der Hand des Vereinsberichtes einladen. Es ist das Volksheim Nieritzgarten, in dem sich gleichzeitig die Zentrale des Vereins befindet: Das Haus liegt mitten in einem wohlgepflegten Garten, der zum Teil — im Sommer — Restaurationszwecken dient, ein anderer davon abgeschlossener Teil ist bestimmt, ausschließlich der Ruhe, der Erholung und dem Naturgenusse zu dienen. An den Restaurationsgarten schließt sich ein Kinderspielplatz an, dessen Areal der Rat zu Dresden dem Verein unentgeltlich verpachtet hat — das Hauptgrundstück ist Eigentum des Vereins. Wohl gesorgt ist auf dem Spielplatz für die kleinen und die größeren Kinder, für erstere liegen in einer Ecke einige Sandhaufen zum Spielen bereit, die letzteren finden in einem Schuppen, der zugleich auch Schutz gegen plötzlichen Regen bietet, allerlei Spiele und Gerätschaften. — Im eigentlichen Volksheime sind im Erdgeschosse drei untereinander zusammenhängende Räume für den Verkehr bestimmt, in dem größten werden Spei-

sen und Getränke ausgegeben, in dem daran anstoßenden Zimmer steht den Besuchern ein Klavier zur Verfügung, und in einem kleineren dritten Zimmer sind allerlei Erinnerungen an Gustav Nieritz zu finden, u. a. auch die „Geburtsstätte" der meisten Nieritzschen Erzählungen, ein alter Schreibtisch. In diesen Räumen finden sich täglich 120—140 Gäste ein.

Im oberen Stockwerk sind die Geschäftsräume des Vereins, ständig sind vier Beamte beschäftigt; auch ein Bibliothekzimmer ist hier eingerichtet. In einem Seitengebäude befinden sich die Wohnung des Heimverwalters und die Dienstbotenräume. — Der Nieritzgarten ist nicht das größte und nicht das neueste Dresdener Volksheim, aber gerade wegen seiner Bescheidenheit und Einfachheit verdient er besonders den Namen „Volksheim".

Etwas anders geartet als die Dresdener Volksheime sind die Einrichtungen der Hamburger Gesellschaft „Volksheim". Diese Gesellschaft bezweckt in erster Linie die Pflege persönlichen Verkehrs zwischen den gebildeten bürgerlichen Kreisen und den Arbeitern zur Förderung gegenseitiger Achtung und gegenseitigen Vertrauens. Sie will beiden Gelegenheit bieten, sich in ihren Lebensanschauungen näher kennen und verstehen zu lernen, und dadurch den Gemeinsinn beleben; sie will endlich den Gebildeten die Möglichkeit eröffnen in persönlicher Weise sozial zu wirken. Zur Erreichung ihres Zweckes erstrebt die Gesellschaft die Beschaffung von „Niederlassungen" in den Arbeitervierteln Hamburgs und die Vermittelung geeigneter Wohngelegenheiten für persönlich tätige Mitglieder und Freunde in der Nähe dieser Niederlassungen. Das Arbeitsgebiet der Gesellschaft umfaßt im übrigen die Förderung und Begründung aller solcher Einrichtungen und Veranstaltungen, die der Erreichung ihres Zweckes dienlich sein können, insbesondere von Auskunftsstellen, öffentlichen Vorträgen mit freiem Meinungsaustausche, Vortragsreihen über Fragen des täglichen Lebens, Sonntagsunterhaltungen, Bilder- und Kunstausstellungen, Ausflügen und Besichtigungen, Arbeitsklubs, Vereinen für die schulentlassene Jugend. Angehörige gebildeter bürgerlicher Kreise, die sich verpflichten, regelmäßig mindestens an einem Volksheimszweige mitzuarbeiten, werden in den Kreis der „Mitarbeiter" aufgenommen, solcher Mitarbeiter gab es im Geschäftsjahr 1905/6: 194. Diese verteilten sich auf folgende Berufe:

Richter 19 — Anwälte 18 — Notar 1 — Staatsanwalt

1 — Syndici 3 — Räte 3 — Assessoren 8 — Referendare 28 — insgesamt 81 Juristen — Schulrat 2 — Gymnasiallehrer 9 — Volksschullehrer 7 — Lehrerinnen 6 — Pastoren 6 — Archivare und Bibliothekare je 1 — Ärzte 3 — Chemiker 3 — Astronom 1 — Techniker 4 — Kunsthandwerker 2 — Musiker 3 — Schriftsteller und Dozenten 5 — Kaufleute und Fabrikanten 22 — Damen ohne Berufstätigkeit 26 u. s. w.

Ein Teil dieser „Mitarbeiter" nimmt für kürzere oder längere Zeit Wohnung — nach dem Vorbilde der englischen Settlements — unter den Arbeitern; neuerdings hat man dazu insbesondere Studenten aus allen Teilen Deutschlands mit Erfolg angeregt. Sehr schön und richtig heißt es in dem letzten Jahresberichte der Gesellschaft: Auch für uns ist, wenn es viele auch nicht eingestehen wollen, die Arbeiterschaft mit ihren Anschauungen, Wünschen und Bedürfnissen noch eine fremde Welt. Wenn wir aber eine fremde Welt, ein anderes Land kennen lernen wollen, so genügt es nicht, nur Bücher und Reisebeschreibungen darüber zu lesen, und einmal einen oder den anderen Menschen aus diesem Lande zu sprechen, wir müssen hinreisen und uns so lange dort aufhalten, bis wir Sprache und Sitten und Gebräuche verstehen gelernt haben. Dann werden wir über das Land auch richtig urteilen können, und seine Bewohner, die uns zuerst als Fremdlinge behandelten, werden wiederum uns kennen und schätzen lernen . . .

Für den Winter behaglich aber einfach eingerichtete Volksheime, im Sommer aber hinaus in die freie Natur; spärlich ist ja das, was man dem Großstadtvolk reichen kann, aber dieses Wenige sollte man nicht säumen zu geben.

Da haben wir zunächst die auf Anregung des Dr Schreber in Leipzig entstandenen Kleingärten, die Schrebergärten: Innerhalb oder — und das ist natürlich die Regel — außerhalb der Stadt in nicht zu weiter Ferne werden größere Grundstücke, die noch nicht baureif sind, in kleine Abschnitte von 1 bis 3 ar geteilt; in der Mitte eines solchen Grundstücks befindet sich gewöhnlich ein Spielplatz. Die Gärten selbst werden mit Wasserleitung, Einfriedigung versehen, um dann nach Schaffung der nötigen Zugangswege für billiges Geld, 6, 10, 20 Pfennig für den Quadratmeter verpachtet zu werden. Da können nun die Großstädter „eigenes" Obst oder Gemüse ziehen „eigene" Blumen pflücken, sie können in angebrachten Nistkästchen den Vöglein in „ihrem" Gebiete Wohnung verschaffen; kleine Lauben oder

Gartenhäuschen bieten Schutz gegen Regen und Sonnenstrahlen, dort bereitet man wohl auch den Kaffee oder gar das Mittagsmahl, und wie anders schmeckt es da als in düsteren Räumen der Mietskasernen! Nach Herzenslust können sich die Kinder herumtummeln, oder sich mit der kräftigend und erzieherisch wirkenden Gartenarbeit beschäftigen. In Leipzig gibt es derartige Schreber-Kolonien schon seit Jahrzehnten, rings um die Stadt breiten sie sich aus, mit ihren zahlreichen Obstbäumen bieten sie zumal in der Blütezeit einen entzückenden Anblick. Zur Feierabendzeit oder am Sonntage sieht man ganze Scharen Großstädter — junge und alte — dort beschäftigt; die Freude strahlenden Gesichter zeigen, wie wohl es ihnen tut, auf einige Stunden der Enge der Großstadt entrückt zu sein. In manchen Städten hat man das Vorbild nachgeahmt, so in Berlin, in Köln, in Frankfurt a. M., in Halle, in Magdeburg, in Wiesbaden u. s. w. Nur eine Stadt — Krefeld — konnte berichten, daß auf das Angebot solcher Parzellen nicht genügend Nachfrage erfolgte, alle anderen Städte wissen nur vorzügliche Erfolge zu melden.

Noch ein zweites Mittel gibt es, um einen Teil der Großstädter für einige Zeit „ins Freie" zu bringen .... Ferienspiele und Ferienkolonien für die Volksschüler. Es sind nicht immer freudige Gefühle, mit denen die Eltern in der Großstadt den Ruf ihrer Kinder hören: „Nun haben wir Ferien!" Der Vater ist den ganzen Tag beschäftigt, die Mutter muß in sehr vielen Fällen mitverdienen, und wo das nicht der Fall ist, hindert sie die Sorge um die Haushaltung und die Pflege der Kleinsten den größeren Knaben und Mädchen die nötige Obhut angedeihen zu lassen. Im Hofe werden die Kinder nicht geduldet, sie müssen hinaus auf die Straßen mit ihren großen sittlichen und auch gesundheitlichen Gefahren. Wie traurig sieht es also mit der Ferienerholung der Großstadtkinder aus!

Man will helfen und hat auch schon wacker geholfen, aber es könnte, ja müßte noch sehr viel mehr geschehen. Nur die kränklichen und schwächlichen Kinder kommen in Ferienkolonien.

Nach Bericht der „Zentralstelle der Vereinigungen für Sommerpflege" wurden im Jahre 1905 in Ferienkolonien verpflegt, in Prozenten der Bevölkerung in

Hamburg . .	1,04	Straßburg . .	0,75
Leipzig . . .	0,83	Bremen . . .	0,70
Düsseldorf . .	0,77	Danzig . . .	0,69

Charlottenburg	0,68	Duisburg . .	0,39
Barmen . . .	0,66	Dresden . . .	0,38
Mannheim . .	0,56	Posen . . .	0,38
Essen	0,48	Berlin . . .	0,31
Köln	0,42	Stuttgart . .	0,31
Frankfurt a. M.	0,40		

Das sind doch Zahlen, die deutlich zeigen, daß den Ferienkolonien längst noch nicht genügend Interesse entgegengebracht wird; man darf sicher sein, daß das hier verwandte Kapital der menschlichen Gesellschaft reichen Gewinn bringt.

Die Kinder, die nicht in Ferienkolonien untergebracht werden können, sollte man wenigstens durch Veranstaltung regelmäßiger Ferienspiele von den Straßen wegzubringen suchen. Sehr gut haben sich die Ferienspiele in Berlin bewährt. Jedes Kind hat mindestens 10 Pfg. zur Fahrt mitzubringen. Diejenigen, die ohne diese 10 Pfg. kamen, wurden aber deshalb nicht zurückgewiesen. Stullen mußten sich die Kinder selbst mitbringen; wer nichts zu essen mitbrachte, erhielt etwas von der Spielleitung; diese versorgte auch jedes Kind mit ½ Liter Milch, nachmittags gab es Kaffee, einige Male auch Würstchen; in den letzten Ferien wurde täglich eine warme Suppe verabreicht; außerdem Milch und Kaffee. Die Ausfahrt erfolgt morgens ½9 Uhr, die Rückfahrt abends 6 Uhr, so daß die Kinder rechtzeitig zum Abendbrot, das in vielen Arbeiterfamilien als Mittagsbrot gilt, zu Hause eintreffen. Die Erfahrungen mit diesen Ferienspielen waren so gut, daß die Berliner Stadtverwaltung den im Jahre 1906 gewährten Zuschuß von 5000 Mark im Jahre 1907 auf 12 000 Mark erhöhte.

Schrebergärten, Ferienkolonien, Ferienspiele bieten längst nicht genug, um den Großstädter in Fühlung zu halten mit dem „lebendigen Grün", mit der „freien Natur". Dazu muß weiter verhelfen reichliches Grün in den Städten. Urteilt man darüber an Hand des vorliegenden Zahlenmaterials, so wird man wohl für die meisten Städte zu einem befriedigenden Urteil kommen. Über öffentliche Park-, Garten- und Schmuckanlagen in Großstädten läßt sich für 1903/4 nebenstehende Tabelle zusammenstellen.

Erfreulich ist die durchschnittliche Steigerung der Ausgaben für die städtischen Anlagen. Sie beliefen sich 1890 in Berlin auf 34 Pfg. auf den Einwohner, zehn Jahre später auf 64;

die entsprechenden Zahlen lauten für Leipzig 17 und 84; Breslau 16 und 65; Dresden 36 und 59; Hannover 11,5 und 50; Düsseldorf 28 und 59 (nach Kalkschmidt).

Auf einen Einwohner entfallen qm Anlagenfläche (städtische, staatliche, private) in Essen 0,7; in Frankfurt a. M. 1,2; in Hamburg 1,7; in Duisburg 2,1; in Berlin 2,3; in Breslau 4,3; in Cöln 5,5; in Dresden 7,1; in Düsseldorf 8,4; in Magdeburg 10,9; in Charlottenburg 10,9; in München 12,2; in Mannheim 15. Die große Anlagenfläche Mannheims verdient um so mehr hervorgehoben zu werden, weil der weitaus größte Teil dieser Fläche (11,6 pro Einwohner) sich in städtischem Eigentum befindet; in München waren beispielsweise nur 2,8 qm pro Einwohner städtisch, hingegen 9,6 qm staatlich und privat. Überhaupt erfreuen sich gegenwärtige und frühere Residenzen mancher Vorzüge hinsichtlich des „Grüns in den Städten", während rasch aufblühende Industrieorte, wie Essen, besonders benachteiligt sind.

Immerhin wird man bei bescheidenen Ansprüchen mit dem Umfange der öffentlichen Garten- und Parkanlagen in den meisten Großstädten zufrieden sein dürfen. Gilt dasselbe auch für die Form der Anlagen und die Art ihrer Benutzung?

	Anlagen über 5 ar im Stadtgebiet		Parkanlagen d. Stadt außerh. d. Stadtgebiets		Aufwand der Stadt für ihre Anlagen	
	Anzahl	Fläche ar	Anzahl	Fläche ar	ordentlich	außerord. Mark
Berlin	152	46 900	2	18 639	471 800	35 700
Breslau	—	20 308	2	14 246	250 706	30 246
Charlottenburg .	28	26 289	1	238	79 879	8 245
Cöln	67	23 533	1	3 930	215 133	41 151
Dortmund . . .	20	11 900	—	—	53 498	14 377
Dresden	105	36 343	—	—	212 434	55 237
Düsseldorf . . .	—	21 371	1	11 800	109 000	49 350
Duisburg . . .	6	4 051	—	—	20 000	—
Essen	7	1 791	—	—	109 500	—
Frankfurt a. M. .	33	3 933	—	—	133 829	35 057
Hamburg . . .	111	14 082	—	—	—	—
München	97	66 815	1	936	186 061	64 156

Jeder grüne Baum und jedes Stückchen Raſen in der Großſtadt iſt von Nutzen, es erquickt das Auge und hilft die Luft verbeſſern. Aber ſollte man ſich damit begnügen?

Mitten in einer Arbeitergegend Berlins liegt der Humboldthain, eine Schöpfung G. Meyers; er iſt dem Vergnügen und der Erholung, aber auch der Belehrung der Großſtadtbürger und ihrer Kinder gewidmet. Die Großen können ſich auf den ſchattigen Wegen nach des Tages Mühen und Laſten erholen; die Kleinen tummeln ſich indeſſen auf wohlvorbereiteten großen Spielplätzen herum.

Die Pflanzungen ſelbſt ſind nach Vegetationszonen botaniſch und wiſſenſchaftlich angeordnet, die einzelnen Gehölze mit deutlichen Namensſchildern, die auch die Heimat nennen, verſehen. Gewächshausanlagen und Frühbeete laden zu einer Exkurſion in der Gartenbaukunſt ein. In dieſer Weiſe, meine ich, müßte das „Grün" den Großſtädten reichlicher geboten werden als bisher, ohne ängſtliche Polizeiſcheu, es könnte etwas zertreten oder ein Zweig geknickt werden; um der Zerſtörungsſucht vorzubeugen, wird man am beſten an die Selbſterziehung des Publikums appelieren, das nützt auf die Dauer viel beſſer als der Strafbefehl der Polizei.

Solche Parkanlagen könnte man nicht ohne Vorteil zu Gedenkhainen umwandeln, wie ſie W. Wetekamp und neuerdings Hans Schmidkunz fordern. Die Denkmäler ſollen uns nicht im Wege ſtehen, ſie ſollen uns Luſt und keine Laſt bereiten, man rücke ſie daher ab von dem Geräuſch des täglichen Lebens, gliedere ſie den grünen Anlagen ein. Da werden ſie vielleicht dem einen oder anderen lebendig werden, zu ihm reden von den Taten der Vergangenheit — auch das wäre ein Mittel, um dem Großſtädter das wieder zu geben, was ihm beſonders nottut: Perſönlichkeitsbewußtſein und Heimatsſinn!

Schlußwort.

W. F. Claſſen wirft in einer vor kurzem erſchienenen Schrift die Frage auf: wie wird ſich unſer heimiſcher Menſchenſchlag in der Großſtadt entwickeln? er antwortet: „Bis jetzt iſt noch nicht erwieſen, daß die Großſtadt wirklich fruchtbar iſt an geſunder Menſchenkraft. Tauſende gefährliche Dämonen ſind dort ſtetig am Werke, unſere Nervenkraft aufzureiben, unſere Sinne abzuſtumpfen, und tief in der Seele fühlt es die Maſſe, fühlt es der einzelne, wie wir abgeſchnitten ſind vom Mutterboden unſerer Kraft“... Und an einer anderen Stelle meint er ſpeziell im Hinblick auf die großſtädtiſche Arbeiterſchaft: „Wer immer einmal mit ganzer Seele hineingeht in das Leben des großſtädtiſchen Arbeitervolkes, der ſieht da zwar viel großſtädtiſche Albernheit, Modeherrſchaft, lächerliche Verzerrung, aber aus der Tiefe wächſt und ſprießt geſunde Kraft, mit hunderttauſend friſchen reinen Blättern und Blüten grüßt da die ewige Natur.“

Schon im erſten Abſchnitt habe ich angedeutet, daß ich ganz ähnlich antworten würde, wenn man mich fragte, was halten Sie von der Großſtadt und ihrer Zukunft? Kein zu düſteres Urteil, vor allem keine unrichtige allgemeine Verurteilung! Ich führte den Leſer durch das Großſtadtfamilienleben und die Großſtadtwohnungen, ich zeigte ihm den Großſtadtarbeiter auf der Suche nach Beſchäftigung, ich ſprach über das Problem der Großſtadtarmut, ich ſchilderte die Aufgaben, die auf dem Gebiete der Volksbildung und Volksgeſelligkeit noch der Löſung harren. Immer wieder mußte ich manches Bedauernswerte zeigen, aber doch mußte ich auch immer wieder darauf hinweiſen, daß es — wenn auch manchmal in weiter Ferne — Lichtungen gibt, die herausführen aus dem Großſtadtelend, aus dem Geſtrüpp der Großſtadtnot. Aber wir kommen nicht allein dadurch heraus, wiederholt konnte ich auch das betonen, daß wir die

Szenerie ändern, daß wir die äußeren Verhältnisse umgestalten. Gewiß, vieles kann da geschehen und manches muß noch geschehen, aber das wichtigste bleibt doch: Reformierung der Menschen, Umgestaltung der menschlichen Charaktere. Jedenfalls stellt uns das Großstadtproblem vor außerordentlich wichtige, vor außerordentlich schwierige Aufgaben, aber diese Aufgaben müssen unbedingt gelöst werden, wenn wir nicht wollen, daß unsere moderne, noch so viel gepriesene Kultur allmählich einer neuen Art von Barbarei Platz macht.

Man kann das wenig günstige Ergebnis der kulturellen Bilanz unserer Großstädte nicht dadurch beschönigen, daß man auf das andere Extrem hinweist, auf das Bauernland, das mit der Kultur noch allzu wenig in Berührung gekommen ist; namentlich wird die Statistik der unehelichen Geburten und die der Bestrafungen wegen Körperverletzungen gern benutzt, um zu „beweisen", daß die Großstadt dem Lande gegenüber doch, trotz allem, auch in moralischer Hinsicht das Bessere sei. Ich weiß nicht, was für das Volkswohl verderblicher ist, die naive Unkultur der ländlichen Bevölkerung, oder die raffinierte Überkultur der Großstadt. Wie dem aber auch sein möge — zwischen den beiden Extremen gibt es noch eine breite Mittelstraße, auf der der Volksfreund unschwer den Pfad erkennen wird, der gleichzeitig zum Volksglück und zu einer echten „Kulturmenschwerdung" führt.

* *
*

Bei den einzelnen Problemen lag mir besonders viel daran, dem Leser behilflich zu sein, die richtige Diagnose zu stellen. Die Therapie ergibt sich ja dann schließlich von selbst; wie sie sich im einzelnen zu gestalten hat, darüber werden die Urteile immer auseinander gehen. Es handelt sich ja dabei mehr um „Kunst" als um „Wissenschaft". Immerhin wollte ich den Leser nicht ganz im Unklaren lassen, wie ich persönlich über die Heilmittel denke; welche Rezepte ich verwerfe, und welche ich für gut und nützlich halte.

Hier ist der Ort, noch an zwei Radikalkuren zu erinnern, mit denen man das Großstadtproblem „als Ganzes" zu lösen hofft.

Das eine Mittel trägt die Etikette: „Beseitigung der Freizügigkeit"! „Man verhindere durch gesetzgeberische Maßnahmen, daß sich die Landbevölkerung ungehemmt nach der Stadt zu drängt, man halte sie gewaltsam auf dem Lande zurück, und man hilft dadurch gleichzeitig der Leutenot auf dem Lande und vielen sozialen Nöten in den großen Städten ab."

Es sind namentlich die agrarischen Interessenten, die sich für diesen Plan begeistern. Es ist die Sehnsucht nach längst entschwundenen Zeiten, die in dieser Forderung zum Ausdruck kommt. Aber es dürfte kaum gelingen, diese Vergangenheit in der Gegenwart wieder lebendig zu machen. Die unteren Klassen sind doch nachgerade zu stark geworden, um Positionen, die sie bereits erobert haben, wieder preiszugeben. Der „Besitz" darf doch nicht vergessen, daß er sich in einer Defensive befindet und daß eine unkluge Offensive dem Feind nur willkommene Gelegenheit bieten würde, ihm noch manche weitere Stellung zu nehmen, die bei der Beschränkung auf eine verständige Defensive uneinnehmbar sein würde. Zum anderen wird man aber auch daran erinnern müssen, daß die Großstädte eine wirtschaftliche Notwendigkeit sind, und es so lange bleiben werden, als wir uns der verbesserten Arbeitsmethoden, der schnelleren und billigen Transportmittel erfreuen, und so lange bis die Lokalwirtschaft wieder aus den Maschen der Volks- und Weltwirtschaft losgelöst ist; — was hoffentlich sobald nicht geschehen wird. Mit Recht hat man übrigens darauf aufmerksam gemacht, daß die „Entvölkerung" des platten Landes auch für das Land selbst keineswegs nur Schattenseiten hat. Sie war zum Teil nötig, damit auch die ländliche Bevölkerung mehr an den Vorteilen des gestiegenen Volksreichtums teilnahm, ohne die „Leutenot" würden die Löhne auf dem Lande kaum so erfreulich in die Höhe gegangen sein; und gewiß sind auch manche Fortschritte in der Landeskultur, namentlich auch in der Verbesserung des landwirtschaftlichen Maschinenwesens nicht in letzter Linie auf die „Entvölkerung" des Landes zurückzuführen. Auch hier gilt es also in froher Schaffenskraft vorwärts zu schauen und nicht mit trauriger Miene der „guten, alten Zeit" nachzutrauern.

Ein Seitenstück zu der Forderung extremer Agrarier ist die Hoffnung mancher auf der entgegengesetzten Seite stehender Politiker, die sozialen Probleme in den Großstädten — wie

in den Kommunalverwaltungen überhaupt — dadurch schneller ihrer Lösung entgegenzubringen, daß man die Gemeindevertretungen durch allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlen bilde, das Prinzip der Einwohnergemeinde durchführe, alle Besitzprivilegien aufhebe und dabei das staatliche Aufsichtsrecht auf das Recht der Kenntnisnahme der kommunalen Verwaltungstätigkeit beschränke. Wenn ich diese Forderung bedenklich finde, so geschieht das nicht, weil ich befürchte, die Sozialdemokratie werde dadurch zur unbeschränkten Herrscherin in den Stadtparlamenten unserer Großstädte. Furcht vor der Stärkung des Einflusses einer parteipolitischen Organisation darf uns nicht abhalten, einen Weg zu gehen, den wir prinzipiell für den richtigen halten. Das wäre eine „Tapferkeit", mit der man schließlich das Gegenteil von dem erreichte, was man eigentlich wollte, sie würde der gegnerischen Organisation nur nützen und nicht schaden. Dazu kommt, daß bei der letzten Reichstagswahl doch nur in vier Großstädten (Berlin, Hamburg, Chemnitz, Altona) mehr als die Hälfte aller Wahlberechtigten für die Sozialdemokratie stimmte, und diese Mehrheit war in jeder einzelnen Stadt doch so knapp, daß man sich selbst in diesen Städten doch hüten würde, eine Kommunalpolitik zu treiben, die die zahlreichen „Mitläufer" aus Freunden zu Gegnern machen könnte. Wer die Furcht vor der Sozialdemokratie zu einem ausschlaggebenden Faktor bei seinen politischen Postulaten machen will, der könnte nichts Klügeres tun, als den Sozialdemokraten in den Kommunalverwaltungen dazu zu verhelfen, daß sie einmal zeigen, was sie können. Ich bin überzeugt, daß die Genossen schon nach ganz kurzer Herrschaft glänzend bekunden würden, eine wie große Disharmonie zwischen dem Wollen — in der Theorie, und dem Können — in der Praxis besteht. Nirgendwo besser als in den Kommunalverwaltungen werden diejenigen, die noch nicht allzu sehr fanatisiert sind, einsehen, daß die „soziale Frage" nur schrittweise gelöst werden kann, nicht weil die „Bourgeoisie" hindernd im Wege steht, sondern weil die wirtschaftlichen Verhältnisse es nicht anders zulassen.

Trotzdem scheinen mir sehr ernste Bedenken dagegen zu sprechen, daß der breiten Masse ein dominierender Einfluß in den Stadtparlamenten eingeräumt wird. Das was für die Staatsverwaltung ganz angemessen sein mag, ist deshalb noch nicht ohne weiteres auf die Stadtverwaltung zu übertragen.

Zwischen den Aufgaben des Staates und der Stadt besteht ein zu großer Unterschied. Faucher hat einmal den Gegensatz durch das Schlagwort gekennzeichnet: „Der Staat herrscht — die Gemeinde wirtschaftet." Bei der Staatsverwaltung spielen immer mehr oder w niger nationale, also ideelle Erwägungen eine ausschlaggebende Rolle, dadurch wird die ganze Politik doch weit mehr von dem Egoismus der Einzelnen und von den einseitigen Dogmen bestimmter Parteien losgelöst als man gemeinhin glaubt. Ähnliches wie für das Leben des ganzen Staates die Vaterlandsliebe ist, sollte für die einzelnen Gemeinden das Heimatsgefühl sein. Aber wir sahen ja, wie sehr dieses Gefühl aus sehr erklärlichen Gründen in der Großstadt fehlt. Daß sich daher dort ein rücksichtsloser Egoismus geltend macht, ist um so mehr zu befürchten, weil die Kommunalpolitik sich weit mehr — direkt oder indirekt — um materielle Vorteile der einzelnen dreht als die staatliche Politik. Dabei erwäge man, wie die wirtschaftliche Konjunktur in den Großstädten auf- und abgeht — das Schwanken ist verhältnismäßig viel intensiver als im ganzen Staate — wie leicht sich dort, auch aus anderen Gründen, soziale Zufriedenheit in soziale Unzufriedenheit verwandelt, wie häufig infolgedessen die Stadtverwaltungen gedrängt werden mit Mitteln, die nicht im Interesse des Allgemeinwohls liegen, die äußeren Erscheinungen der Übel zu bekämpfen, um Augenblickserfolge zu erzielen, während es sich doch darum handeln müßte, durch manchmal freilich sehr schwierige und langwierige Arbeit die Ursachen der sozialen Übel aufzudecken und zu beseitigen. Wie schwer ist es heute in den Gewerkschaften, die sich doch aus der Elite der Arbeiterschaft rekrutieren, den Führern, die Masse von einer kurzsichtigen Gefühlspolitik abzuhalten; wie viel schwerer würde das im Rahmen einer Gemeinde sein, die sich auf Grund eines allgemeinen, gleichen Wahlrechts selbst regierte! Schließlich würden die Launen des Mobs die städtische Selbstverwaltung unmöglich machen; es wäre die Gefahr vorhanden, daß auch hier wieder, wie so häufig in der Geschichte, ein Extrem durch ein anderes Extrem abgelöst würde.

Freilich ebensowenig wie die Herrschaft der großen Menge nach Maßgabe eines rohen Mehrheitsprinzips mit all seinen Zufällen und Ungerechtigkeiten dünkt mir eine Plutokratie in unseren Städten im Interesse des Gemeinwohls zu liegen. In

Berlin haben heuer (1907) im Durchschnitt bei den Stadtverordnetenwahlen 34 Wähler in der ersten Abteilung so viele Mandate zu vergeben wie 7212 Wähler in der dritten Abteilung, nur deshalb, weil sie über entsprechend mehr Einnahmen und Vermögen verfügen. In den Gemeindewählerlisten Berlins stehen rund 381 000 Wähler, davon gehören zur ersten Abteilung 1621 Wähler mit einem jährlichen Steuerbetrag von mindestens 4481,40 Mark, 33 252 Wähler mit mindestens 178,71 jährlichen Steuern gehören zur zweiten Abteilung, der Rest — 346 000 Wähler — gehört zur dritten Abteilung.

Daß von sozialdemokratischer Seite ein derartiges Klassenwahlrecht als „Übermacht des privilegierten Geldsackes" gekennzeichnet wird, ist nicht unberechtigt. Hier ist eine Reform dringend notwendig, sie wird vielleicht zu suchen sein in einem Pluralwahlrecht, das allerdings auszugehen hätte von dem Prinzip der Einwohnergemeinde, dabei aber doch in gerechter Weise mitberücksichtigen müßte: die Aufenthaltsdauer, die Bildungsstufe und die Steuerleistungen der einzelnen Stadtbewohner.

Einführung in die Literatur.

Frühere Publikationen des Verfassers: Zum 1. Abschnitt: Die moderne Großstadt, Soziale Kultur, Jahrg. 1906; zum 3. Abschnitt: „Über Bodenrente und Bodenspekulation in der modernen Stadt", Leipzig 1904; „Der Streit für und gegen die Existenzberechtigung der Bodenspekulation", Beilage zur Allgemeinen Zeitung Jahrg. 1905 Nr. 264 u. 265; „Über städtische Bodenreform", Jahrbuch für Bodenreform 1. Jahrg.; „Die englisch-schottische Bodenleihe" (Erbbaurecht), Archiv für Sozialwissenschaft Band XX; „Die Wertzuwachssteuer", Kritische Blätter für Sozialwissenschaften Jahrg. 1907; zum 4. Abschnitt: „Großstädtische Verkehrsfragen", Soziale Kultur Jahrg. 1905; zum 5. Abschnitt: „Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit", Soziale Revue Jahrg. 1903; zum 6. Abschnitt: „Armut und Armenfürsorge", Leipzig 1907; „Neuere Literatur über Armenwesen", Archiv für Sozialwissenschaften Bd. XXIII.

Allgemeine Literatur:[1]) Sehr reiches Material enthalten die Schriften des bekannten sozialistischen Kommunalpolitikers Lindemann, insbesondere seine Arbeiten: „Stadtverwaltung und Munizipalsozialismus in England", „Die deutsche Stadtverwaltung, ihre Aufgaben auf dem Gebiete der Volkshygiene, des Städtebaues und des Wohnungswesens", und „Arbeiterpolitik und Wirtschaftspflege der deutschen Verwaltung". Zur praktischen Einführung in die Kommunalpolitik sind bestimmt die kleineren Schriften von Chissen (in Verbindung mit Trimborn): „Soziale Tätigkeit der Gemeinden" und Damaschke: „Aufgaben der Gemeindepolitik (vom Gemeindesozialismus)". Auch das schon 1898 erschienene Schriftchen von Bücher: „Die wirtschaftlichen Aufgaben der modernen Stadtgemeinde" ist noch immer lesenswert. Einen ganz kurzen Abriß der Kommunalpolitik gibt Herkner in seiner Arbeiterfrage, 4. Aufl. S. 572 bis 587. Sehr anregend sind zwei Vorträge der Oberbürgermeister Adickes (Frankfurt a. M.) und Beutler (Dresden), gehalten auf dem ersten deutschen Städtetage, publiziert unter dem Titel „Die sozialen Aufgaben der Stadtgemeinden" (Leipzig 1903). Die erste deutsche Städteausstellung gab Anregung zur Veröffentlichung zweier Sammelwerke: Wuttke, „Die deutschen Städte", geschildert nach den Ergebnissen der deutschen Städteausstellungen, 2 starke Bände, deren erster die Schilderung enthält, während der zweite sich als umfangreicher Bilderatlas darstellt. Noch größeren wissenschaftlichen Wert hat das andere Sammelwerk: „Die Großstädte in Gegenwart und Vergangenheit", Vorträge und Aufsätze zur Städteausstellung von Bücher, Ratzel, v. Mayr, Waentig, Simmel, Petermann, Schäfer (Dresden 1903). Recht lesenswert sind auch die Schriften von W. F. Classen: „Großstadtheimat, Beobachtungen zur Naturgeschichte des Großstadtvolkes", Hamburg 1906 (enthält nament-

[1]) Grundsätzlich sind hier nur Schriften genannt, die selbständig erschienen sind.

lich manche schöne Schilderungen und Gedanken über großstädtische Jugendfürsorge) und Eugen Kalkschmidt: „Großstadtgedanken, Studien und Ratschläge aus der ästhetischen Praxis", München 1906. Ich nenne hier ferner noch als wissenschaftlich wertvolle Arbeit die Schrift Sinzheimers: „Der Londoner Grafschaftsrat, ein Beitrag zur städtischen Sozialreform", Stuttgart 1900. Über „Die Stadtgemeinde und ihre Arbeiten" unterrichtet außer dem bereits oben genannten Lindemann am besten P. Mombert in einem unter diesem Titel 1902 erschienenen Buche.

Will man die Gegenwart mit der Vergangenheit vergleichen, so greife man zu dem hübschen Büchlein von Otto Bähr: „Eine deutsche Stadt vor 60 Jahren" (Leipzig 1886) oder zu A. Erbe: „Historische Städtebilder", Leipzig 1906, und Heil: „Die deutschen Städte und Bürger im Mittelalter", Leipzig 1906.

Einen Abriß der Geographie der Städte bietet in anregender Darstellung K. Hassert: „Die Städte", Leipzig 1907.

Recht hübsch geschriebene Charakterbilder von zahlreichen deutschen Städten, die zuerst im „Berliner Tageblatt" publiziert wurden, hat Heinrich Lee unter dem Titel: „Deutsche Städtebilder aus dem Anfange des 20. Jahrhunderts" jüngst herausgegeben.

Über den Städtebau orientiert wohl am besten das umfangreiche Werk von J. Stübben: Der Städtebau, Handbuch der Architektur. 4. Teil. 9. Halbband. 2. Aufl. 1907. Erwähnung verdient auch die unter dem Titel „Grundsätze des Städtebaues" herausgegebene Denkschrift des Verbandes deutscher Architekten und Ingenieur-Vereine (Berlin 1907).

Über die Verfassung und die Verwaltungsorganisation der Städte hat in den letzten Jahren der Verein für Sozialpolitik zahlreiche Einzelabhandlungen in seinen Schriften publiziert.

Ein ganz vortreffliches statistisches Quellenwerk ist das „Statistische Jahrbuch der deutschen Städte", in Verbindung mit seinen Kollegen herausgegeben von Prof. Dr. Neefe, Direktor des statistischen Amtes der Stadt Breslau. 1907 erschien der 14. Jahrgang. Das Jahrbuch enthält reichhaltiges Material über städtische wirtschaftliche und soziale Verhältnisse, städtische Einrichtungen der verschiedensten Art. Sehr viel interessante Statistik bietet auch das jährlich erscheinende Statistische Jahrbuch der Stadt Berlin.

Endlich nenne ich hier noch das seit 1906 erscheinende „Archiv für Städtekunde", herausgegeben von Prof. Kettler, es bringt Abhandlungen, Notizen, Rechtsentscheidungen, Literaturbesprechungen und anderes über moderne städtische Verhältnisse.

Eine brauchbare bibliographische Übersicht über die Probleme der modernen Großstädte fehlt in deutscher Sprache; in englischer Sprache liegt eine Arbeit von Rob. C. Brooks vor, die 1901 erschien unter dem Titel: „A Bibliography of municipal Problems and City Conditions." Leider unterrichtet diese Bibliographie über die deutsche Literatur nur sehr mangelhaft.

Der Versuchung, aus der großen Fülle der Spezialliteratur über die einzelnen in diesem Büchlein behandelten Probleme das eine oder andere namhaft zu machen, widerstand ich, weil die Auswahl doch nicht auf die verschiedenartigen Interessen der Leser genügend Rücksicht nehmen könnte.

Digitized by Google

Religion

Moses von Prof. Dr. **A. Budde** in Marburg a. L.
*Das davidische Zeitalter von Prof. Dr. **B. Baentsch** in Jena.
*Christus von Prof. Dr. **O. Holtzmann** in Gießen.
Paulus von Prof. Dr. **R. Knopf** in Marburg a. L.
*Volksleben im Lande der Bibel von Prof. Dr. **Löhr** in Breslau.
Altgermanische Religionsgeschichte von Prof. Dr. **Rich. M. Meyer** in Berlin.
Die Gottesvorstellung der großen Denker von Prof. Dr. **Schwarz** in Halle.
Praktische Fragen der Theologie von Privatdoz. Lic. Dr. **Niebergall** in Heidelberg.

Philosophie

*Die Weltanschauung der Gegenwart in Gegensatz und Ausgleich von Prof. Dr. **Wenzig** in Breslau.
Einführung in die Psychologie von Prof. Dr. **A. Dyroff** in Bonn.
Intelligenz und Wille von Prof. Dr. **E. Meumann** in Königsberg i. Pr.
*Einführung in die Ästhetik von demselben.
*Rousseau von Prof. Dr. **L. Geiger** in Berlin.

Geschichte und Geographie

*Eiszeit und Urgeschichte des Menschen von Prof. Dr. **J. Pohlig** in Bonn.
Einführung in die Anthropologie von Direktor Prof. Dr. **v. Luschan** in Berlin.
*Mohammed und die Seinen von Prof. Dr. **Reckendorf** in Freiburg i. B.
Der Kampf um die Herrschaft im Mittelmeer von Privatdozent Dr. **P. Herre** in Leipzig.
Anleitung zu geographischen Beobachtungen auf Reisen von Prof. Dr. **S. Passarge** in Breslau.
Die Alpen von Privatdozent Dr. **Machacek** in Wien.

Sprache • Literatur • Kunst • Musik

*Unser Deutsch. Einführung in die Muttersprache von Geh. Rat Prof. Dr. **Kluge** in Freiburg i. B.
Die deutschen Mundarten von Prof. Dr. **O. Bremer** in Halle a. S.
Die Lehre von der Lautbildung von Prof. Dr. **L. Sütterlin** in Heidelberg.
*Der Sagenkreis der Nibelungen von Prof. Dr. **G. Holz** in Leipzig.
Die Troubadours von Privatdozent Dr. **L. Jordan** in München.
Die Romantik von Privatdozent Dr. **H. Deetjen** in Hannover.
*Heinrich von Kleist von Prof. Dr. **H. Roetteken** in Würzburg.
Der deutsche Roman des 19. Jahrhunderts von Privatdozent Dr. **F. Schultz** in Bonn.
Lied und Musik im deutschen Studentenleben von Privatdozent Dr. **H. Abert** in Halle.
*Beethoven von Prof. Dr. Freiherr **v. d. Pfordten** in München.
Meister der Renaissance von Prof. Dr. **M. Semrau** in Breslau.
Das moderne Haus und seine Innendekoration von Prof. Dr. **M. Schmid** in Aachen.

* Bisher erschienen.

This book should be returned to the Library on or before the last date stamped below.

A fine of five cents a day is incurred by retaining it beyond the specified time.

Please return promptly.

DUE APR 85 H

WIDENER

FEB 16 2002

CANCELLED

Volkswirtsch

*Politik von Prof.
Die Erziehung zu
Volkswirtschaft u
Sozialismus von
Sozialpolitik und
Privatdozent Dr
*Die deutsche Reich
Die deutsche Reic
Die deutsche Geri

Die Entwicklung
Privatdozent Dr
Parasitismus im
Giftige Tiere vor
*Bakterien und ihr
Pflanzenkunde vo
*Befruchtung un
Giesenhagen
Phanerogamenkr
Kryptogamenkur
Pflege der Zimm
P. Dannenber

Mineralogie

Erdgeschichte vor
Feuergewalten d
Himmelskunde v
Das Wetter und
Dr. C. Kassner

Physik

*Die Elektrizität
P. Evershein
Telegraphie und
F. Hamacher in Aachen.
Hörbare, sichtbare, elektrische und Röntgenstrahlen von Geh. Rat Prof. F. Neesen in Berlin.
Grundzüge der Chemie von Prof. Dr. B. Immendorf in Jena.
Einführung in die Elektrochemie von Prof. Dr. Bermbach in Köln.

Gesundheitslehre

*Lebensfragen von Prof. Dr. F. B. Ahrens in Breslau.
*Das Nervensystem und die Schädlichkeiten des täglichen Lebens von Privatdozent Dr. P. Schuster in Berlin.
*Modern[illegible]of. Dr. H. Tillmanns in Leipzig.

[illegible]tlich und postfrei